Schüler in Not Die Folgen des Lockdowns im Bildungswesen Seite 3

Preußische Allgemeine

Nr. 22 · 29. Mai 2020 | **Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt** | Einzelverkaufspreis: 2,90 €

Vor der Spaltung

Sieben Jahre nach ihrer Gründung droht die Alternative für Deutschland im Streit auseinanderzufallen. Wer den Machtkampf zweier unversöhnlicher Lager gewinnt, ist ungewiss **Seiten 4 und 8**

Kultur Berlin verliert gleich drei bedeutende Kunstsammlungen **Seite 9**

Trümmerfrauen Als in Berlin das Aufräumen des Schutts begann **Seite 10**

FOTO: ADOBE STOCK, IMAGO IMAGES, PA

DEMOKRATIE UNTER DRUCK

Die Republik erodiert nach links

Der linksradikale „Antifaschismus“ wird mehr und mehr zur Staatsdoktrin. Doch der ist eine Falle für die Demokraten

VON HANS HECKEL

Während die öffentliche Aufmerksamkeit in Deutschland starr auf die Corona-Berichte der Medien fixiert ist, entwickeln sich massive Verschiebungen der politischen Szenerie, die eine ganz andere Republik hervorbringen könnten. Ganz anders, als die alte Bundesrepublik, und gewiss auch anders als die Demokratie, für welche die Deutschen in der DDR 1989 eine Revolution durchgefochten haben.

Für den Beobachter ist dabei nur noch schwer auseinanderzuhalten, wer hier mit wem an einem Strang zieht. Wie schon bei den Anti-Merkel-Kundgebungen von 2018 ist es auch heute die gewalttätige Antifa, welche mit aller Brutalität zielsicher auf sämtliche Bürger losgeht, welche sich – nunmehr in der Corona-Frage – gegen die Regierungspolitik aussprechen.

Dann wird, mithilfe der CDU, eine altgediente SED- und Linksparteigenossin, die sich offen zu einer besonders linksextremen Gruppe bekennt und dort aktiv bleiben will, in Schwerin zur Verfassungsrichterin erhoben (siehe Seiten 4 und 5). Kanzlerin Merkel, die im Februar das „Rückgängigmachen“ der Wahl eines Liberalen zum thüringischen Ministerpräsidenten erzwang und damit dem Linksparteikandidaten Bodo Ramelow den Weg zurück an die Spitze freischoss, schweigt zu dem Schweriner Skandal.

Der antitotalitäre Konsens, Grundlage der alten Bundesrepublik, die sich nach links- wie rechtsaußen abgrenzen wollte, wird heute attackiert, wie es die SED während des Kalten Kriegs tat. An seine Stelle soll der einseitige „antifaschistische“ Konsens gegen „rechts“ treten. Doch der war stets eine Falle. Mit ihm sollen alle Gegner der extremen Linken per Salamitaktik erledigt werden. Dabei missbraucht man die Opfer von morgen als Verbündete von heute, bis sie selbst drankommen.

Der neue Chef des Bundesverfassungsschutzes, Thomas Haldenwang, gilt seinen Kritikern als allzu links gedrillter Nachfolger seines seriösen Vorgängers Hans-Georg Maaßen. Nun fordern Linkspartei, Grüne und Jusos in Berlin die völlige Abschaffung des Inlandsgeheimdienstes. Wenn also Haldenwang meinte, durch freundliche Blicke nach links einen Gewinn zu erzielen, soll er sich von diesen Vorgängen eines Besseren belehren lassen. Auch CDU-Politiker, die eine Erzkommunistin wählen, sollten nicht auf die Gnade der Genossen hoffen. Sie sind nur nützliche Idioten, die später trotzdem ins Visier genommen werden, sofern sie sich dann nicht selbst dem dunkelroten Diktat unterordnen.

EUROPA

Eine Union am Scheideweg

Während die Europäer mit der Corona-Pandemie kämpfen, fordert der Finanzminister, die Krise für eine Vertiefung der Gemeinschaft zu nutzen

VON RENÉ NEHRING

Jetzt wird es grundsätzlich. Als in der vergangenen Woche Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ihre Initiative „zur wirtschaftlichen Erholung Europas nach der Corona-Krise“ verkündeten, war bereits zu vermuten, dass mehr hinter dem Vorschlag steckt als der Wunsch, den am stärksten von der Pandemie betroffenen Sektoren und Regionen zu helfen.

In einem Interview mit der „Zeit“ erklärte Bundesfinanzminister Olaf Scholz denn auch, die Krise nutzen zu wollen, „um die EU fortzuentwickeln“. Dabei berief er sich auf keinen Geringeren als Winston Churchill und dessen Ausspruch „*Never let a good crisis go to waste*“ (sinngemäß: „Verschwende niemals eine gute Krise“).

Dass Scholz in der Tat Großes beabsichtigt, zeigte sich ein paar Sätze später, als er eine europäische Fiskalunion anregte und dabei Bezug nahm auf Alexander Hamilton, der als erster US-Finanzminister 1790 nicht nur die Schulden der einzelnen Bundesstaaten übernahm, sondern auch Kompetenzen für die Bundesregierung in Washington durchsetzte, gemeinsame Einnahmen erheben zu dürfen – und damit einen wesentlichen Grundstein dafür legte, dass sich die USA von einem Staatenbund zu einem Bundesstaat entwickelten. Klarer kann ein Politiker kaum zum Ausdruck bringen, was ihm vorschwebt. Ohne inhaltliche Begründung führte denn Scholz auch weiter aus, dass die EU seiner Meinung nach noch stärker zusammenwachsen müsse, um in der Welt des 21. Jahrhunderts bestehen zu können.

Eines freilich hat Scholz nicht erklärt: Welche Probleme die EU besser lösen können soll als die Nationalstaaten. Ohne Frage würde eine Kompetenzverlagerung hin zur EU eine stärkere Zentralisierung von Entscheidungsprozessen nach sich ziehen. Dass dies zu einem besseren Agieren in Krisen wie der gegenwärtigen – die ja als Begründung für die aktuellen Vorschläge dient – führen wird, darf bezweifelt werden. Schließlich sind Länder wie Italien und Frankreich (die derzeit die größten Schwierigkeiten haben), zentralistisch geführt; während sich die föderativen Strukturen der Bundesrepublik gerade bewähren.

Nicht zuletzt unterschlagen die Ideen des Finanzministers die emotionale Dimension einer Staatswerdung der EU und die damit verbundene Frage, ob die europäischen Nationen überhaupt einen Bundesstaat wollen. In den bisherigen Referenden zu den diversen Einigungsschritten hatten Franzosen, Niederländer und Dänen jedenfalls wiederholt „Nein“ gesagt.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Der Ausgang des Machtkampfs innerhalb der AfD ist noch völlig offen
Seite 4

Berlin
Eine Linksallianz greift die Existenzberechtigung des Verfassungsschutzes an
Seite 5

Ostpreußenblatt
Königsberger lieben und feiern den Lügenbaron Münchhausen
Seite 13

Lebensstil
Badehauskultur in Europa: Schon vor 500 Jahren achtete man auf Hygiene
Seite 21

Lesen Sie die PAZ
auch auf unserer neuen Webseite **paz.de**

4 191814 302902 22
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Zukunft der Kernkraft In Deutschland haben die Risiken zum Ausstieg aus der Kernkraft geführt. Im Ausland führen die Risiken jedoch weniger zum Ausstieg denn zur Entwicklung neuer Reaktorkonzepte

Unerprobtes Potenzial

Zukünftige Konzepte für Kernreaktoren bieten vielfältige Möglichkeiten

VON FRIEDRICH LIST

In Deutschland ist der Ausstieg aus der Kernenergie beschlossene Sache. Nicht alle Länder auf der Welt folgen diesem Beispiel. Die USA, Russland, Frankreich, aber auch Japan und andere Länder arbeiten sehr wohl an neuen Kraftwerkskonzepten. Dort sieht man in der Kernkraft eine Möglichkeit, den Kohlendioxidausstoß spürbar zu senken.

Überkritischer Leichtwasserreaktor

In den heute gebräuchlichen Reaktoren zirkuliert in zwei Kühlkreisläufen Wasser. Der innere Kreislauf nimmt die Hitze des Reaktorkerns auf und führt sie durch einen Wärmetauscher. Dort heizt sich das Wasser des äußeren Kreislaufes auf und treibt dann eine Turbine zur Stromerzeugung. Der Kern selbst enthält die Brennstäbe mit dem spaltbaren Material.

Eines der untersuchten Konzepte ist der überkritische Leichtwasserreaktor. Der nutzt unter hohem Druck stehendes Wasser als Kühlmedium. Die Kerntemperatur ist höher als bei herkömmlichen Druck- oder Siedewasserreaktoren. Das Wasser wird direkt in die Turbine zur Stromerzeugung geleitet, die somit auch radioaktiv ist. Nur Russland hat zwei Kraftwerke dieses Typs gebaut. „Japan forscht an diesem Konzept, plant aber bisher keinen Prototypen“, sagt Sören Kliem von der Abteilung Reaktorsicherheit am Dresdener Helmholtz-Zentrum für Ressourcenökologie.

Schnelle Brüter

Andere Designs werden mit bis zu 1000 Grad heißem Helium gekühlt. Hier strömt das heiße Helium direkt aus dem Kern in die Turbine. Je nach Bauart liegt der Brennstoff etwa als Kugelhaufen vor. Andere Bauweisen sind Nadeln oder Platten aus Keramik. „Polen forscht an einem derartigen Reaktor“, so Kliem, „der Typ eignet sich gut zur Erzeugung von Prozesswärme in der chemischen Industrie“. China hat einen heliumgekühlten Reaktor in Bau. Das Risiko einer Kernschmelze besteht nicht, weil die höchste Reaktortemperatur unter dem Schmelzpunkt des Reaktormaterials liegt.

Der Schnelle Natriumgekühlte Reaktor oder Schnelle Brüter ist in Deutschland sehr umstritten. Die einzige Anlage dieser Art in Kalkar ging nie in Betrieb. Ein Brutreaktor produziert mehr Brennstoff, als er verbraucht, indem er aus Natururan Plutonium erzeugt. Eine Kernschmelze ist nicht möglich. Problematisch ist das stark korrosive, 550 Grad heiße, flüssige Natrium als Kühlmittel. Das umströmt den Reaktorkern. Die Wärmeenergie fließt erst in einen zweiten Natriumkreislauf, dann in einen Wasserkreislauf. Der treibt eine Turbine an. Frankreich hatte zwei Brutreaktoren in Betrieb und forscht an einem Nachfolger. Russland betreibt zwei davon. Außerdem arbeiten Hitachi und General Electric gemeinsam an einem Brutreaktor.

Entstand im taiwanesischen Kernkraftwerk Longmen: Der erste Reaktor der Generation III *Foto: Mastehr*

Bleigekühlte Reaktoren

In Russland forscht die Industrie zudem an bleigekühlten Reaktoren. Hier zirkuliert eine flüssige Blei-Bismut-Legierung zur Wärmeabfuhr. Sie können 15 bis 20 Jahre ohne Neubefüllung betrieben werden. Eine Abart dieser Bauweise sind die Flüssigsalzreaktoren, die rund 1000 Grad heißes flüssiges Salz zur Kühlung des Reaktors verwenden. Der große Nachteil dieser Reaktoren ist das stark korrodierende Kühlmittel. Die einzige Testanlage dieser Art lief 1968/69 in den USA und wurde nach nur einem Jahr wegen Sicherheitsrisiken stillgelegt. „Wegen der Salzschmelze hat sich bisher kein Land dafür entschieden“, so Kliem weiter. Für ihn sind Kernkraftwerke herkömmlicher Bauart die bessere Lösung zur Kohlendioxidsenkung.

Kurzbiografien

FOTO: YOUTUBE

Der promovierte Kernphysiker **Armin Huke** arbeitet an der TU Berlin und ist Geschäftsführer des Berliner IFK sowie einer der Väter des Dual-Fluid-Reaktors

FOTO: UNBEKANNT

Der Wissenschaftler **Xiang Wang** analysierte 2017 in seiner Dissertation an der TU München den Dual-Fluid-Reaktor und hielt ihn generell für realisierbar

FOTO: YOUTUBE

Edwin Lyman lehnt den DFR ab. Seines Erachtens reicht das Wissen über derartige Reaktoren nicht aus, um mögliche Risiken seriös abschätzen zu können

DUAL-FLUID-REAKTOR

Ein Konzept aus Deutschland

In Deutschland propagiert das in Berlin ansässige private Institut für Festkörper-Kernphysik gGmbH den Dual-Fluid-Reaktor (DFR). Der DFR ist eine Abart des Schmelzsalz-Reaktors. Im DFR zirkulieren zwei verschiedene Flüssigkeiten. In der Kühlschleife befindet sich flüssiges Blei. Der innere Brennstoffkreislauf nutzt entweder geschmolzenes Salz oder flüssiges Metall, in dem der Uranbrennstoff gelöst ist. In beiden Kreisläufen herrschen Temperaturen um die 1000 Grad. Ein äußerer Wasserkreislauf leitet die Wärme aus dem Bleikreislauf zur Turbine. Wenn der Reaktor normal arbeitet, schirmt das Blei die Strahlung des Reaktorkerns ab, ohne selbst dabei radioaktiv zu werden. Zudem kann ein DFR auch ausgediente Brennelemente und anderen Atommüll oder Natururan verwerten. Ein weiterer Vorteil des DFR ist seine kompakte Bauweise. Der Kern eines 1,5 Gigawatt leistenden Reaktors ist gerade mal drei Meter groß. Der Brennstoffkreislauf fächert sich in armdicke Rohre auf, die durch das Becken aus flüssigem Blei im Inneren führen.

Bislang kein Prototyp

Die in Tschernobyl und Fukushima aufgetretene Kernschmelze sollen gekühlte Schmelzpfropfen in beiden Kreisläufen verhindern. Wenn deren Kühlung ausfällt, schmilzt der Pfropfen. Das flüssige Kernmaterial fließt in Becken, wo es erstarrt und der Kernprozess zum Erliegen kommt.

Allerdings existiert bis heute kein Prototyp. In den USA bauten Forscher in den 1960er Jahren einen Schmelzsalz-Reaktor, der aber nie wirklich sicher arbeitete. Als die Testanlage 1969 demontiert wurde, waren die Forscher entsetzt über den Grad der Korrosion, den das aggressive Salz bewirkt hatte. Speziell für die schnelle Korrosion auch widerstandsfähiger Legierungen gibt es bislang keine Lösung. Bevor Experten über eine kommerzielle DFR-Nutzung entscheiden könnten, wären zudem längere Forschungen mit einer Prototyp-Anlage nötig. *F.L.*

ENTWICKLUNG DER KERNKRAFT

Die vier Reaktorgenerationen

Zur dritten Generation gehören der Europäische Druckwasser-Reaktor und der Hochtemperatur-Reaktor in Hamm-Uentrop

Die zivile Nutzung der Kernkraft nahm erst in den 1950er Jahren Fahrt auf. Das erste zivile Kernkraftwerk ging 1954 im damals sowjetischen Obninsk in Betrieb. Es hatte die aus heutiger Sicht eher bescheidene Leistung von fünf Megawatt. Großbritannien stellte ein Jahr später das erste kommerzielle Kernkraftwerk in Dienst. Es stand in Calder Hall und leistete 55 Megawatt.

Um dieselbe Zeit begann auch die Nutzung von Atomkraft als Schiffsantrieb. So lief 1954 mit der US-amerikanischen „Nautilus“ das erste Atom-U-Boot der Welt vom Stapel. Die Sowjetunion folgte mit der K-3 „Leninskij Komsomol“. Das erste deutsche Atomkraftwerk ging 1960 in Kahl ans Netz. Siemens hatte hier einen US-amerikanischen Kraftwerkstyp in Lizenz gebaut.

Experten unterscheiden vier Reaktorgenerationen. Die ersten Prototypen und frühen kommerziellen Reaktoren gelten als Generation I. Generation II umfasst die ab Mitte der 1960er Jahren errichteten Kraftwerke. Die meisten von ihnen sind Siedewasser- oder Druckwasser-Reaktoren. Sie verwenden angereichertes Uran als Brennstoff. Zunächst baute man in erster Linie Siedewasser-Reaktoren, die heißes Wasser als Kühlmittel und auch zur Absorption der bei der Kernreaktion freiwerdenden Neutronen nutzen. Druckwasser-Reaktoren haben einen primären und einen sekundären Wasserkreislauf, sodass die Turbinen nicht mehr radioaktiv werden. Das Wasser steht unter Druck, damit es bei den hohen Betriebstemperaturen von 280 bis 330 Grad nicht siedet. Druckwasser-Reaktoren sind heute wegen ihrer höheren Leistung weit verbreitet. Man zählt jedoch auch Reaktoren wie den so genannten Schnellen Brüter dazu.

Die Generation III besteht aus Weiterentwicklungen der Generation II. Sie zeichnet sich durch verbesserte passive Sicherheitssysteme aus. Hierzu gehören der Europäische Druckwasser-Reaktor und der Hochtemperatur-Reaktor in Hamm-Uentrop.

Die Generation IV ist entweder noch im Experimentalstadium oder existiert nur als Konzept. Entweder sind es aus kleineren Druckwasser-Reaktoren bestehende modulare Komplexe, wie sie in den USA geplant sind, oder aber die Reaktoren verwenden Helium oder geschmolzene Salze als Kühlmittel. Betriebserfahrungen existieren nur für bleigekühlte Reaktoren, die sowjetische Jagd-U-Boote der „Alpha“-Klasse antrieben. Diese Reaktoren stellten sich jedoch als sehr wartungs- und reparaturintensiv heraus. Grund war die durch das flüssige Blei bewirkte Korrosion im Inneren des Reaktors. Das Problem trat auch bei zivilen Testreaktoren auf. Eine Lösung dafür ist nicht in Sicht. Auch die sichere Lagerung der strahlenden Abfälle bleibt ungeklärt. *F.L.*

> Die Generation IV ist entweder noch im Experimentalstadium oder existiert nur als Konzept

Die Ausfälle sind enorm

Allmählich werden die Folgen des Corona-Lockdowns für das Bildungswesen sichtbar. Über das Ausmaß der entstandenen Unterrichtsrückstände – und wie diese zeitnah sinnvoll ausgeglichen werden können

VON JOSEF KRAUS

Lernen in Zeiten der Pandemie: Auch wenn die Schulen allmählich wieder mit dem Unterricht starten, ist der zwischenzeitige Verlust an Unterrichtsstunden enorm und kaum aufzuholen. Zum Abbau des Rückstands sind unorthodoxe Lösungen gefragt *Foto: imago images/ZUMA Wire*

Covid-19 hat das Schuljahr 2019/2020 durcheinandergewirbelt. Das zweite Schulhalbjahr bleibt ein Torso, denn ab Mitte März wurden alle Schulen in Deutschland geschlossen. Seitdem haben Deutschlands Schüler je nach Klassenstufe zwischen 200 und 300 Unterrichtsstunden verloren. Das ist ein gewaltiger Kollateralschaden der Pandemie, denn dieses Defizit entspricht mittlerweile einem Viertel, bis zum Beginn der Sommerferien wohl einem Drittel eines Schuljahres.

Die Folgen sind gravierend, wenngleich sie aufgrund großzügigst einsetzender Notengebung im Moment nicht sichtbar sind. Zumal für Grundschüler, bei denen es um den Erwerb grundlegender Kulturtechniken geht, sind 200 ausgefallene Unterrichtsstunden ein Rückstand, der nur mit viel Mühe aufzuholen ist.

Bislang und wohl noch auf längere Sicht mussten und müssen die Schulen die Wochen so recht und schlecht mit „Teleteaching“, „Online-Lernen“, Skypen, „Homeschooling“ und dergleichen überbrücken, aber es ist ein Notbehelf. Das „Homeschooling“ kann den genannten Rückstand nicht ausgleichen. Dass reguläre Schule und Präsenzunterricht auch soziales Lernen sind, lassen wir dabei sogar außer Betracht.

Den vergleichsweise geringsten Schaden haben Kinder bildungsbeflissener Elternhäuser. Denn dort geben Mütter und Väter den Hilfslehrer. Am größten dürften die Versäumnisse in „bildungsfernen“ Häusern sein, zumal dort, wo die Eltern kaum Deutsch sprechen. Angesichts von Schulen mit 80 und mehr Prozent Migrantenanteil potenziert sich damit ein Problem, das die Integrationsfähigkeit des deutschen Bildungswesens noch mehr überfordert und die Integrationsbereitschaft eines Teils der entsprechenden Bevölkerungsanteile noch mehr einschränkt.

Abschlussprüfungen und Zeugnisse

Wiederkehrende schulische Normalität war zunächst bei den Abschlussprüfungen angesagt. Zurecht, denn zum einen konnte man Schülern ab dem 16. Lebensjahr die für die Prüfungen notwendigen Hygienemaßnahmen am wirkungsvollsten vermitteln. Ein Wegfall der Abiturprüfungen, ohnehin auf zwei Wochen verteilt mit maximal dreimal vierstündigem Aufenthalt in Prüfungsräumen, wäre auch im Vergleich mit anderen Bevölkerungsgruppen kaum zu vertreten gewesen – etwa im Vergleich zu Hunderttausenden von Ärzten, Krankenpflegern, Altenpflegern und Supermarktkassiererinnen mit 40 bis 60 Arbeitsstunden pro Woche.

Zum zweiten brauchten die angehenden Schulabsolventen ihre Abschlusszeugnisse auch, um sich um Lehrstellen oder Studienplätze zu bewerben. Dass es schlaue Schülerpetitionen (mit Sprüchen wie „Was nützt mir ein Abitur, wenn ich tot bin“) gab, die Abschlussprüfungen ersatzlos ausfallen zu lassen und fiktive Abschlussnoten zu errechnen, sei erwähnt, hat sich aber in der Politik gottlob nicht durchgesetzt. Auch die Verwaltungsgerichte spielten erfreulicherweise nicht mit. Eine Berliner Abiturientin etwa hatte das Verwaltungsgericht angerufen. Ergebnis: Sie musste am 20. April trotz Corona-Angst ihre erste Prüfung schreiben. Denn dass sie gefährdet sei, so die Richter in einem Eilentscheid vom 17. April, sei nicht zu erkennen.

Die Abschlussprüfungen waren machbar. Das Land Hessen mit seinen rund 24.000 Aspiranten hat die schriftlichen Abiturprüfungen durchgebracht, wiewohl Corona bereits massiv im Anzug war. In Hessen fanden die schriftlichen Prüfungen vom 19. März bis 2. April, also noch vor den anschließenden Osterferien statt. Das Hessen-Abitur wurde – vorbehaltlich mündlicher und Nachholprüfungen – abgeschlossen. Eine Anfrage des Autors dieses *PAZ*-Beitrages bei der Presseabteilung des Hessischen Kultusministeriums vom 17. April ergab: Dem Ministerium liegen keinerlei Erkenntnisse vor, dass es dabei und danach zu Corona-Ausbrüchen oder -Ansteckungen gekommen wäre.

Und so „läuft“ denn das „Corona-Abitur“. Mit Ausnahme zweier Länder (Hessen und Rheinland-Pfalz), wo die schriftlichen Abiturprüfungen noch vor den Osterferien abgeschlossen wurden, verschoben alle anderen Bundesländer den Start in die Abiturprüfungen um zwei bis drei Wochen (analog die Termine der Zeugnisaushändigung und die Abschlussprüfungen anderer Schulformen). Am 20. April starteten Berlin, Brandenburg und Sachsen ins Abitur, am 21. April Hamburg und Schleswig-Holstein, am 22. April Bremen, am 4. Mai Sachsen-Anhalt, am 8. Mai Mecklenburg-Vorpommern, am 11. Mai Niedersachsen, am 12. Mai Nordrhein-Westfalen, am 18. Mai Baden-Württemberg und Thüringen, am 20. Mai Bayern und am 25. Mai das Saarland. Der Unterricht für die Abschlussklassen war kurz zuvor wieder angelaufen.

Schwierige Rückkehr in den Alltag

Und wie schaut es mit dem regulären Unterricht aus? Nachfolgend Beispiele aus drei ausgewählten deutschen Ländern:

Bayern ist am 11. Mai mit Klassenstufen, die 2021 einen Abschluss machen, in den Präsenzunterricht zurückgekehrt. Auch die Grundschulen haben wieder geöffnet, zunächst aber nur für die vierten Klassen, ab 18. Mai kommen die ersten Klassen dazu, in den Mittelschulen die Jahrgangsstufe 5, an den Realschulen und Gymnasien die Stufen 5 und 6. Dritter Starttermin ist nach den Pfingstferien am 15. Juni. Dann soll der Präsenzunterricht für alle übrigen Jahrgangsstufen an allen Schularten wieder aufgenommen werden.

In Nordrhein-Westfalen haben die Grundschulen am 7. Mai mit den 4. Klassen den Präsenzunterricht wiederaufgenommen. Ab dem 11. Mai wurden tageweise rollierend alle Jahrgänge der Grundschule wieder unterrichtet. Um allen Kindern den gleichen Zugang zur Schule zu ermöglichen, soll pro Wochentag ein Jahrgang in der Schule unterrichtet werden, am Folgetag dann der nächste Jahrgang.

Ab dem 11. Mai kamen an den Hauptschulen, Realschulen und Sekundarschulen neben der Jahrgangsstufe 10 ein bis zwei weitere Jahrgänge rollierend in die Schule. An den Schulformen mit gymnasialer Oberstufe kommen seit dem 11. Mai die Schüler der Qualifikationsphase 1 in die Schule. Ab dem 26. Mai sollten Schüler aus allen Jahrgangsstufen wieder unterrichtet werden.

In Sachsen werden seit dem 18. Mai alle Grundschüler wieder unterrichtet. Die 4. Klassen sind bereits seit dem 6. Mai an den Schulen. Das Bildungsangebot an Grundschulen soll auf die Kernfächer Deutsch, Mathematik, Sachunterricht und Englisch konzentriert werden. An den weiterführenden Schulen liegt der Schwerpunkt in den höheren Klassenstufen auf den schriftlichen Prüfungsfächern. In der Gymnasialen Oberstufe werden vorrangig die Leistungskursfächer sowie Grundkursfächer Deutsch und Mathematik berücksichtigt. Apropos Sachsen: Das Leipziger Verwaltungsgericht hat mit Urteil vom 15. Mai anlässlich einer Klage von Eltern eines Grundschülers den Schulbesuch zu einem „freiwilligen“ Schulbesuch erklärt. Man weiß ja: Vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand!

Ideen zum Abbau des Rückstands

Der Lernrückstand selbst lässt sich nur aufholen, wenn mit dem neuen Schuljahr 2020/2021 – vorbehaltlich einer zweiten Pandemiewelle – nachholende Maßnahmen ergriffen werden:

1. *Kürzung von Ferien.* Deutschlands Schüler haben pro Schuljahr 75 Werktage Ferien. Unter Einziehung diverser Feiertage (Ostermontag, Pfingstmontag, Weihnachtsfeiertage) ergibt das in etwa rund 13 Wochen Ferien. Oder umgekehrt: Deutschlands Schüler sind pro Schuljahr rund 39 Wochen in der Schule, sie haben also – Feiertage wieder eingerechnet – weniger als 190 Schultage. Durch „Corona“ haben sie im Schuljahr 2020/2021 bislang mindestens 40 Schultage versäumt. Eine anteilmäßige Kürzung der insgesamt mindestens fünf Ferien des Schuljahres 2020/2021 (Sommer-, Herbst-, Weihnachts-, Oster-, gegebenenfalls Pfingstferien) ließe wenigstens 15 dieser Tage, also rund drei Schulwochen, zurückgewinnen.

> Seit dem Beginn des Lockdowns haben Deutschlands Schüler je nach Klassenstufe zwischen 200 und 300 Unterrichtsstunden verloren. Dieses Defizit entspricht einem Viertel, bis zum Beginn der Sommerferien sogar einem Drittel eines Schuljahres

2. *(Wieder-)Einführung des Sonnabendunterrichts.* Einen solchen gab es in Deutschland-West und Deutschland-Ost bis in die 1980er Jahre hinein: in der DDR flächendeckend, in einigen „alten“ Bundesländern gänzlich oder zweimal im Monat. Allein durch die restlose Abschaffung des Sonnabendunterrichts wurde das Unterrichtsvolumen einer beispielsweise zehnjährigen Schullaufbahn um weit mehr als 1000 Unterrichtsstunden gekürzt. (Am Rande: Das entspricht in etwa dem Unterrichtsvolumen eines kompletten Schuljahres.) Mit einem zweiwöchentlich stattfindenden Sonnabendunterricht wären insgesamt innerhalb eines Schuljahres rund 20 Schultage beziehungsweise vier Schulwochen gewonnen.

Bewährte Unterrichtsformen

3. *Dynamischer Unterrichtsstil.* „Moderne“ Formen des Unterrichts (Gruppenarbeit, Freiarbeit oder Projektarbeit) sind zeitaufwendig und bringen nur den ohnehin fittesten Schülern etwas. Insofern wäre eine Renaissance eines dynamischen, leider zu Unrecht diskreditierten „Frontalunterrichts“ angesagt. Unsere Schüler brauchen gerade jetzt einen ergebnisorientierten (nicht nur erlebnisorientierten) Unterricht. Über den in gewissen Kreisen polemisch diskreditierten „Frontalunterricht“ schreibt der renommierte Gehirn- und Lernforscher Gerhard Roth übrigens: „Der Frontalunterricht eines kompetenten, einfühlsamen und begeisternden Lehrers ist allemal wirksamer als eine wenig strukturierte Gruppenarbeit und ein nicht überwachtes Einzellernen.“ Auch damit kann man Zeit wieder hereinholen.

● **Josef Kraus** war von 1987 bis 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes und von 1991 bis 2014 Mitglied im Beirat für Fragen der Inneren Führung des Bundesministers der Verteidigung. Zu seinen Büchern gehört „Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt. Und was Eltern jetzt wissen müssen“ (Herbig 2017).

MELDUNGEN

CDU stimmt für Ultralinke

Schwerin – In Mecklenburg-Vorpommern wurde im zweiten Anlauf die 64-jährige Juristin Barbara Borchardt, die seit 1976 der SED, PDS beziehungsweise Linkspartei angehört und Mitglied der vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachteten linksextremen Vereinigung „Antikapitalistische Linke“ innerhalb der Linkspartei ist, zur neuen Verfassungsrichterin gewählt – mit den Stimmen von Linkspartei, SPD und CDU. Als Mitte Mai in Mecklenburg-Vorpommern die Wahl der neuen Verfassungsrichter anstand, hatten sich SPD und CDU, die gemeinsam die Regierungskoalition bilden, bereits seit Wochen gegenseitig kleine Nadelstiche versetzt. Zum Eklat kam es dann im Landtag bei der Richterwahl. Die Kandidatin der Linkspartei Borchardt fiel durch. Rasch machte das Gerücht die Runde, dass ihr vor allem Abgeordnete der CDU und der AfD die Stimmen verweigert hätten. Die Sitzung wurde unterbrochen. Die SPD-Politiker waren äußerst empört. Schon war von einem Bruch der Regierungskoalition die Rede. Doch der 65-jährige Innenminister und stellvertretende Ministerpräsident Lorenz Caffier (CDU) sprach mit den Landtagsabgeordneten seiner Partei und brachte sie wieder auf Kurs. So konnte Tage später der zweite Anlauf gewagt werden. Diesmal wurde Borchardt gewählt. Dies sei schon „ein bemerkenswerter Vorgang“, schreibt die „Welt“. Noch bemerkenswerter sei aber, so die überregionale Tageszeitung weiter, die Reaktion der Christdemokraten: „Die besteht nämlich vor allem aus Schweigen.“ Immerhin hat sich nach tagelangem Schweigen die Bundesvorsitzende der CDU doch noch geäußert. Annegret Kramp-Karrenbauer sagte dem TV-Sender n-tv: „Dass bei den Gesprächen in Schwerin, soweit ich das bisher beurteilen kann, von Seiten der CDU und SPD nicht sorgsam genug über die Eignung der Kandidatin gesprochen wurde, ist nicht nachvollziehbar.“ *H.K.*

Baubeginn der Einheitswippe

Berlin – Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) hat überraschend den Beginn der Bauarbeiten für das Freiheits- und Einheitsdenkmal bekannt gegeben. Die sogenannte Einheitswippe entsteht in unmittelbarer Nähe des künftigen Humboldt-Forums auf dem Sockel des früheren Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmals. Der Entwurf des Stuttgarter Architekturbüros Milla & Partner sieht ein 50 mal 18 Meter großes Denkmal in der Form einer riesigen begehbaren Waage vor. Der Bundestag hatte das Denkmal bereits 2007 beschlossen. Ursprünglich sollte es bereits zum 30. Jahrestag des Mauerfalls im November 2019 eröffnet werden. Ein zunächst gescheiterter Architekturwettbewerb, Meinungsverschiedenheiten über die Umsetzung des Projekts, Bedenken von Denkmal- und Tierschützern sowie Finanzierungsprobleme hatten den Baubeginn des Denkmals immer wieder verzögert. Vom Haushaltsausschuss des Bundestages sind die zum Bau notwendigen 17 Millionen Euro bereits im Herbst 2018 genehmigt worden. *N.H.*

Über seinen Ausschluss aus der Partei scheiden sich die Geister und erhitzen sich die Gemüter: Andreas Kalbitz *Foto: imago images/Martin Müller*

ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

Spaltet sich die AfD?

Wie der Machtkampf in der Partei ausgehen wird, ist völlig ungewiss

VON PETER ENTINGER

Der Machtkampf innerhalb der Alternative für Deutschland geht in die nächste Runde. Parteichef Jörg Meuthen sucht den Schlagabtausch mit dem sogenannten Flügel und geht auf Distanz zum Ehrenvorsitzenden Alexander Gauland. Der Abgeordnete des EU-Parlaments brachte im Gespräch mit dem Magazin „Cicero“ einen Sonderparteitag ins Gespräch. Ein solcher sei vielleicht eine „ganz gute Idee zur Klärung der Mehrheitsverhältnisse“. Er wisse die Mehrheit der Parteimitglieder hinter seinem Kurs. Die „Haltungsgemeinschaft“, die sich um das Gedankengut von Björn Höcke schare, habe in der Partei noch nie eine Mehrheit gehabt.

Ost-West-Gegensatz

Hintergrund der verschärften Tonlage ist der vom Bundesvorstand mit knapper Mehrheit beschlossene Ausschluss des Brandenburger Landesvorsitzenden Andreas Kalbitz. Dieser soll seine Mitgliedschaft in der 2009 verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) verschwiegen haben. Kalbitz erhielt in der vergangenen Woche Unterstützung von den Fraktionsvorsitzenden im Bundestag Gauland und Alice Weidel. Für Meuthen kein Wunder. „Gauland hat seine Hand immer schützend über Kalbitz und Höcke gehalten. Dies tut er nun auch wieder.“

Wie der Machtkampf ausgehen wird, ist völlig ungewiss. Die Mehrheitsverhältnisse auch. In den eher mitgliederschwachen Ostverbänden hat die Gruppe um Höcke und Kalbitz eine satte Mehrheit. In den wählerschwachen, aber personell starken Westverbänden sieht die Lage anders aus. Eingeweihte sehen in Bayern und Baden-Württemberg ein Patt. In Hessen, NRW, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen gebe es hingegeben eine deutliche Mehrheit für Meuthens Positionen.

Dass der Machtkampf in eine Spaltung mündet, ist nicht auszuschließen, auch wenn Berlins AfD-Fraktionschef Georg Pazderski die Gefahr einer Spaltung bestreitet: „Ich sehe das auf gar keinen Fall, darüber ist sich in der AfD jeder klar“, sagte der erbitterte Gegner des offiziell aufgelösten „Flügels“ der Deutschen Presse-Agentur. Die Beispiele Bernd Lucke, Frauke Petry oder André Poggenburg hätten gezeigt: „Jeder, der geht, verliert.“

Das ändert aber nichts am grundsätzliche Dilemma der Partei. Im Osten der Republik wird sie wegen oder zumindest trotz Höcke und Kalbitz von mehr als 20 Prozent der Wähler gewählt. Im Westen, das belegen repräsentative Umfragen, sind die beiden dagegen für viele potenzielle Wähler ein Grund, die AfD nicht zu wählen. „Im Osten könnte eine Lega Ost um Höcke und Co. sicher überleben“, glaubt der Politikwissenschaftler Oskar Niedermayer: „Ob eine gemäßigte Variante im Westen Erfolg haben würde, wage ich zu bezweifeln.“ Der Sozialwissenschaftler und Publizist Sebastian Friedrich glaubt nicht, dass Höcke und Kalbitz eine eigene Partei gründen werden: „Für die Flügel-Strategen ist diese Option eine schlechte, denn sie wissen, dass sie die Neoliberalen und Nationalkonservativen brauchen, um als führende Kraft innerhalb des rechten Sammlungsprojekts über einen größeren Resonanzraum zu verfügen.“

> „Jeder, der geht, verliert“
>
> **Georg Pazderski**
> Berlins AfD-Fraktionschef

Angst vor dem Verfassungsschutz

Wie ein Damoklesschwert hängt die Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz über der Partei. Bereits jetzt hat die Partei große Probleme, in den Westverbänden bei Kommunalwahlen ausreichend Kandidaten zu finden. Der Anteil an Polizisten, Militärs und Staatsbediensteten ist gerade im Westen hoch. Der Frontmann des „Flügels“ Björn Höcke hat die Angst vor dem Verfassungsschutz früher schon als „Bettnässerei“ bezeichnet. Nun legte er nach. „Wer sich in einem parteiinternen Konflikt auf Argumente von Parteigegnern beruft, der begeht Verrat an der Partei“, sagte er. Parteichef Meuthen und der stellvertretenden Parteivorsitzenden Beatrix von Storch warf er vor, sie wollten die AfD so verändern, dass sie keine echte Alternative zu den etablierten Parteien mehr wäre.

Angesichts dieser Gemengelage sieht die „Passauer Neue Presse“ keinerlei Optionen mehr auf eine gütliche Einigung. „Die Spaltung der AfD ist längst vorhanden. Sie muss nur noch vollzogen werden.“

BUNDESNACHRICHTENDIENST

Verfassungsgericht beschneidet Rechte des BND

Karlsruhe fordert Beschränkungen bei der Telekommunikationsüberwachung von Ausländern im Ausland

Die derzeitige Überwachungspraxis der Telekommunikation von Ausländern im Ausland durch den Bundesnachrichtendienst (BND) verstößt gegen Grundrechte. Das hat das Bundesverfassungsgericht entschieden und eine bessere Kontrolle des deutschen Auslandsgeheimdienstes gefordert. Die Bundesregierung will das BND-Gesetz nun schnell entsprechend reformieren.

Bereits im Jahr 2016 hatten mehrere ausländische Investigativ-Journalisten geklagt. Sie befürchten, dass ihre Telekommunikations- oder Internetdaten vom Bundesnachrichtendienst ausgespäht werden können.

Dass der Bundesnachrichtendienst ohne konkreten Anlass im Ausland Telefonate oder E-Mails ausspäht, haben die Verfassungsrichter grundsätzlich gebilligt. Dies sei wichtig für die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands, heißt es in der Urteilsbegründung.

Dies müsse mit Blick auf die Grundrechte der Betroffenen aber in verhältnismäßiger Weise geschehen. Dafür reichten die derzeitigen Vorschriften bei Weitem nicht aus. Erforderlich sei eine deutlich bessere Kontrolle des Bundesnachrichtendienstes durch ein eigenständiges, unabhängiges Organ.

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht hat das Urteil begrüßt und eine rasche Umsetzung angekündigt. „Es ist gut, dass das Bundesverfassungsgericht die Einhaltung der Grundrechte anmahnt und den Schutz des Fernmeldegeheimnisses und der Pressefreiheit bei Überwachungsmaßnahmen auch auf Ausländer im Ausland erstreckt hat“, sagte die SPD-Politikerin der „Passauer Neuen Presse“. „Wir werden bei der gesetzlichen Neuregelung des BND-Gesetzes sehr genau darauf achten, dass die vom Bundesverfassungsgericht genannten Grundrechte auch eingehalten werden.“

Inhaltich ging es vor allem um die strategische Fernmeldeaufklärung im Ausland. Dabei analysiert der Geheimdienst ohne bestimmten Verdacht große Datenströme. Der Gesetzgeber muss nun Maßnahmen ergreifen, die die Grundrechte der Betroffenen berücksichtigen. So muss die vertrauliche Kommunikation bestimmter Berufsgruppen wie Anwälte und Journalisten besonders geschützt werden. Sehr private und intime Inhalte sind dabei umgehend zu löschen. Bis Jahresende 2021 muss der Gesetzgeber ein neues Gesetz über den Bundesnachrichtendienst erarbeiten und verabschieden. *P.E.*

LINKSEXTREMISMUS

Der Ruf nach dem Persilschein

Linkspartei, Grüne und Jusos wollen Beobachtung des linken Randes offenbar ganz stoppen

VON NORMAN HANERT

Will den Verfassungsschutz „abschaffen“: Niklas Schrader *Foto: imago/Christian Ditsch*

Berlins Verfassungsschutz erwähnt in seinem Jahresbericht 2019 im Kapitel zum Linksextremismus erstmals den Berliner Ableger der Anti-Kohle-Bewegung „Ende Gelände“. Als Reaktion stellen Politiker der rot-rot-grünen Koalition und aus den Jugendorganisationen von SPD, Grünen und Linkspartei nun die Existenzberechtigung des Verfassungsschutzes in Frage.

Stein des Anstoßes ist der Jahresbericht 2019, den der Landesverfassungsschutz der Hauptstadt unlängst vorgelegt hat. Nach Einschätzung der Sicherheitsbehörde geriert sich die Berliner Gruppe von „Ende Gelände“ zwar in der Außendarstellung als Klimaschutz-Akteur. Dabei werde allerdings verschleiert, dass die tatsächlichen Ziele weit darüber hinaus reichten. Tonangebend ist nach den Erkenntnissen der Verfassungsschützer nämlich die „Interventionistische Linke“. Nach Erkenntnissen der Behörde verfügt diese Gruppierung in Berlin über etwa 290 Mitglieder.

Bereits das Bundesamt für Verfassungsschutz war hinsichtlich der Rolle der „Interventionistischen Linken“ zu einer ähnlichen Einschätzung wie die Berliner Landesbehörde gekommen. In seinem Jahresbericht 2018 schrieb das Bundesamt, die Gruppierung „Interventionistische Linke (IL)“ habe bei den Protesten gegen den Braunkohleabbau „eine strategisch führende Position“.

Schrader: „VS abschaffen!“

Berlins Jusos, Grüne Jugend und die Linke-Jugendorganisation Solid fordern mittlerweile nichts weniger als die komplette Abschaffung des Verfassungsschutzes. In einer gemeinsamen Stellungnahme schreiben die drei Nachwuchsorganisationen: „Wer rechten Terror und den Einsatz für Klimagerechtigkeit als zwei ‚Extreme‘ einer ansonsten vorbildlich gesinnten Mitte gleichsetzt, kann nicht in der Lage sein, faschistische Tendenzen angemessen zu bekämpfen.“ Die Grüne-Jugend-Bundessprecherin Anna Peters ergänzte, dabei gehe es nicht nur um das Land Berlin, sondern um den Verfassungsschutz insgesamt.

Führende Köpfe der Berliner Landesverbände von Linkspartei und Grünen haben sich der Forderung ihrer Jugendorganisationen nach Abschaffung des Verfassungsschutzes angeschlossen. Werner Graf, der Landesvorsitzende der Grünen, warf dem Berliner Verfassungsschutz beispielsweise vor, rechtsextremistische Gewalt zu verharmlosen und „die Gefahr von links und rechts als gleich darzustellen“. Dies stellt aus Sicht des Grünen die Existenz des Verfassungsschutzes „immer mehr in Frage“. Auch Niklas Schrader, der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, twitterte: „VS abschaffen!“

Der SPD-Innenpolitiker Tom Schreiber stuft solche Forderungen inzwischen als „politisches Mobbing“ ein: „Wenn eine Partei öffentlich den Eindruck erweckt, dass der Verfassungsschutz als ein politisches Kampfinstrument eingesetzt wird, dann zeigt die Partei damit ein bemerkenswertes Verständnis von unserer Demokratie und unserem Rechtsstaat“, so Schreiber.

Auch ein Vorgang in Mecklenburg-Vorpommern nährt den Verdacht, dass immer mehr Politiker Erkenntnisse des Verfassungsschutzes je nach Nützlichkeit entweder als politische Munition gegen andere Parteien nutzen oder aber ignorieren, wenn es politisch nicht passt. Mit den Stimmen von SPD, CDU und Linkspartei ist Mitte Mai in Schwerin die Linke-Politikerin Barbara Borchardt zum Mitglied des Landesverfassungsgerichts gewählt worden (siehe Seite 4).

„Staatsknete abgreifen“

Die Wahl ist nicht nur deswegen bemerkenswert, weil Borchardts Wahl auch mit Stimmen aus der CDU-Landtagsfraktion zustande gekommen ist. Auf ihrem Hamburger Parteitag hatte die CDU im Dezember 2018 eigentlich beschlossen, sich weder auf Koalitionen noch auf Kooperationen mit AfD oder Linkspartei einzulassen. Die Missachtung dieses Abgrenzungsbeschlusses durch die CDU-Abgeordneten wirkt im Fall der neuen Verfassungsrichterin besonders erstaunlich. Borchardt ist nämlich in einer Gruppierung engagiert, die selbst unter Beobachtung des Bundesamtes für Verfassungsschutz steht. Dabei geht es um die „Antikapitalistische Linke“, eine Arbeitsgruppe innerhalb der Linkspartei . Im Jahresbericht 2017 schreibt das Bundesamt über diese Gruppierung, sie strebe „die Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung“ an.

Tim Fürup, ebenfalls in Mitglied der „Antikapitalistischen Linken“, hatte erst im März im Zusammenhang mit der Kasseler Strategiekonferenz der Linkspartei für Wirbel gesorgt. Fürup, der zu diesem Zeitpunkt Bundessprecher der „Antikapitalistischen Linken“ war, beschrieb in einer Wortmeldung den Auftrag der Linkspartei mit „Staatsknete im Parlament abgreifen“, „Informationen aus dem Staatsapparat abgreifen“ und „natürlich noch das Parlament als Bühne“ nutzen. Sehr demokratisch klang das für Beobachter nicht gerade.

GESUNDHEITSSCHUTZ

„Dann hat sie keine Ahnung“

Amtsärzte üben vernichtende Kritik an Berlins Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci (SPD)

Immer wieder ist es Politikern gelungen, sich in Katastrophenzeiten als Krisenmanager zu profilieren und so ihr Ansehen zu steigern. In Berlin ist derzeit ein gegenteiliges Phänomen zu beobachten. Dort nimmt das Ansehen von Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci mit dem Andauern der Corona-Pandemie immer mehr Schaden. Fast schon als zerrüttet muss mittlerweile das Verhältnis zwischen der 53-jährigen SPD-Politikerin und den bezirklichen Gesundheitsämtern bewertet werden.

Nach einem ersten offenen Brief im März haben sich die Amtsärzte aller zwölf Berliner Bezirke unlängst erneut in einem Schreiben vom Vorgehen der Gesundheitssenatorin in der Corona-Pandemie distanziert. Mit Blick auf entsprechende Pläne Kalaycis schreiben die Amtsärzte: „Eine ungezielte Testung ohne medizinische Indikation lehnen wir ab.“ Zudem kritisieren die Autoren des Briefes die Pläne für ein sogenanntes Ampelsystem, mit dem der Senat die Ausbreitung des Virus beurteilen will. Zu diesem Ampelsystem schreiben die Ärzte, es sei für sie medizinisch nicht nachvollziehbar.

„In keiner Weise eingebunden“

Die Amtsärzte gehen in ihrer Kritik sogar noch weiter. Nach ihrer Darstellung haben die Gesundheitsämter von den Senatsplänen für ein Ampelsystem zur Lagebeurteilung und der geplanten Teststrategie „ausschließlich aus der Presse“ erfahren. Von Seiten der Senatorin sind die Gesundheitsämter demnach „vorab fachlich-medizinisch in keiner Weise angehört oder eingebunden“ worden. Um in der Berliner Bevölkerung eine Akzeptanz für die Pandemie-Maßnahmen zu schaffen, ist aus Sicht der Ärzte stattdessen eine „fachlich untermauerte Gesamtstrategie“ nötig.

Bereits im März hatte Kalayci durch ihre Öffentlichkeitsarbeit den Unmut der bezirklichen Gesundheitsämter auf sich gezogen. Grund war vor allem ihre Aussage, „all die Kontaktpersonen, die wir identifiziert haben bisher und noch identifizieren werden, werden alle isoliert und getestet“.

Im Senat oft schlecht vorbereitet

Daraufhin sahen sich die Gesundheitsämter mit einer Flut von Anfragen von betroffenen Bürgern konfrontiert, die sich testen lassen wollten und sich dabei auf die Aussage der Gesundheitssenatorin berufen konnten. Angesichts der Zahl von Kontaktpersonen von Infizierten und der beschränkten Kapazitäten lag die Ankündigung der SPD-Politikerin allerdings fernab der Realität.

Dementsprechend kommentierte ein Amtsarzt: „Wenn Frau Senatorin behauptet, wir ziehen los, und streichen diese Patienten ab, egal ob sie Symptome haben oder nicht, dann hat sie keine Ahnung.“ Inzwischen wird auch über wachsende Zweifel am Agieren von Kalayci in Senatskreisen berichtet.

Dabei geht es ebenfalls um die Öffentlichkeitsarbeit der Gesundheitssenatorin, die als desaströs bezeichnet wird. Im Roten Rathaus soll sich zudem auch der Eindruck hinzugesellt haben, dass die Senatorin zu Sitzungen oft schlecht vorbereitet erscheint. *N.H.*

KOLUMNE

Angst

VON VERA LENGSFELD

Vor zwei Wochen war der Alexanderplatz eines der Zentren der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen, die mittlerweile überall im Land stattfinden. An die tausend Menschen hatten sich hier versammelt, riefen „Freiheit“, „Wir sind das Volk“ und forderten ein sofortiges Ende der Quarantäne. Parallel zu den Protesten läuft in den regierungstreuen Medien eine regelrechte Propagandakampagne mit dem Ziel, diese Proteste zu diskreditieren. Die Stärke der Propaganda gegen die Anti-Corona-Proteste lässt auf die Angst der Politik davor schließen.

Am Sonnabend, dem 23. Mai, dem Verfassungstag, wollte ich mich selbst überzeugen, was sich am Alexanderplatz abspielt. Dort hatte sich die Angst der Politik in weiträumigen Absperrmaßnahmen materialisiert. Als ich in der Nähe des Galeria Kaufhofs aus der U-Bahn kam, sah ich mich von einem Absperrzaun-Gewirr umgeben. Etwa 20 Meter weiter war ein kleines Grüppchen Demonstranten von einem dichten Polizistenring umgeben. Ich war an der Weltzeituhr verabredet. Es war nicht einfach, dorthin zu gelangen, denn der direkte Weg war versperrt. Nahe der Uhr ein Polizeiwagen und noch mehr Absperrgitter. Offenbar sollte dadurch verhindert werden, dass sich Menschen, wie im Grundgesetz vorgesehen, friedlich, auch ohne Anmeldung und Erlaubnis versammeln.

Dass ich nicht allein war, merkte ich daran, von wie vielen Menschen ich im Vorübergehen begrüßt wurde. Einige blieben auch stehen, um ein paar Worte zu wechseln. Von Passanten hörte ich, dass sie sich über die massiven Absperrungen und die Polizeipräsenz wunderten oder empörten. Als der Starkoch Attila Hildmann auftauchte, bildete sich schnell ein Kreis von Journalisten, Kamerateams und Demonstranten um ihn. Er gab sehr ruhig und souverän ein Interview. Als er sagte, dass Kanzlerin Merkel unser Land ruiniert habe und schnellstens zurücktreten solle, gab es spontanen, lautstarken Beifall. Später wurde Hildmann auf seinem Weg zu einer angemeldeten Kundgebung am Kanzleramt willkürlich festgenommen. Die Bilder gingen wieder um die Welt. Deutschland wird zum Polizeistaat. Wer dazu schweigt, stimmt zu!

MELDUNG

Sommerschule

Berlin – Durch Corona sind in Berlin viele Schulstunden ausgefallen. Die Bildungsverwaltung will nun für „benachteiligte“ Schüler eine „Sommerschule“ anbieten. 12.500 Schüler sollen für zwei Wochen in den Ferien Lerndefizite aufholen. Regina Kittler, Bildungspolitikerin der Linkspartei, kritisiert: „Mir reicht das nicht ... Eine reguläre Hortbetreuung in den Ferien wäre wichtiger als eine Sommerschule für nur wenige Schüler.“ Auch die CDU hatte eine „Sommerschule“ gefordert. Landeselternsprecher Norman Heise möchte, dass die Teilnahme verbindlich ist: „Das Land Berlin investiert Geld und Ressourcen in die Sommerschule. Daher soll das Angebot angenommen werden, auch wenn die Sonne lacht und der Badesee ruft.“ Das Angebot gilt vornehmlich für die Jahrgangsstufen 1 und 2 (Alphabetisierung) und 7 bis 9 (Vorbereitung auf die Mittlere Reife). *F.B.*

MELDUNGEN

Keine Orbán-Diktatur

Budapest – Ungarns Premier Viktor Orbán hat den Verzicht auf weitgehende Sondervollmachten angekündigt. Ende März hatte das ungarische Parlament ein zeitlich unbefristetes Gesetz beschlossen, das es dem Regierungschef ermöglicht, während der Corona-Krise mit Hilfe von Verordnungen zu regieren. Orbáns Fidesz-Partei verfügt im Parlament allerdings ohnehin über eine Zweidrittelmehrheit. Nach Gesprächen mit dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić sagte Orbán in Belgrad, dass die ungarische Regierung ihre Notstandsbefugnis bis Ende Mai wieder an das Parlament zurückgibt. Die Übertragung von Sondervollmachten an den ungarischen Regierungschef war von Kommission wie Parlament der EU massiv kritisiert worden. Orbán sagte, nach der Rückgabe der Sonderbefugnis „geben wir jedem eine Chance, sich bei Ungarn für die ungerechten Bezichtigungen zu entschuldigen“. *N.H.*

WHO-Tagung ohne Taiwan

Genf – Mit Erfolg hat die Volksrepublik China die Einladung der Republik China (Taiwan) zur Jahrestagung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) verhindert. Die Führung in Peking betrachtet die Inselrepublik im Südchinesischen Meer als abtrünnige Provinz und beansprucht auf internationaler Ebene einen Alleinvertretungsanspruch. Taiwans Gesundheitsminister Chen Shihchung erklärte als Reaktion auf die Nichteinladung zur Jahrestagung, es sei ein „Verlust für die WHO“, dass das taiwanische Modell zur Bekämpfung des Coronavirus nicht mit der Weltgemeinschaft geteilt werden könne. Weltweit gilt Taiwan als das Land, das bei der Eindämmung der Corona-Pandemie am erfolgreichsten agiert. Der Republik mit über 23 Millionen Einwohnern ist es gelungen, die Zahl der Covid-19-Fälle auf wenige hundert und die Zahl der Todesopfer im Zusammenhang mit dem Coronavirus sogar auf eine einstellige Zahl zu begrenzen. *N.H.*

Privilegierte Einwanderung

Berlin – Das Bundesinnenministerium will mit Änderungen in der Aufnahmeanordnung die Zuwanderung von älteren und behinderten Juden aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion erleichtern. Die neuen Regelungen sehen eine Vereinfachung des Familiennachzugs für Eltern und jüdische Ehepartner vor. Bis zum 60. Lebensjahr des jeweiligen Antragstellers soll künftig bei der Erstellung der Integrationsprognose der Aspekt des Familiennachzugs stärker berücksichtigt werden. Ab dem 60. Lebensjahr wird auf die Erstellung einer Integrationsprognose ganz verzichtet. Bei schwerbehinderten Erwachsenen soll unabhängig vom Alter eine Prognose entfallen. Der Zentralrat der Juden in Deutschland begrüßt die Lockerung der Zuwanderungsregelung. Zentralratspräsident Josef Schuster sagte, die Bundesregierung habe sich „für eine sozialverträgliche Lösung entschieden und kommt damit ihrer historischen Verantwortung nach“. *N.H.*

KLAUS JOHANNIS

Rätselraten um Karlspreisträger

Rumäniens deutschstämmiger Präsident schockiert mit Ausfällen gegen die ungarische Minderheit

VON BODO BOST

Laut dem rumänischen Staatsoberhaupt Klaus Johannis haben die oppositionellen Sozialdemokraten, während er als Präsident versuchte, gegen die Corona-Pandemie zu kämpfen, zusammen mit Vertretern der ungarischen Minderheit ein Komplott geschmiedet, um Siebenbürgen an die Ungarn zu übertragen.

Damit wollte Johannis die sozialdemokratische Opposition unter dem Präsidenten der Abgeordnetenkammer und Interimschef der postkommunistischen Partidul Social Democrat (PSD) Marcel Ciolacu treffen.

Vorwürfe sind substanzlos

Eigentlich ging es bei Johannis' Auftritt um ein Autonomiestatut für das Szeklerland im Osten Siebenbürgens, in dem überwiegend Ungarn leben. Seit vielen Jahren legen Vertreter der Demokratischen Union der Ungarn in Rumänien (UDMR) dazu immer wieder einen Gesetzentwurf vor, der regelmäßig zurückgewiesen wird. Der Gesetzentwurf war Ende April von der Abgeordnetenkammer „stillschweigend“ angenommen worden, das heißt, es hatte keine Plenardebatte gegeben und galt deshalb nach einer bestimmten Frist automatisch als verabschiedet. Dass dies kein „heimliches separatistisches Szenario“ der Postkommunisten gewesen war, wie Johannis behauptete, bewiesen diese, indem sie den Entwurf eine Stunde später im Senat mit ihrer Mehrheit ablehnten.

Es war wohl eher parlamentarische Schlamperei, dass der Entwurf die Abgeordnetenkammer hatte passieren können. Wegen seines Angriffs auf die PSD und die ungarische Minderheit wurde dem diesjährigen Karlspreisträger plumper rumänischer Nationalismus und Aufstachelung zum ethnischen Hass vorgeworden.

Dass mit Johannis ausgerechnet einer der Siebenbürger Sachsen, die in ihrer Geschichte immer den Ungarn wesentlich näher gewesen sind als den Rumänen, unter denen sie immer viel zu leiden hatten, gegen die Ungarn hetzt, hat auch die rumänische Gesellschaft überrascht.

Allerdings ist bekannt, dass die Demokratische Union der Ungarn in Rumänien den Postkommunisten oft als Mehrheitsbeschaffer gedient hat. Das hat sie in den Augen von Johannis diskreditiert und nicht, dass sie wie auch die Siebenbürger Sachsen für den Erhalt ihrer Kultur und Sprache in einer Autonomie, die sie zu Zeiten der Kommunisten besaßen, kämpfen.

Bis heute hetzen rumänische Nationalisten gern kollektiv gegen die knapp anderthalb Millionen Ungarn im Land. Zahlreiche Politiker und prominente Publizisten verurteilten deshalb Johannis' Vorwurf. Sie verlangten vom Präsidenten eine Entschuldigung. Johannis galt bislang als einer der wenigen Politiker in Osteuropa, die nationalistischen Versuchungen widerstehen. Der seit 2014 amtierende erste deutschstämmige Präsident Rumäniens wurde 2014 von den Ungarn in Rumänien und den Rumänen im Ausland, die Johannis mit über 70 Prozent der Stimmen wählten, ins Amt gehievt. Im Landesdurchschnitt hatte er nur 55 Prozent der Stimmen erhalten.

> „Sie kämpfen in den geheimen Büros des Parlaments dafür, Siebenbürgen den Ungarn zu geben“
>
> **Klaus Johannis**
> über PSD und UDMR

Tribut an den Wahlkampf?

Aber gegen Jahresende wird in Rumänien wieder gewählt, dann geht es für Johannis und die ihm nahestehende Nationalliberale Partei, die mit dem Sohn eines ethnischen Ungarn und einer ethnischen Rumänin Ludovic Orban den Ministerpräsidenten stellt, um eine seit sechs Jahren heiß ersehnte eigene Mehrheit im Parlament. Noch vor einigen Monaten bestanden nach der Verhaftung des PSD-Chefs Liviu Dragnea sehr gute Aussichten dafür. Doch in der Corona-Krise gibt die nationalliberale Regierung nach zwei Rücktrittswellen bislang ein chaotisches Bild ab, was die Chancen einer eigenen Mehrheit im Parlament hat sinken lassen.

Vielleicht hat Johannis deshalb jetzt die antiungarische Karte gezogen, die in der Vergangenheit oft die Postkommunisten selbst genutzt hatten.

Die antiungarischen Ausfälle des Staatschefs wirken umso irritierender, als mit dem Regierungschef einer seiner engsten politischen Verbündeten Halbungar ist: Staatspräsident Klaus Johannis mit Ministerpräsident Ludovic Orban (von rechts) *Foto: action press*

ISLAMISCHER STAAT

Wieder auf dem Vormarsch

Corona, Ölpreisverfall und der Rückzug der USA aus dem Irak stärken den IS

Gut ein Jahr, nachdem der Islamische Staat (IS) praktisch sein gesamtes Herrschaftsgebiet eingebüßt hatte, und sieben Monate nach dem Tode des selbsternannten Kalifen Abu Bakr al-Baghdadi ist die Terrororganisation wieder auf dem Vormarsch.

Seit Wochen häufen sich nächtliche Überfälle, Entführungen, Hinterhalte und Selbstmordanschläge – zuletzt sogar auf die irakische Antiterror-Zentrale in Kirkuk. Zudem kontrollieren die selbsternannten Gotteskrieger, die nun von Abi Ibrahim al-Haschimi al-Kuraschi alias Amir Mohammed Abdul Rahman al-Mawli al-Salbi angeführt werden, in den dünn besiedelten und schwer zugänglichen Wüstenregionen entlang der irakisch-syrischen Grenze südöstlich von Deir ez-Zor erneut ein eigenes Territorium. Hier können sie erbeutetes Kriegsgerät, Treibstoff und Munition für künftige Großoffensiven konzentrieren. Verantwortlich für diese Entwicklung ist das Sicherheitsvakuum aufgrund der Corona-Pandemie.

Der IS hat wieder ein Territorium

Zum einen ziehen Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Spanien und die Niederlande viele Soldaten aus dem Irak ab, um sie vor Ansteckung zu schützen. Zum anderen setzen die USA ihren schon länger geplanten Rückzug fort. Dadurch fehlen nun beispielsweise Aufklärungsflugzeuge wie die AWACS-Maschinen der Bundesluftwaffe und Kampfhubschrauber für die Bekämpfung der Terrormiliz. Gleichzeitig müssen die Sicherheitskräfte in der Region jetzt auch die Pandemie-Ausgangssperren durchsetzen, womit sie an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen.

Damit besteht die Gefahr einer Befreiung vieler der rund 32.000 IS-Kämpfer in den Gefängnissen des Irak und Syriens. Diese prekäre Situation wird noch dadurch verschlimmert, dass die Regierung in Teheran aufgrund des gravierenden Ölpreisverfalls kein Geld mehr hat, um den Kampf der schiitischen Milizen im Irak gegen den sunnitischen IS zu finanzieren. Ähnlich brisant ist die Lage in Afghanistan und jenen afrikanischen Ländern, in denen der IS gleichfalls operiert.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass die Dschihadisten das Coronavirus in ihrem Online-Magazin „al-Naba“ geradezu frenetisch feiern. Es sei eine „schmerzhafte Qual“ für die „Kreuzfahrernationen“ des Westens, denn die befänden sich nun „am Rande einer großen wirtschaftlichen Katastrophe, weil ... Märkte gerade zusammenbrechen und das öffentliche Leben stillsteht“.

Wolfgang Kaufmann

Soll um die Hälfte reduziert werden: Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln *Foto: Frank Vincentz*

LANDWIRTSCHAFT

Die Europäische Union will weitere Einschränkungen

Vergangene Woche stellte die EU-Kommission ihre neue Biodiversitätsstrategie bis 2030 vor sowie erstmalig eine Landwirtschafts- und Lebensmittelstrategie

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Die Kommission der Europäischen Union hat ihre neue Biodiversitätsstrategie bis 2030 sowie unter der Bezeichnung „Farm to fork“ („Vom Hof auf den Teller“) eine Landwirtschafts- und Lebensmittelstrategie vorgestellt. Beide Strategiepläne sollen im Oktober auf der UN-Biodiversitätskonferenz im chinesischen Kunming angenommen werden. Demnach handelt es sich um zwei Säulen des „Green Deal“, den EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Dezember zur Eindämmung des Klimawandels bis 2050 angekündigt hatte.

In Europa und weltweit ist der Zustand der Natur durch die enormen Belastungen aufgrund menschlicher Tätigkeit vor allem im Bereich der Agrarlandschaften überwiegend schlecht. 75 Prozent aller Landökosysteme und fast die Hälfte der Meeres- und Wasserökosysteme gelten als geschädigt. Mit ihrer neuen Biodiversitätsstrategie verpflichtet sich die EU, größere Rückzugsräume als bisher für die bedrohte Vielfalt in der Natur zu schaffen und degradierte Ökosysteme wiederherzustellen.

Nach dem Willen der EU-Kommission soll Europa zum weltweiten Vorreiter für nachhaltige Ernährung und biologische Vielfalt werden. Bis 2030 sollen 30 Prozent der Land- und Seefläche der EU-Mitgliedsländer in geschützte Gebiete umgewandelt werden. Derzeit sind es mittels des europäischen Netzwerks Natura 2000 rund 18 Prozent. Bis auf ein Drittel, das naturbelassen bleiben soll, dürfen diese Flächen nur eingeschränkt genutzt werden. Alte Wälder sind zu erhalten. Geplant ist ferner, drei Milliarden Bäume als Beitrag zum Klimaschutz zu pflanzen.

Deckelung der Flächenförderung

Die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln muss um 50 Prozent reduziert werden. Naturschutzverbände kritisierten umgehend, dass die Maßnahmen bei Weitem nicht ausreichen würden, um die seit Jahren verzeichneten massiven Verluste an biologischer Vielfalt einzudämmen oder gar wiederherzustellen. Insbesondere seien die Pestizid-Reduktionsziele in der Landwirtschaft viel zu niedrig, um das Bienen- und Insektensterben aufzuhalten und umzukehren.

Hinsichtlich der zukünftigen landwirtschaftlichen Steuerung verhandelt die EU-Kommission seit Jahren mit Interessenvertretern der Agrarbranche. Für die im Oktober zu verabschiedende Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bis 2027 wurde bereits eine Deckelung der Flächenförderung für landwirtschaftliche Betriebe festgesetzt. Großbetriebe werden also zukünftig weniger Subventionen aus Brüssel erhalten und ihre Strukturen des Weiteren aufgrund der neuen EU-Biodiversitätsstrategie umstellen müssen.

So ist auch die Ausbringung von Dünger bis 2030 um mindestens 20 Prozent zu reduzieren. 25 Prozent der Agrarfläche in den EU-Ländern sollen auf Bioanbau umgestellt werden. Ursprünglich vorgesehen waren 30 Prozent. In Deutschland ist die ökologisch bewirtschaftete Landfläche mit neun Prozent niedriger als im europäischen Durchschnitt, der bei 15 Prozent liegt. Der Präsident des Landesbauernverbandes in Baden-Württemberg, des Deutschen Bauernverbandes und der COPA-COGECA, des Zusammenschlusses der europäischen Bauernverbände, Joachim Rukwied, bezeichnete die Pläne der EU-Biodiversitätsstrategie bereits als einen „Generalangriff auf die gesamte europäische Landwirtschaft“.

Mit ihrer „Vom Hof auf den Teller“-Strategie nimmt die EU-Kommission nun auch die gesamte Produktionskette von Lebensmitteln in den Blick. Zur besseren Information für Verbraucher wird ein Nährwertlogo auf der Vorderseite der Verpackungen von Lebensmitteln verpflichtend eingeführt. Auch die Menge der weggeworfenen Lebensmittel und der Verpackungsmüll sollen deutlich reduziert werden.

Erhalt der biologischen Vielfalt

Blickt man zurück auf die 2011 veröffentlichte EU-Biodiversitätsstrategie bis 2020, so finden sich darin irritierenderweise ähnlich formulierte Absichtserklärungen, um die „dramatischen Verluste der Biodiversität als eine der größten ökologischen Herausforderungen der Menschheit“ auszugleichen und eine „weitestmögliche Wiederherstellung der Ökosystemdienstleistungen“ zu erreichen. Die EU versprach einen bedeutenden Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt weltweit. Was daraus geworden ist, lässt sich anhand des aktuellen Berichts von Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) zum Zustand der Natur in Deutschland ersehen, den die Ministerin ebenfalls in der vergangenen Woche vorstellte. Danach hält das Artensterben vor allem bei Insekten und Vögeln unvermindert an. Als Hauptverursacher wird die industrielle Landwirtschaft genannt.

Insbesondere seien durch die fortwährende Umwandlung von Grünland in Ackerland wertvolle Habitate und damit Lebensräume für Insekten, Vögel und Pflanzengesellschaften verschwunden.

SAP-HAUPTVERSAMMLUNG

Hasso Plattner unter Rechtfertigungsdruck

Aufsichtsratschef warb bei Aktionären um Verständnis für die starke Fluktuation im Vorstand

Auf der online durchgeführten Hauptversammlung von SAP stand der Mitgründer und Aufsichtsratsvorsitzende von Europas größtem Softwarekonzern Hasso Plattner unter Rechtfertigungsdruck wegen der starken Fluktuation von Führungskräften.

Seit vergangenem Herbst hat nicht nur der langjährige Vorstandschef Bill McDermott das Unternehmen verlassen, sondern auch der Personalchef Stefan Ries und das Vorstandsmitglied Michael Kleinemeier. Zuletzt hatte sich SAP auch noch von Jennifer Morgan getrennt. Zusammen mit Christian Klein hatte die Amerikanerin erst im Oktober 2019 nach Bill McDermott die Führung bei SAP übernommen.

Diese SAP-Doppelspitze hatte gleich aus zwei Gründen eine Besonderheit dargestellt. Zum einen war Klein mit damals 39 Jahren bei seiner Berufung der jüngste Chef eines Dax-Konzerns. Zum anderen war Morgan die erste Frau an der Spitze eines Dax-Unternehmens.

Die abrupte Abberufung Morgans im April und die Abkehr vom Konzept einer Doppelspitze begründete Plattner auf der Hauptversammlung damit, dass die Strategiediskussionen „seit Jahresbeginn langsamer vorangekommen“ seien „als gedacht“. Durch die Corona-Krise erhöhe sich der Druck für Unternehmen, schnell zu entscheiden. „Und wir können es uns nicht leisten, uns durch interne Differenzen zu lähmen“, so der 76-Jährige.

Von Klein, der nun die alleinige Führung übernommen hat, erwartet Plattner offenbar, die zugekauften US-Töchter enger in den Konzern einzubinden und auch die Produkte der übernommenen Firmen besser in das Gesamtangebot von SAP zu integrieren.

In einem Interview mit dem „Handelsblatt“ hat sich Plattner von der Strategie der losen Einbindung von Zukäufen deutlich distanziert, die der abgelöste Vorstandschef Bill McDermott verfolgt hatte: „Die Idee, alle einfach selbstständig und eigenverantwortlich laufen zu lassen, mag wirtschaftlich sogar noch Sinn gemacht haben. Technologisch haben wir trotzdem nicht die richtige Entscheidung getroffen.“

Neben der Integration der milliardenschweren Firmenzukäufe wird sich Klein auch um die Zufriedenheit der Kunden und um den Flickenteppich aus vielen Einzelprodukten kümmern müssen.

Als deutliches Warnsignal muss dabei die Kritik der deutschsprachigen SAP-Anwendergruppe gesehen werden. Diese wichtige Organisation von SAP-Kunden hat speziell die fehlende Verzahnung von verschiedenen Programmen des Konzerns stark kritisiert.

In seiner Rede gab sich der SAP-Vorstandschef optimistisch. Der Konzern sei mit seinem Plan zur Integration der vielen Einzelprodukte zu einem Angebot aus einem Guss bereits „auf einem sehr guten Weg“. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Araber kaufen Firmen

Riad – Der saudische Staatsfonds PIF nutzt die gesunkenen Kurse, um sich an den Börsen im großen Stil mit Aktien einzudecken. Bereits im April hatte der Fondschef Yasir Al-Rumayyan angekündigt, der Staatsfonds suche nach „jeder Gelegenheit“ für Investitionen in der Corona-Krise. Als mögliche Kaufziele nannte der Vertraute des Kronprinzen Mohammed bin Salman Fluglinien, Energieversorger und Konzerne der Unterhaltungsindustrie. Inzwischen wurde bekannt, dass der Staatsfonds der Saudis Aktien von Facebook, Boeing und Disney gekauft hat. In kleinerem Umfang erwarben die Araber auch Anteile der Kreuzfahrtgesellschaft Carnival Cruises und der Hotelkette Marriot. Der saudische Staatsfonds verwaltet ein Vermögen von rund 320 Milliarden US-Dollar. Der Staatsfonds des Emirats Katar soll sich laut Medienbericht fast sieben Milliarden US-Dollar geliehen haben, um an den Aktienmärkten auf Einkaufstour gehen zu können. *N.H.*

Tesla-Anteil am E-Markt steigt

Eschborn – Im April stieg die Gesamtzahl der bislang gestellten Anträge für den sogenannten Umweltbonus auf etwa 198.000 an. Das zuständige Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle registrierte im April lediglich noch 6483 Anträge auf eine staatliche Förderung. Die Zahl der monatlichen Anträge auf eine Elektroauto-Prämie durch Personen oder Unternehmen hat sich damit im April im Vergleich zum Vormonat fast halbiert. Im März waren bei dem Bundesamt noch knapp 12.000 Anträge eingegangen. Dem US-amerikanischen Elektroautobauer Tesla ist es im April gelungen, seinen Anteil mit 6,8 Prozent an der Gesamtzahl der Anträge weiter auszubauen. Ein rundes Jahr zuvor lag der Anteil des US-Herstellers noch bei nur 4,3 Prozent. Die Bundesregierung hatte erst im Februar den Fördersatz beim Kauf von Elektroautos von 4000 auf 6000 Euro erhöht. *N.H.*

„Eigentlich unvermeidlich“

Berlin – Der Bund der Steuerzahler bezeichnet eine Konsolidierungswelle bei den von der öffentlichen Hand betriebenen Regionalflughäfen als „eigentlich unvermeidlich“. Laut einer Studie des Steuerzahlerbundes schreiben von den 21 deutschen Regionalflughäfen lediglich der Flughafen Niederrhein-Weeze und der Allgäu Airport in Memmingen schwarze Zahlen. Insgesamt kosten die kleineren Flughäfen die öffentlichen Kassen nach Angaben des Steuerzahlerbundes jährlich 100 Millionen Euro. Als akut existenzgefährdet gilt aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie der Airport Dortmund. Der Flughafen fuhr mit 2,7 Millionen Passagieren 2019 noch ein Rekordergebnis ein. Inzwischen ist der Flugverkehr allerdings bis auf ein Minimum heruntergefahren. Der Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung der Stadt Dortmund Thomas Westphal (SPD) hat zur Rettung eine Verbundlösung mit den Regionalflughäfen in Münster und Paderborn vorgeschlagen. *N.H.*

KOMMENTAR

Ein Grüner schafft sich selbst ab

BODO BOST

Boris Palmer, seit 13 Jahren Oberbürgermeister von Tübingen, einstiges Zugpferd der Bundesgrünen, wurde nach umstrittenen Äußerungen über die Todesursachen der Corona-Opfer von seinem Landesverband zum Parteiaustritt aufgefordert.

Der Tübinger OB Palmer, der schon seit Langem für seine unbequemen, aber oft den Punkt treffenden Äußerungen bekannt ist und deshalb auch sehr erfolgreich war, lieferte seiner Partei in der Corona-Diskussion eine Steilvorlage, ihn endlich loszuwerden. Er forderte eine Lockerung der Corona-Auflagen und erklärte dabei im Frühstücksfernsehen: „Ich sag es Ihnen mal ganz brutal: Wir retten in Deutschland möglicherweise Menschen, die in einem halben Jahr sowieso tot wären."

Palmer verwies dabei auf Berechnungen der UN, denen zufolge 100 Millionen Kinder an den ökonomischen Folgen des Shutdowns sterben könnten. Diese Aussage, obwohl auf Berechnungen der unverdächtigen UNO basierend, führte zu massiven Vorwürfen gegen Palmer wie „Verachtung für die Älteren in der Gesellschaft". Auch Grünen-Parteikollegen, die noch eine Rechnung mit Palmer offen hatten, sahen ihre Chance der Abrechnung gekommen. Sie warfen Palmer „Sozialdarwinismus" und eine „Brutalisierung der öffentlichen Debatte" vor.

Erstmals distanzierte sich auch sein eigener Grünen-Kreisverband Tübingen, den Palmer zu Spitzenwahlergebnissen geführt hatte, von seinem einstigen Zugpferd. Palmer selbst nahm zwar von seinen Äußerungen Abstand, aber eine Hetzjagd setzte ein, die nicht mehr zu stoppen war.

Am 4. Mai kündigte schließlich die Grünen-Bundesvorsitzende Annalena Baerbock Konsequenzen für Palmers Verhalten an. Palmer würde bei einer erneuten Kandidatur nicht mehr von der Partei unterstützt werden.

Am 8. Mai forderte der Landesverband der Grünen in Baden-Württemberg Palmer zum Parteiaustritt auf. Man behalte sich auch vor, ein Parteiordnungsverfahren gegen ihn einzuleiten. Auch Grünen Co-Chef Robert Habeck erklärte in einer Talkshow, dass seine Geduld zu Ende sei. Der Ärger über Palmer ist – wieder einmal – groß, diesmal spielen jedoch andere Gründe im Hintergrund eine wichtige Rolle.

Mit der Corona-Krise haben die Grünen ihr Hauptthema, den Klimawandel, verloren. Die Umfragewerte sinken seit Wochen in den Keller, die Partei ist wieder auf dem dritten Platz im Parteienspektrum angelangt, eine Regierungsbeteiligung rutscht damit in weite Ferne. In der Corona-Krise machen alle grünen Parteigrößen eine schlechte Figur, Baden-Württembergs Ministerpräsident Kretschmann tauchte wochenlang in den Medien nicht mehr auf.

Vergleich mit Sarrazin hinkt

Diese Schwäche hat Boris Palmer genutzt, um zumindest bei den Medien wieder einen Fuß in die Tür zu bekommen. Viele vergleichen jetzt Palmer mit dem früheren Berliner SPD-Finanzsenator Thilo Sarrazin und seinen für die Linken und Grünen gefährlichen Buchthesen, wie „Deutschland schafft sich ab". Nur, die Asylkrise, in der Palmer sein

Boris Palmer *Foto: R. Kraasch*

Buch schrieb „Wir können nicht allen helfen", war eine hausgemachte, von Angela Merkel verursachte, regionale Krise, die Corona-Pandemie ist eine weltweite Krise, die auch eine weltweite Antwort erfordert. Da ist es immer besser, auf die UN zu hören, als auf politische Stimmungsmache.

Der Vergleich zu Sarrazin hinkt auch deshalb, weil Palmer ein wirkliches Zugpferd der Grünen war. Sein fulminanter Sieg in Tübingen 2007 hat Kretschmann 2011 den Weg nach Stuttgart an die Landesspitze geebnet. Dies war bei Sarrazin, der eher spröde und uncharismatisch wirkt, nie der Fall. Die SPD hat wegen ihm keine Wahlen gewonnen.

LEITARTIKEL

Quo vadis, AfD?

RENÉ NEHRING

Die Hauptursache für alle Scheidungen liegt in der Eheschließung." Diese durchaus flapsige Weisheit aus dem Kreis der Standesbeamten passt gut zur derzeitigen Lage der Alternative für Deutschland (AfD). Seit dem Beschluss des AfD-Bundesvorstandes, den brandenburgischen Landesvorsitzenden Andreas Kalbitz aus der Partei auszuschließen (siehe *PAZ* 21/2020) wird immer mehr offenbar, dass in dieser Partei Strömungen vereint sind, die kaum zueinander passen.

Doch der Reihe nach: Als 2013 die AfD gegründet wurde, war sie ein Zusammenschluss von Frauen und Männern aus der bürgerlichen Mitte, die zunehmend frustriert waren über die Entwicklung der Gesellschaft, insbesondere über die fundamentalen Kursänderungen der CDU in der Ära Merkel. Vor allem die Energiewende und die „Euro-Rettungspolitik", die die ökonomischen Grundlagen des Landes und den Wohlstand seiner Bürger bedrohten, führten dazu, dass sich zahlreiche Anhänger und Wähler von den etablierten politischen Kräften abwandten.

Als Energiewende und „Euro-Rettung" an Bedeutung verloren, brauchte die AfD ein neues Mobilisierungsthema – und fand dieses in der Verunsicherung vieler Deutscher über die zunehmende Immigration und damit einhergehend Probleme wie Asylmissbrauch oder Clan-Kriminalität. Als im Spätsommer 2015 Kanzlerin Angela Merkel die Grenzen für syrische Bürgerkriegsflüchtlinge öffnete und in den folgenden Monaten hunderttausende Immigranten ungehindert ins Land strömen konnten, zog die AfD nach und nach in alle Landtage ein und letztlich 2017 auch in den Deutschen Bundestag.

Innerparteiliche Kräfteverschiebung

Doch bereits im Sommer 2015 hatten mit Bernd Lucke, Joachim Starbatty und Hans-Olaf Henkel wichtige Gründerfiguren die AfD verlassen, weil sie die Partei auf einem unguten Weg sahen. Zwar argumentierte manch Anhänger, dass jene als Wirtschaftsprofessoren und Verbandsfunktionäre nie so recht in die Niederungen der Parteipolitik gepasst hätten; doch verlor die AfD mit den Genannten eben auch bürgerliche Schwergewichte, die mit ihrer Reputation und ihren Netzwerken dafür gesorgt hatten, dass die neue politische Kraft bis in die Mitte hinein Unterstützung fand. Als politische Randpartei hätte es die AfD nie über fünf Prozent geschafft.

Der Abgang eines Teils der bürgerlichen Gründergeneration führte schon bald zu einer Verschiebung der Kräfte in der Partei. Immer häufiger gaben nun Akteure den Ton an, die Wohlmeinende als „nationale Romantiker", Kritiker jedoch als „Rechtspopulisten", „Völkische" oder „Nationalisten" bezeichneten. Zur Stärkung ihrer innerparteilichen Schlagkraft schlossen sich die Anhänger jener Strömung im „Flügel" zusammen; geführt vom thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke und Andreas Kalbitz. Beide verfolgen eine gänzlich andere Agenda als die Gründer. Wollten Lucke & Co. eine Rückkehr zu den erfolgreichen wirtschaftspolitischen und rechtsstaatlichen Prinzipien der alten Bundesrepublik, so forderten Höcke und Kalbitz eine Erneuerung der Nation.

> Eine entscheidende Frage lautet, ob die AfD irgendwann einmal aktiv Politik gestalten will

Trotz aller Aufregungen, Trennungen und Skandale, wie sie sich im Findungsprozess einer neuen politischen Kraft kaum vermeiden lassen, gewann die AfD zunächst immer weiter an Zuspruch und stand lange stabil bei 13 bis 18 Prozent. Doch mit der Zeit wurde immer klarer, dass hier Kräfte zusammengefunden hatten, die nicht zusammenpassten. Immer wieder mussten sich jene, die auf eine bürgerliche Sachpolitik setzten, mit gezielten Provokationen des „Flügels" auseinandersetzen und sich in der Öffentlichkeit dazu erklären. Wollten die einen Sachfragen der Renten-, Finanz-, Verkehrs- oder Sicherheitspolitik diskutieren, so setzten die anderen auf Meta-Themen wie Identität oder den Kampf gegen den „globalisierten Multikulturalismus" (Kalbitz).

Doch trotz der Differenzen hielten führende Repräsentanten der Partei, die eigentlich als bürgerlich galten, lange Zeit ihre schützende Hand über den „Flügel"; nicht zuletzt, um sich dessen Unterstützung bei Vorstandswahlen zu sichern. Alexander Gauland erklärte den „Flügel" gar zur „Mitte der Partei". Und die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel, die einst den Rauswurf von Höcke betrieben hatte, attestierte sich nach einem Bündnisschluss mit dem „Flügel" das Durchlaufen einer „Lernkurve". Auch Jörg Meuthen, der nun den Ausschluss von Kalbitz betrieb, war wiederholt bei den Kyffhäusertreffen des „Flügels" zu Gast.

Perspektiven

In der Frage, wohin die AfD sich wendet, spielte zuletzt auch ein anderer Gegensatz eine Rolle, der sich bereits in den vergangenen Jahren angedeutet hatte: die Gräben zwischen Ost (mit Ausnahme Berlins) und West. Zwar gibt es Anhänger beider Lager in allen Regionen, doch dominierten in den westlichen Landesverbänden zumeist die bürgerlichen Kräfte und in den östlichen der „Flügel". Schon vor dem Kalbitz-Rauswurf verwiesen Mitglieder und Funktionäre der östlichen Landesverbände – etwa zur jüngsten Hamburg-Wahl – auf ihre Wahlerfolge im Herbst 2019, als die AfD in Sachsen 27,5 Prozent, in Brandenburg 23,5 Prozent und in Thüringen 23,4 Prozent der Stimmen holte.

Allerdings werden aufgrund der demographischen Realitäten in Deutschland Wahlen auf Bundesebene nicht im Osten der Republik entschieden, sondern im Westen. Zehn bis 15 Prozent in Bayern, Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen können in absoluten Zahlen leicht für doppelt so viele Stimmen (und Mandate) stehen wie 20 bis 25 Prozent in Brandenburg oder Sachsen. Und da der Westen der Republik nach wie vor bürgerlich geprägt ist, dürfte klar sein, welcher Politikansatz der Partei gesamtdeutsch mehr nützen dürfte.

Eine entscheidende Frage jenseits der Programmatik lautet, ob die AfD dauerhaft in der Opposition verharren will, oder ob sie den Anspruch hat, tatsächlich irgendwann einmal Politik gestalten zu wollen? Wer ersteres will, kann es sich leisten, „keine Kompromisse machen" zu wollen und inner- wie außerparteiliche Gegner mit Worten wie „Deutschlandhasser" (Kalbitz) oder „Verräter" (Höcke) zu attackieren. Er wird dann jedoch niemals in die Verlegenheit kommen, den eigenen Versprechungen auch Taten folgen lassen zu müssen. Wer jedoch die Gesellschaft aktiv gestalten möchte, der wird um pragmatisches Handeln und die Suche nach Kompromissen nicht herumkommen.

Insofern steht die AfD derzeit vor keiner geringeren Frage als der, ob sie irgendwann einmal aktiv über die Geschicke dieses Landes mitbestimmen möchte, oder ob sie lieber dauerhaft zusehen will, wie andere politische Akteure entscheiden, wo es langgeht.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

PORTRÄT

Fünfter Mann im Staat

Mit einem Knall verabschiedete sich Andreas Voßkuhle von seinem Amt als Vorsitzender des Bundesverfassungsgerichts. Durch sein EZB-Urteil, das die Staatsanleihenkäufe der Europäischen Zentralbank in Teilen für verfassungswidrig erklärt, wird er in Erinnerung bleiben.

Mit einem Knallerurteil zur Abhörpraxis des BND im Ausland, die gegen geltende Grundrechte verstoße, zog jetzt auch Voßkuhles gewählter Nachfolger **Stephan Harbarth** die mediale Aufmerksamkeit auf sich. Noch steht die Ernennung des 48-jährigen Heidelbergers durch den Bundespräsidenten zum Chef des Bundesverfassungsgerichts und damit zum protokollarisch fünften Mann im Staat aus.

Mit dem turnusmäßigen Rückzug Voßkuhles setzte sich ein parteipolitisches Personalkarussell in Gang. Auf den SPD-Mann musste jemand mit einem anderen Parteibuch folgen. Damit alle zum Zuge kommen, übernahm Voßkuhles Vorsitz im Zweiten Senat die grüne Richterin Astrid Wallrabenstein, Gerichtspräsident aber wurde der Vorsitzende des Ersten Senats, also Harbarth. Er saß bis 2018 als CDU-Abgeordneter im Bundestag, ehe er als Vizepräsident nach Karlsruhe wechselte. Für Erstaunen sorgte damals schon, dass ein Rechtsanwalt direkt in das zweithöchste Richteramt gewählt wurde. Auch unterstellte man ihm Befangenheit, da die Anwaltskanzlei, für die er tätig war, den VW-Konzern beim Diesel-Abgasskandal vertritt. Dass er als Abgeordneter und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Nebeneinkünfte angeblich in Millionenhöhe nicht offenlegte, sorgte für weiteren Unmut.

FOTO: PA

Verfassungsgerichtschef Harbarth

Im Übrigen ist Harbarth zu verdanken, dass es seit 2018 einen Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung gibt. Darüber hinaus machte er sich für den UN-Migrationspakt stark. *H. Tews*

Wenig Vertrauen in die Hauptstadt

Nach dem Corona-Schaden weiterer Verlust für Berlins Kultur – Sammler kehren der Stadt den Rücken zu

VON NORMAN HANERT

Bald nur noch Ausgang für die Sammlung: Die Flick-Collection wird den Hamburger Bahnhof in Berlin verlassen *Foto: imago images*

Des Umstands, dass der Stadt Konzerne von Weltruf und große Bankhäuser fehlen, haben Berliner Landespolitiker bislang oft mit dem Verweis auf ein reiches kulturelles Leben in der deutschen Hauptstadt gekontert. Dieses Selbstverständnis wird nun abrupt in Frage gestellt:

Mehrere private Kunstsammler haben angekündigt, mit ihren Sammlungen Berlin wieder verlassen zu wollen. Für internationales Aufsehen sorgte die Ankündigung von Friedrich Christian Flick, seine Sammlung mit Gegenwartskunst im September 2021 aus Berlin abzuziehen und sie wieder in die Schweiz zu bringen (die *PAZ* berichtete).

Flick hatte 2003 mit den staatlichen Museen einen Leihvertrag abgeschlossen, der im Herbst 2021 ausläuft und von Flick nicht verlängert wird. Der Sammler zieht damit die Konsequenz aus Querelen um den Ausstellungsort. Mit wechselnden Ausstellungen war die Sammlung bislang im Berliner Museum „Hamburger Bahnhof – Museum für Gegenwart“ untergebracht. Als Ausstellungsfläche hatte Flick auf dem ehemaligen Bahnhofsgelände für acht Millionen Euro die sogenannten Rieck-Hallen umbauen lassen.

Als im Jahr 2007 das bis dahin bundeseigene Bahngelände zum Verkauf stand, verpassten das Land Berlin und auch die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) allerdings die Chance, sich das Areal langfristig zu sichern. Die nördlich des Berliner Hauptbahnhofs gelegenen Hallen gingen zum Jahreswechsel 2007/2008 an eine österreichische Immobiliengesellschaft. Für das Areal des Hamburger Bahnhofs besteht dadurch nur ein Mietverhältnis.

Mit der Aufwertung des Viertels in der Nähe des Berliner Hauptbahnhofs zur Europacity war zudem bereits seit Jahren voraussehbar, dass sich die innerstädtische Fläche weitaus lukrativer verwerten lässt, wenn sie mit Büros und anderen Gewerbeimmobilien bebaut wird. Inzwischen muss sich die Berliner Landespolitik und auch die SPK den Vorwurf gefallen lassen, die Sicherung einer langfristigen Standortgarantie für die Rieck-Hallen verschlafen zu haben. Auch die Versuche, den Kunstsammler Flick mit einem Neubau zu einer Verlängerung seines Leihvertrages zu bewegen, sind offenkundig fehlgeschlagen.

Rückzug zweier weiterer Sammler

Die SPK verliert mit der Entscheidung des Sammlers ihre wichtigste Sammlung zeitgenössischer Kunst. Die „Flick-Collection“ umfasst etwa 2500 Arbeiten, unter anderem Werke von Andy Warhol, Robert Ryman und den Konzeptkünstlern Bruce Nauman und Sol LeWitt. Bereits vor Jahren schätzten Kunstexperten den Wert der Sammlung auf mehrere hundert Millionen Euro. Als neuer Ausstellungsstandort wird immer wieder das Kunsthaus Zürich genannt. Möglicherweise kann sich aber auch das Kunstmuseum Bern Hoffnungen machen. Der 75-jährige Flick bewohnt seit Jahrzehnten ein Chalet im Berner Oberland. Neben Flick kündigte auch Thomas Olbricht seinen Rückzug aus der deutschen Hauptstadt an.

Olbricht, einer der wichtigsten deutschen Sammler, hatte in Berlin die private Kunsthalle „Me Collectors Room“ finanziert. Der Wella-Erbe will die Räume an der Berliner Auguststraße schließen und plant eine Rückkehr nach Essen.

Mittlerweile komplettiert eine dritte Rückzugsankündigung den Rufschaden für die Kunststadt Berlin. Auch Julia Stoschek schließt Ende 2022 ihr Kunsthaus in der Leipziger Straße mit rund 850 Werken aktueller Medienkunst. Wie bei der Flicksammlung spielt auch im Fall der Kunstsammlerin Julia Stoschek die ungesicherte Perspektive für den Ausstellungsstandort eine entscheidende Rolle.

Die Unternehmenserbin Stoschek hatte viel Geld in die Hand genommen, um das von ihr genutzte ehemalige Tschechische Kulturzentrum als Medienkunsthaus nutzen zu können. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Besitzerin des Hauses lehnt einen Verkauf ab und will nach einer Außensanierung des Gebäudes weit mehr Miete als bisher.

Für Berlin und auch den Bund kommt der Abzug wichtiger privater Sammlungen aus der deutschen Hauptstadt zu einem ungünstigen Zeitpunkt: Die Corona-Krise reißt Milliardenlöcher in die Haushaltsplanungen. Für die kommenden Jahre ist so bereits absehbar, dass der Staat im Kulturbereich vermutlich eher zum Rotstift als zum Scheckheft greifen wird.

Derzeit bringt die Corona-Pandemie für Museumsbesucher allerdings einen positiven Effekt mit sich. Das Ausbleiben von Touristen und Schulklassen bietet Kunstinteressierten nämlich derzeit die Möglichkeit, die Landschaftsgemälde Caspar-David Friedrichs in der Alten Nationalgalerie einmal in ungewohnter Ruhe und ohne Gedränge betrachten zu können. Kehrseite dieses Luxus ist allerdings, dass staatlichen wie privaten Museen und Galerien Einnahmen fehlen.

EXPRESSIONISTISCHES THEATER

Der Eifer von Muttervater

Meistgespielter Bühnenautor der Weimarer Republik – Vor 75 Jahren starb der Dramatiker Georg Kaiser

Die Weimarer Zeit war nicht nur eine dramatische Epoche, sondern auch eine Blütezeit des Dramas. Nach Krieg und Revolution spiegelten Künstler verstärkt auf der Bühne die Aufbruchstimmung wider. Mit dem Stummfilm kam außerdem ein neues Medium für den dramatischen Ausdruck hinzu. So kam es, dass sich Schriftsteller als Theaterautoren spezialisierten. Damalige Stücke Gerhart Hauptmanns, Bertolt Brechts, Carl Zuckmayers oder Ödön von Horváths sind zu modernen Klassikern geworden. Aber auch Arthur Schnitzler, Carl Sternheim, Fritz von Unruh, Walter Hasenclever und Ernst Toller sind nicht in Vergessenheit geraten.

Anders verhält es sich mit Georg Kaiser, der mit seinen 70 Dramen nicht nur der produktivste, sondern mit seinen Stücken auch der meistaufgeführte Bühnenautor der Weimarer Republik war. Heute kennen einige wenige seine Dramen allenfalls vom Namen her. „Die Bürger von Calais“ zum Beispiel, dieses bereits vor dem Ersten Weltkrieg entstandene und 1917 uraufgeführte Historiendrama, das von Auguste Rodins gleichnamiger Skulptur inspiriert war. Es handelt von jenen sechs Bürgern, die sich im Hundertjährigen Krieg für die Beendigung der Belagerung von Calais durch die Briten opferten.

Das Motiv des freiwilligen Menschenopfers war nicht nur eines der zentralsten Elemente des expressionistischen Theaters, als dessen Hauptvertreter Kaiser gilt, sondern auch ein Verweis auf den nahenden Krieg. Der 1878 in Magdeburg geborene Autor wollte 1914 selbst freiwillig daran als Soldat teilnehmen, wurde aber aus gesundheitlichen Gründen ausgemustert.

Zwischen 1918 und 1920 schuf er dann mit „Gas“ ein Theater-Diptychon, das in den 1980er Jahren eine kurze Renaissance erfuhr, als man es als Lehrstück gegen atomare Bedrohung umdeutete. Statt einer Atombombe explodiert in „Gas, Teil 1“ eine Gasfabrik, woraufhin ein human gesinnter „Milliardärsohn“ auf deren Trümmern die Utopie einer „Erneuerung des Menschen“ errichten will. Das Stück entstand kurz vor der sozialen Eruption durch die Novemberrevolution, in die auch Kaiser Hoffnung setzte. Das erst danach entstandene Stück „Gas, Teil 2“ ist weit pessimistischer. Dort wird aus der Gas- eine Giftgasfabrik, dem der „neue Mensch“ nichts entgegenzusetzen hat.

Kaisers Stücke sind bühnenwirksame, zeitbezogene Ideendramen, in denen sich das Individuum in der Masse verliert. Weil keine identitätsstiftenden Helden im Vordergrund stehen, haben sich seine Dramen nicht lange im kollektiven Gedächtnis halten können. Die pathetisch expressionistische Sprache macht das Verständnis nicht leichter. In „Gas, 2“ klingt es so: „Meines Blutes Blut schlug nach Verwandlung von uns!! Mein Eifer tränkte sich mit Eifer von Mutter und Muttervater!! Unsere Stimme konnte die Wüste wecken …“

Kaisers Stimme weckte jedenfalls Brecht, der so manches von Kaisers Neuerungen in seine Lehrstücke übertrug. Und obwohl zwar sozialkritisch, aber nie sozialrevolutionär eingestellt, weckte Kaisers Stimme in dem von Kurt Weill musikalisch eingerichteten Stück „Der Silbersee“ von 1933 die SA, welche weitere Aufführungen von Kaisers Stücken verhinderte.

1938 flüchtete Kaiser vor der Gestapo in die Schweiz, wo er sich in der Künstlergemeinde des Monte Verità in Tessin zum neuen Menschen verwandeln wollte, ehe er am 4. Juni 1945 in Ascona starb. *H. Tews*

MELDUNGEN

Käthe Kollwitz aus der Nähe

Köln – Das Kölner Käthe-Kollwitz-Museum nutzt die Lockdown-Phase für umfangreiche Baumaßnahmen und öffnet erst wieder am 9. Juni. Bis dahin kann man das Museum aber bei einem 360-Grad-Rundgang online erleben. Über die Internetadresse www.rundgang-kollwitz.de kann man per Mausklick durch die Räume navigieren und sich ganz dicht an die Werke der aus Königsberg stammenden Künstlerin heranzoomen. *tws*

Newton und die DDR zu Gast

Hamburg – In und um Hamburg gibt es gleich zwei Museen, die nach dem Bildhauer Ernst Barlach benannt sind und die jetzt mit neuen Ausstellungen aus dem Lockdown-Tiefschlaf erwacht sind. Das Ernst-Barlach-Museum in dem direkt an Hamburgs westlicher Stadtgrenze gelegenen Elb-Ort Wedel überrascht dabei mit einer bis zum 29. November laufenden Ausstellung über den vor 100 Jahren geborenen Fotografen Helmut Newton. Der am 31. Oktober 1920 in Berlin als Helmut Neustädter geborene und am 23. Januar 2004 in Los Angeles gestorbene Porträtist hat zahlreiche Stars effektiv in Szene gesetzt, darunter Elizabeth Taylor mit Papagei im Pool (www.ernst-barlach.de). Nur wenige Kilometer östlich vom Wedeler Museum widmet sich das im Hamburger Jenischpark gelegene Ernst-Barlach-Haus bis zum 13. September der „Kunst in der DDR 1949–89“. Als Gegenleistung für Leihgaben des Hamburger Museums für eine Barlach-Ausstellung im Dresdner Albertinum gibt es aus dessen Sammlung 60 Gemälde und Skulpturen der „Sozialistischen Gegenwartskunst“ bis zum Mauerfall (www.barlach-haus.de). *tws*

Der verlängerte David Hockney

Hamburg – In den ersten sechs Wochen nach ihrer Eröffnung am 1. Februar konnte die Ausstellung „David Hockney. Die Tate zu Gast“ im Bucerius-Kunstforum am Hamburger Rathaus bereits knapp 50.000 Besucher verzeichnen, ehe sie wegen Corona schließen musste. Nun ist die Schau mit Werken des britischen Ausnahmekünstlers nicht nur wiedereröffnet, sondern auch bis zum 13. September verlängert worden. *tws*

Acht Wochen in einem Schloss

Doberlug – Mit „Acht Wochen eines Jahres. Die NVA im Schloss Doberlug“ zeigt das Museum Schloss Doberlug im Landkreis Elbe-Elster bis zum 15. November eine Ausstellung zur Geschichte des barocken Schlosses nach dem Zweiten Weltkrieg. Die „acht Wochen“ stehen für die Zeit, welche die NVA-Reservisten in dem als Kaserne genutzten Schloss verbrachten. *tws*

BRÜNN

Todesmarsch an Fronleichnam

Mit dem Brünner Todesmarsch vom 31. Mai 1945 begann die blutige Vertreibung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei. Es war der Fronleichnamstag, an dem der Zug der Frauen, Kinder und alten Männer auf die Grenze von Niederösterreich zu getrieben wurde. Der Todesmarsch war der Auftakt gewaltsamer Ausschreitungen gegen deutschsprachige Bürger.

Die „wilde Vertreibung“, wie die Jagd auf Deutsche in den Monaten von Mai bis Juli genannt wurde, war nicht das Ergebnis spontan entladener Rache. Die Wut war über Jahre geschürt worden. Ethnische Säuberungen galten als Voraussetzung für die Bildung von Nationalstaaten. Über Jahre zog sich die Vertreibung der Deutschen aus Mittel- und Osteuropa hin. Die Vertreibungen aus Mähren zwischen Mai und Juli 1945 waren die fürchterlichsten.

Die deutschsprachigen Einwohner Brünns wurden am 31. Mai 1945 am Augustinerkloster zusammengetrieben. Am folgenden Tag begann der 55 Kilometer lange Marsch gemeinsam mit Bewohnern umliegender Dörfer. 27.000 Menschen, etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung Brünns, trieben die Tschechen auf die Grenze zum sowjetisch besetzten Niederösterreich zu. Die entkräfteten Menschen waren den Strapazen des Marsches bei großer Sommerhitze nicht gewachsen. Es gab kein Wasser, keine Lebensmittel. Zusammengebrochene Menschen blieben am Straßenrand liegen. Die Zahl der Opfer gehen wie so häufig je nach Quelle weit auseinander. Nach Unterlagen der Vertriebenen forderte der Marsch mehr als 8000 Opfer. Jüngere Untersuchungen nennen 5200 Opfer. Gesichert ist, dass die meisten Menschen während des Todesmarsches an der Straße durch Hunger, Durst und Typhus starben. Andere kamen durch Schüsse der tschechischen Bewacher, „Revolutionäre Gardisten“, ums Leben.

Bei Pohrlitz (Pohořelice) endete der Todesmarsch. Die Sowjets verweigerten den Übertritt nach Österreich. Die Bewacher sperrten die Vertriebenen in Pohrlitz in ehemalige Lagerhallen für Getreide. Dort ging das Sterben weiter, die Menschen verhungerten, Seuchen brachen aus. In einem Massengrab bei Pohrlitz entdeckte man 890 Tote. Erst im Juni 1945 durften die Überlebenden des Todesmarsches die Grenze nach Österreich überschreiten. Und auch dort setzte sich das Sterben der Kranken und Unterernährten fort. Etwa 1000 von ihnen wurden in Österreich begraben.

Der Todesmarsch von Brünn war geplant. Vorbereitet hatte ihn der Mann, der auch zwei Monate später das Massaker von Aussig organisierte, Stabskapitän Bedřich Pokorný vom Innenministerium. Über dessen Rolle bei beiden Verbrechen wird die PAZ im Zusammenhang mit dem Jahrestag des Massakers von Aussig am 31. Juli 1945 berichten. *K.J.G.*

Augustinerkloster St. Thomas in Alt-Brünn *Foto: VitVit*

TRÜMMERFRAUEN

Schuften auf gigantischen Schuttbergen für ein paar Gramm Fett

Vor 75 Jahren verpflichtete der Kontrollrat der Alliierten Berliner Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren zur Beseitigung der Trümmer.

Bei der Arbeit: Trümmerfrauen in Berlin *Foto: pa*

VON KLAUS J. GROTH

In absoluten Zahlen war die größte Stadt des Reiches auch diejenige, die im Zweiten Weltkrieg die meisten Bombenschäden hatte. Nach über 350 Luftangriffen im Zweiten Weltkrieg lag die Hälfte der Häuser, eine halbe Million, in Schutt und Asche. Auf der Liste der Zerstörung folgten auf Platz zwei und drei Hamburg mit etwa 300.000 und Köln mit 176.000 Häusern. Viele Frauen waren in Not und Chaos nach 1945 auf sich allein gestellt. Ihre Männer waren im Krieg gefallen, in Gefangenschaft oder schwer verwundet und traumatisiert von der Front zurückgekehrt.

60.000 Trümmerfrauen in Berlin

Die Alliierten verpflichteten vor allem Frauen zur Trümmerarbeit, die eingetragene Mitglieder der NSDAP waren. Ihre Zahl reichte bei weitem nicht. Am 10. Juli 1946 folgte eine weitere „Anordnung über den Einsatz von Frauen auf Bauten“. Ihre offizielle Bezeichnung: „Hilfsarbeiterinnen im Baugewerbe“. Um die Schwerstarbeit attraktiv zu machen, gab es zusätzliche Lebensmittelkarten. Die größeren Rationen an Brot, Fett, Fleisch und Zucker linderten den Hunger in den Familien.

In den ersten Nachkriegsjahren arbeiteten schätzungsweise 60.000 Frauen mit Hacke, Schaufel und bloßen Händen auf der gigantischen Berliner Schutthalde. Die Amerikaner gaben ihnen den Namen „rubble women“, Trümmerfrauen. Fotos in den Zeitungen zeigten junge Mädchen in geblümten Kleidern und Großmütter in Kittelschürzen, wie sie Steine von Hand zu Hand reichen, Karren beladen und zu Sammelstellen transportieren. Sie lachen in die Kamera, als ob es ein Vergnügen sei. Das Bild der tapferen kleinen Frau, die überall in den zerstörten Städten fröhlich und tatkräftig ans Werk ging, wurde zum Mythos. Das Steine klopfen, Heben der schweren Brocken, das Schleppen von Stahlträgern war äußerst anstrengend und gefährlich. Im November 1945 stürzte eine Giebelwand ein. Sie begrub neun Arbeiterinnen unter sich. Nach einer Statistik verunglückten im Jahr darauf 957 Arbeiterinnen. 32 starben an ihren Verletzungen.

Die Arbeit auf den Ruinen begann kurz nach Sonnenaufgang. Die Westalliierten hatten in ihren drei Zonen eine ganzjährige Sommerzeit eingeführt. Dazu kam eine Hochsommerzeit, nochmals eine Stunde voraus, vom 11. Mai bis zum 29. Juni. Ein Reporter des Westdeutschen Rundfunks interviewte Berliner Trümmerfrauen. Eine von ihnen erzählte: „Wir arbeiten acht Stunden, haben in der Zwischenzeit eine Viertelstunde Frühstück und eine halbe Stunde Mittag. Sonst ist die Arbeit sehr, sehr schwer, wir haben sehr tief zu schippen, wir sind in der Kellerschachtung, wir haben 2,20 Meter, und wenn wir diese Arbeit vollendet haben, dann sind wir sozusagen auch fertig.“ Die bayrische SPD-Politikerin Lisa Albrecht sagte nach einem Besuch in Berlin: „Schrecklich war mir der Anblick der sogenannten Schuttfrauen, die Berlin aufräumen.“

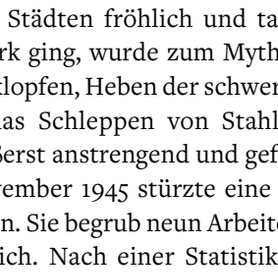


FOTO: PA

„Schrecklich war mir der Anblick der sogenannten Schuttfrauen, die Berlin aufräumen“

Lisa Albrecht
Landesvorsitzende der SPD in Bayern 1946/47

Mit bloßen Händen war es unmöglich, eine ganze Stadt von den Spuren des Kriegs zu befreien. Der Kontrollrat erlaubte, Baufirmen mit der „Enttrümmerung“ zu beauftragen. Da nach wie vor die Männer fehlten, konnten sie Frauen beschäftigen. Eine berichtete: „Also Trümmerfrau wurde ich dadurch, mir wurde, wollen wir mal ganz ehrlich sein, mein Lebensunterhalt ein bisschen knapp, und da habe ich mich kurz entschlossen, zur Baufirma Hahn und Co. zu gehen, mich anzumelden, habe dann am Montag Schippe und Hacke in die Hand gedrückt bekommen, rauf auf den Bau, rein in die Trümmer.“ Als sich nach Einführung der D-Mark und Gründung der Bundesrepublik das Leben zu normalisieren begann, durften diese Frauen nach Hause gehen, ohne Anspruch auf Rente für ihre jahrelange harte Arbeit.

Die Trümmerfrauen fanden im Parlament der jungen Republik eine engagierte Fürsprecherin. Louise Schröder, SPD-Politikerin und zeitweise Bürgermeisterin von Berlin, redete den Männern im Bonner Bundestag ins Gewissen: „Und als Frau muss ich sagen, hier haben wir geradezu eine Ehrenpflicht, eine Ehrenpflicht gegenüber den Frauen, die noch im weißen Haar auf der Straße gestanden haben zum Zweck der Enttrümmerung, und die nun plötzlich arbeitslos werden, weil wir sie nicht mehr bezahlen können.“ 26 Trümmerfrauen bekamen für ihre Leistung das Bundesverdienstkreuz am Bande. Einige Städte stellten Denkmäler auf.

Es gab Versuche, die Trümmerfrau vom Sockel zu stoßen. Medien berichteten über die Forschungen einer Historikerin zum Mythos Trümmerfrau. Nach deren Angaben war der weitaus größte Teil von ihnen Nationalsozialisten, die zur Strafe den Schutt ihrer Ideologie hätten wegschaffen müssen. Freiwillige hätten sich kaum daran beteiligt. In München luden zwei Mitglieder der Grünen die Presse zu einem Event auf dem Marstallplatz. Der schlichte Stein, der dort seit 2007 steht, trägt die Aufschrift „Den Trümmerfrauen und der Aufbaugeneration Dank und Anerkennung“. Die Aktivisten stülpten einen braunen Sack darüber. Ihre Parole lautete: „Den Richtigen ein Denkmal. Nicht den Alt-Nazis.“

Ob es sich um die Richtigen handelte, die für ihren Einsatz als (zwangsrekrutierte) Helferinnen in der DDR hoch geehrt wurden, interessierte dort niemanden. Trümmerfrauen, unabhängig von ihrer politischen Vergangenheit, genossen den Status von Heldinnen. Jede Hand wurde für den Aufbau des sozialistischen Staats gebraucht, mochte sie auch braun befleckt sein. Als „Aktivistinnen der ersten Stunde“ kamen sie bei der Wohnungsvergabe als Erste an die Reihe.

„Aktivistinnen der ersten Stunde“

Die Frauengeneration der Nachkriegsjahre forderte eine neue Rolle in der Gesellschaft. Die Emanzipation war nicht mehr aufzuhalten, wenn sie auch nur stockend vorankam. Im Juli 1958 trat in der Bundesrepublik ein neues Gesetz zur Gleichberechtigung in Kraft. Die Zugewinngemeinschaft wurde gesetzlicher Güterstand. Frauen erhielten das Recht, ihren Geburtsnamen bei der Heirat dem Namen ihres Mannes hinzuzufügen. Ab 1962 konnten Frauen ohne Zustimmung ein eigenes Bankkonto eröffnen. Erst nach 1969 waren verheiratete Frauen voll geschäftsfähig.

FRIEDENSDIKTAT VON TRIANON

„Nem! Nem! Soha!“ „Nein! Nein! Niemals!“

Vor 100 Jahren erhielt Ungarn seinen Pariser Vorortvertrag – Das ungarische Pendant zu Versailles nahm den Magyaren zwei Drittel ihres Territoriums und machte über drei Millionen von ihnen zur Minderheit im Ausland

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach dem Austritt aus der habsburgischen Doppelmonarchie am 31. Oktober 1918 musste das nun nach langer Zeit erstmals wieder völlig unabhängige Ungarn feststellen, dass es von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges nicht etwa als Opfer einer von den deutschen Habsburgern ausgeübten Fremdherrschaft, sondern als Feindmacht betrachtet wurde. Und so wurde Ungarn nicht schonender behandelt als etwa das Deutsche Reich, Bulgarien oder das Osmanische Reich. Die heutige Slowakei und die Karpato-Ukraine gingen an die neugegründete Tschechoslowakische Republik sowie das Burgenland an die Republik Österreich.

„Blatt Papier als Grabtuch“

Darüber hinaus erhielt das nunmehrige Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen Kroatien, Slawonien, Prekmurje, die Regionen Batschka und Süd-Baranya sowie Teile des Banats. Siebenbürgen mit dem Rest des Banats und Partium wurden Rumänien zugeschlagen. Außerdem kamen noch 14 Dörfer im Norden zu Polen, und die Stadt St. Veit am Flaum (Fiume beziehungsweise Rijeka) wurde samt Hinterland zu einem unabhängigen Freistaat.

Während der Pariser Verhandlungen legten die Rumänen und Serben zahlreiche manipulierte Statistiken über die ethnischen Verhältnisse in den oben genannten Regionen vor. So gestand der britische Premierminister David Lloyd George später ein: „Wir haben aufgrund von Fälschungen entschieden.“ Dieser Fehler resultierte nicht zuletzt daraus, dass man die ungarische Delegation in Paris um Albert Graf Apponyi von Nagy-Apponyi, István Graf Bethlen von Bethlen und Pál Graf Teleki praktisch nicht zu Wort kommen ließ. Dazu schrieb Apponyi: „Ungeheuer schwere Tage haben wir erlebt, von jedem Kontakt, von jeder Möglichkeit der Anführung unserer Argumente ... waren wir sorgfältig und mit dem undurchbrechlichen Kordon abgesperrt.“

Letztlich blieb den Vertretern Ungarns nichts anderes übrig, als die Gebietsabtrennungen unter heftigem Protest zu akzeptieren. Ungarn verlor durch das Diktat über 232.000 Quadratkilometer mit rund 12.500 Ortschaften. Das waren mehr als zwei Drittel des Territoriums des historischen Königreichs Ungarn – das Deutsche Reich hatte durch das Versailler Diktat deutlich weniger Einbußen erlitten.

Kriegsschuldartikel

Der Diktatfrieden zwischen Ungarn und den Siegermächten sowie Polen, Rumänien, dem serbisch-kroatisch-slowenischen Königreich und der Tschechoslowakei wurde am Nachmittag des 4. Juni 1920 in einem Lustschloss im Park des Schlosses von Versailles namens Grand Trianon unterzeichnet – die Unterschrift für die ungarische Seite leisteten der Minister für Volkswohlfahrt, Ágost Benárd, und der Botschafter Alfréd Drasche-Lázár.

Außer den Gebietsabtrennungen kamen auf Ungarn noch Reparationen zu, deren Höhe 1921 festgelegt wurde und die bis 1951 gezahlt werden sollten. Darüber hinaus musste das Königreich seine Streitkräfte auf 35.000 Mann reduzieren und durfte keine schwere Artillerie, Panzer, Flugzeuge sowie Kriegsschiffe auf der Donau mehr besitzen. Analog zum Diktat von Versailles für die Deutschen erhielt auch jenes von Trianon für die Ungarn eine erzwungene Kriegsschuldanerkenntnis des Verlierers.

Infolge des Friedensdiktats von Trianon gelangten mehr als drei Millionen Magyaren unter fremde Herrschaft: 1.072.000 in der Tschechoslowakei, 571.000 im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen sowie 1.664.000 in Rumänien. Volksabstimmungen über die künftige politische Zugehörigkeit der Regionen, in denen diese lebten, waren von den Alliierten in Paris abgelehnt worden.

Auf dem Weg zur Vertragsunterzeichnung: Ungarns Delegation in Begletung alliierter Offiziere *Foto: unbekannt*

Mit den abgetretenen 232.000 Quadratkilometern verlor das Königreich zwei Drittel seines Ackerlandes und Viehbestandes, vier Fünftel der Eisen- und Kohlegruben, sämtliche Salz- und Kupferlagerstätten, die meisten Eisenbahnlinien samt rollendem Material sowie den einzigen Seehafen in St. Veit an der Adria. Daraus resultierte ein beispielloser wirtschaftlicher Zusammenbruch, der zur Hyperinflation der Jahre von 1921 bis 1926 führte.

Das Diktat von Trianon löste in Ungarn erbitterte Proteste aus: „Nem! Nem! Soha!“, „Nein! Nein! Niemals!“, hieß es landauf landab, und das „Pester Tageblatt“ schrieb: „Die Herren der Welt glauben, dass sie ihr Werk beendet haben, nachdem sie uns geplündert, ausgeraubt, ausgeblutet und verstümmelt hatten, müssen sie uns noch mit einem Blatt Papier als Grabtuch bedecken. Unser Schicksal hat sich jedoch noch nicht erfüllt.“ Denn die Ungarn würden „mit anständigem Fleiß, hartnäckiger Ausdauer, heiligem Willen und heiliger Arbeit“ alles Verlorene zurückerlangen.

Und tatsächlich führten die beiden Wiener Schiedssprüche vom 2. November 1938 und 30. August 1940 insofern zu einer Revision des aufgezwungenen Pariser Vorortvertrages von 1920, als Ungarn zumindest jene Teile der Slowakei und Siebenbürgens zurückerhielt, in denen der Anteil der Magyaren besonders hoch lag.

Allerdings kam es dann nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Revision der Revision beziehungsweise Annullierung der Schiedssprüche Deutschlands und Italiens während der Pariser Friedenskonferenz von 1946, weil Ungarn als ehemaliger Verbündeter des Dritten Reiches erneut auf der Seite der Verlierer stand. Seit der Unterzeichnung der entsprechenden Verträge am 10. Februar 1947 herrscht in den durch das Diktat von Trianon abgetrennten Gebieten wieder jener völkerrechtliche Zustand, der am 4. Juni 1920 herbeigeführt worden war.

Viktor Orbán plant Denkmal

Die Trauer über den Raub von zwei Dritteln des Territoriums ist in Ungarn bis zum heutigen Tage wach geblieben. So beschloss die Nationalversammlung in Budapest am 31. Mai 2010, dass der 4. Juni künftig als „Tag der nationalen Zusammengehörigkeit“ zu begehen sei. Außerdem gab die Regierung von Viktor Orbán kürzlich ein Denkmal in Auftrag, das zum 100. Jahrestag des Vertrages von Trianon eingeweiht werden und die Namen aller 1920 verlorenen ungarischen Ortschaften tragen soll.

Ungarns Verluste

12.500
seiner **Ortschaften**

2/3
seines **Ackerlandes** und **Viehbestandes**

4/5
seiner **Eisen-** und **Kohlegruben**

100 %
seiner **Salz-** und **Kupferlagerstätten**

BERLINER ERKLÄRUNG

Faktisch eine Annexion Deutschlands?

Es ist ein vergleichsweise wenig beachtetes Dokument, dessen Zustandekommen sich heute zum 75. Mal jährt. Anders als die Konferenz von Jalta und die Potsdamer Konferenz konnte sich die sogenannte Berliner Erklärung der Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges vom 5. Juni 1945 kaum im historischen Bewusstsein der Deutschen verankern. Dies mag vor allem dem Umstand geschuldet sein, dass ihre Unterzeichner nicht prominente Staats- oder Regierungschefs der Alliierten, sondern lediglich deren damalige militärische Oberbefehlshaber in Deutschland waren.

Dennoch hatte das Papier weitreichende Folgen für die Nachkriegsordnung. Abgesehen von der Regelung technischer Fragen etwa bezüglich der Herausgabe von Kriegsgefangenen oder des Luftverkehrs maßten sich die Alliierten hiermit auf unbestimmte Zeit die alleinige Ausübung der obersten Hoheitsgewalt in dem von ihnen besetzten Deutschen Reich an. Sie füllten so das exekutive Vakuum, das sie mit der Verhaftung der Regierung unter Karl Dönitz im Mai 1945 selbst geschaffen hatten.

Das Pikante an der Berliner Erklärung war, dass die Siegermächte darin feststellten, dass die Übernahme der Staatsgewalt in Deutschland nicht zugleich dessen Annexion bewirke. Hieran entzündete sich eine bis heute andauernde verfassungs- und völkerrechtliche Debatte. Auch das Bundesverfassungsgericht bezog die Berliner Erklärung in seine spätere Judikatur zum Rechtsstatus Deutschlands ein.

Nach dessen Lesart war das Deutsche Reich nicht mit der Kapitulation der Wehrmacht 1945 untergegangen, sondern nur vorübergehend „handlungsunfähig“ geworden. Durch die Gründung der Bundesrepublik sei diese Handlungsfähigkeit auf einem Teil des Staatsgebietes wiederhergestellt worden, sodass das Deutsche Reich unter dem nun veränderten Namen weiterbestehe. Diese Rechtsauffassung wird nach wie vor nicht nur von Juristen kontrovers diskutiert. Nach der klassischen Völkerrechtslehre wurden Kriege entweder durch die Annexion des besiegten Staates oder aber durch den Abschluss eines Friedensvertrages beendet. Die Vereinbarung einer friedensvertraglichen Regelung hätte jedoch vorausgesetzt, dass diese mit der völkerrechtlich legitimierten Regierung Dönitz vereinbart worden wäre.

Die eigenmächtige Usurpation der Hoheitsgewalt in Deutschland, dessen einseitige territoriale Neugestaltung sowie die spätere Gründung von Teilstaaten sprechen jedoch dafür, dass das Vorgehen der Besatzungsmächte – entgegen dem Wortlaut der Berliner Erklärung – faktisch als Annexion zu bewerten ist. *Dirk Pelster*

FOTO: AKG IMAGES

Nach der Unterzeichnung der Berliner Erklärung: Bernard Montgomery, Dwight D. Eisenhower, Georgi Konstantinowitsch Schukow und Jean de Lattre de Tassigny (von links)

Selbst maßvollste Stimmen werden Opfer von Verteufelung: Lockdown-kritische Demonstrantin *Foto: imago images/Ralph Peters*

PROTEST

Entweder dumm oder „rechtsextrem“ oder beides

Pauschal werden Demonstranten gegen die Lockdown-Maßnahmen diffamiert. Der aggressive Ton von Politik und Medien lässt sich als Angst deuten

VON ERIK LOMMATZSCH

Die Art und Weise, auf welche sich das Land von der Corona-Problematik beherrschen lässt, hat sich grundsätzlich geändert. Um Schutz vor Infektionen, um die Minimierung von Krankheitsrisiken geht es nur noch am Rande. Dreh- und Angelpunkt sind die Maßnahmen, welche seit Monaten auf nahezu dem gesamten Leben lasten.

Doch ein recht großer Teil der Bevölkerung ist inzwischen der Ansicht, dass der Sinn der Einschränkungen oder der neuen Regelungen, die als Preis für von oben „zugestandene“ Lockerungen zu zahlen sind, mehr als fragwürdig ist. Die Unmutsäußerungen sind zahlreich. Seit Ende April finden vielerorts Demonstrationen statt, was die Teilnehmerzahl betrifft, mit deutlich steigender Tendenz.

Die Politik sieht sich inzwischen von qualifizierter Seite mit dem Vorwurf konfrontiert, in der „Corona-Krise“ kopflos und unverhältnismäßig gehandelt, Panik befördert und in Wirtschaft, Gesellschaft sowie im Gesundheitssystem immensen Schaden verursacht zu haben. Unterstützt von großen Medien, die sich inzwischen eher als Sprachrohr der Regierung denn als unabhängige „vierte Gewalt“ verstehen, sowie von einigen Prominenten und Wissenschaftlern, reagiert die Politik auf den Protest mit Beschimpfungen und pauschalen Unterstellungen oder damit, die Kritiker schlichtweg für dumm zu erklären.

Großer Beliebtheit erfreut sich ein Muster, welches etwa auch bei AfD-Wählern oder „Klimaleugnern“ angewandt wird. Man präsentiert einen extremen Ausnahmefall als repräsentativ für alle. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Forderungen der weitaus meisten, die sich zu Demonstrationen versammeln oder anderweitig das Wort ergreifen, erfolgt nicht. Zwar dürfte so manche Lockerung eine Folge des Drucks von der Straße sein, zugeben würde man das allerdings wohl kaum.

„Spinner“ und „Wirrköpfe“

Vieles wirkt, als ob Politik und Medien Angst vor besagtem Druck, Angst vor dem Volk haben. Das aggressive Vokabular spricht Bände. Drohend gibt sich ARD-Chefredakteur Rainald Becker, der verkündet: „Der Status quo ante, also zurück zur alten Normalität, ist vielen Wirrköpfen, die sich im Netz unter ‚Widerstand 2020‘ und anderen Namen tummeln, nachgerade ein Herzensanliegen. All diesen Spinnern und Corona-Kritikern sei gesagt: Es wird keine Normalität mehr geben wie vorher.“

In der einst altehrwürdigen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ („FAZ“) äußert sich Innenpolitik-Ressortleiter Jasper von Altenbockum auf ähnlichem Niveau. Ein „Brett vor dem Kopf“ gehöre nicht zu den Grundrechten. „Was sich ‚Widerstandskämpfer‘… im Protest gegen eine ‚übertriebene‘ Corona-Politik geleistet haben, ist zu Markte getragene Ignoranz. Sie erinnern fatal an die ‚Zivilcourage‘ à la Pegida.“ Die Polizei könne „trotz aller Verstöße gegen geltende Verbote“ wenig gegen die Demonstranten ausrichten, was „beunruhigend“ sei. Einen Vorschlag hält ein von der Leserbriefredaktion der „FAZ“ abgesegneter Kommentar bereit: Natürlich könne die Polizei handeln: „Wasserwerfer ankündigen und wer dann nicht geht, müsste seinen Einsatz ertragen.“

Mit Schlagzeilen wie „Wut unterm Aluhut“ – so ein „Spiegel-TV“-Titel – wird ein der Science-Fiction-Literatur entlehnter Begriff für Verschwörungstheoretiker verbreitet wie nie zuvor. Gern werden alle Opponenten als „Aluhüte“ diffamiert.

Die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Margot Käßmann, macht nicht nur mittels Anführungszeichen deutlich, was sie von Meinungsäußerungen abseits der Regierungslinie hält: „Was sich derzeit als ‚Demonstration‘ zusammenfindet, um gegen die Corona-Beschränkungen zu protestieren, ist für mich schlicht eine Zusammensetzung aus krudem Schwachsinn einerseits und rechter Ideologie andererseits.“

Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker steht ihr da in nichts nach: „Mit großer Empörung habe ich … die unangemeldete Demonstration einer rechtsextremen und verschwörungstheoretischen Mischpoke in unserer Stadt wahrgenommen.“ Im Bundestag qualifiziert der SPD-Abgeordnete Helge Lindh die umfassende Analyse von ausgewiesenen Fachleuten, die der Corona-Politik der Regierung ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt haben, als eine Aussage „renitenter Wissenschaftler“ ab. Lindhs Parteifreund, der Berliner Innensenator Andreas Geisel, bezeichnet die Proteste zwar als legitim – aus dem Munde eines Politikers der Bundesrepublik Deutschland bereits eine herablassende Ungeheuerlichkeit –, schränkt dann jedoch gleich ein: „Da sind aber auch Rechtsextremisten, Reichsbürger und Systemverächter, die auf einmal mit dem Grundgesetz durch die Gegend laufen. Das ist eigentlich verkehrte Welt.“

Realität: Brutale Antifa-Gewalt

Der Thüringer Innenminister Georg Maier, ebenfalls SPD, erklärt: „Was uns alarmiert, ist der Versuch von Extremisten, die Proteste zu kapern.“ Auch kippe „der Protest schnell ins Antisemitische“. Sekundiert wird die Politik von Sozialwissenschaftlern. Der Politologe Tom Mannewitz sagt im Deutschlandfunk, zur Einschätzung des Ganzen fehlten zwar die Daten, er glaube aber, der „Grundtenor“ neige sich „schon eher nach rechts“. Und Bundesverfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang sieht „einen Trend, dass Extremisten, insbesondere Rechtsextremisten, das Demonstrationsgeschehen instrumentalisieren“. Sie könnten sich mit „staatszersetzenden Zielen an die Spitze“ stellen.

Die Realität vor Ort gibt meist ein völlig anderes Bild. Zu dieser Realität gehört beispielsweise eine verstärkt aufmarschierende Antifa, die sich massiv gegen die Proteste wendet, wobei unklar ist, welche Ziele sie dabei eigentlich verfolgt. Kurioserweise stellt sie sich mit ihrem Agieren in den Dienst der sichtlich um Deutungshoheit ringenden Regierung. Eine andere Sprache als die spekulativen, sich an Einzeläußerungen festklammernden Beurteilungen durch Politik und Medien spricht auch die Tatsache, dass drei Stuttgarter Demonstrationsteilnehmer von Linksextremisten verletzt wurden, einer davon lebensgefährlich. Die Polizei ermittelt wegen versuchten Totschlags. Die veröffentlichte Empörung über den Vorfall hält sich in sehr engen Grenzen.

CORONA-ENTWICKLUNG

Forscher sehen drei verschiedene Szenarien

Kommt noch eine weitere Welle? Oder sogar mehrere? Oder auch gar keine mehr? Die Experten sind sich nicht einig

Während die Politik derzeit immer noch „auf Sicht“ durch die Corona-Krise „steuert“, wagen verschiedene Virologen und Epidemiologen Prognosen hinsichtlich des Langzeit-Verlaufs der Pandemie. Dabei orientieren sie sich an der Spanischen Grippe von 1918 bis 1920, welche große Ähnlichkeiten mit der jetzigen Corona-Welle aufwies.

Zum einen war der vorrangige Verbreitungsweg über Tröpfchen und Aerosole der gleiche, zum anderen traf der Influenza-Stamm H1N1 genau wie das Corona-Virus SARS-CoV-2 auf eine Bevölkerung ohne jegliche natürliche Immunität. Mit Blick hierauf halten die Forscher drei Szenarien für möglich, wie man jetzt im Fachblatt „Science“ sowie einem „Standpunkt-Papier“ der wichtigsten infektionsmedizinischen und epidemiologischen Institution der USA, dem Center for Infectious Disease Research and Policy (CIDRAP) an der Universität von Minnesota, nachlesen kann.

Im besten Fall „brennt“ sie aus

Szenario eins besagt, dass der momentanen Corona-Welle noch viele weitere Wellen folgen werden, welche nur langsam abflauen, bis dann die Mehrheit der Menschen im Jahre 2022 immun ist.

Im Szenario zwei kommt es nach dem ersten Höhepunkt der Fallzahlen, den wir jetzt hinter uns haben, zu einem weiteren, sehr viel ausgeprägteren Gipfel im Herbst oder Winter 2020/21. Denn gleichermaßen verhielt es sich während der Spanischen Grippe vor 100 Jahren. Für den Charité-Virologen Christian Drosten und den Epidemiologen Michael Meyer-Hermann vom Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung in Braunschweig ist das die wahrscheinlichste Variante. Auf jeden Fall wäre es der unerfreuliche schlimmste Fall, wenn die Szenarien 1 oder zwei wahr werden würden.

Dahingegen steht das Szenario drei für den besten Fall: Nach der bereits weitgehend überstandenen Welle treten keine weiteren Häufungen von Corona-Fällen auf, sondern die Krankheit „brennt“ in den kommenden Monaten oder Jahren langsam aus.

Es kann auch noch Jahre dauern

Dabei gilt es allerdings zu bedenken, dass die Pandemien von 1918 bis 1920 und heute nicht völlig vergleichbar sind. Die Inkubationszeit ist bei einer Corona-Infektion länger als bei einer Influenza und die Zahl der Krankheitsfälle ohne Symptome größer, was die Verbreitung des Virus deutlich leichter macht. Dazu kommt die ungeklärte Frage, ob eine einmalige Infektion mit SARS-CoV-2 tatsächlich für dauerhafte Immunität sorgt. Das heißt, es könnte noch problematischer werden als vor 100 Jahren, wenn nicht bald ein zuverlässiger Impfstoff auf den Markt kommt.

Deshalb geben renommierte Experten wie Marc Lipsitch von der Harvard University in Boston und Michael Osterholm, der Leiter des CIDRAP, den Politikern nun folgende Ratschläge mit auf den Weg: Den schlimmstmöglichen Fall einkalkulieren, Strategien zum Schutz des medizinischen Personals entwickeln, Pläne für einen erneuten flächendeckenden Lockdown bereithalten und den Menschen in aller Offenheit sagen, dass die Pandemie möglicherweise noch zwei Jahre andauern werde. Ansonsten wüchsen die Illusionen ins Uferlose, was unabsehbare Folgen haben könne. *Wolfgang Kaufmann*

Das Ostpreußenblatt

Preußische Allgemeine Zeitung | Gegründet 1950 | Nr. 22 · 29. Mai 2020

MÜNCHHAUSENS 300. GEBURTSTAG

Anhänger von Lügengeschichten

In Königsberg wird der Baron gleich nach Kant und E.T.A. Hoffmann genannt

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Die Stadt Königsberg wird häufig mit den Namen Immanuel Kant und E.T.A. Hoffmann assoziiert. Jedoch gibt es noch eine weitere deutsche Persönlichkeit, die in der Stadt wohlbekannt und beliebt ist: Baron von Münchhausen. Am 11. Mai gedachte man in der Stadt seines 300. Geburtstags.

Hieronymus Carl Friedrich von Münchhausen, Rittmeister der Russischen Armee, bekannt als der talentierte Erzähler von Lügengeschichten, wurde 1720 im niedersächsischen Bodenwerder geboren. Viele Jahre seines Lebens und seiner Dienstzeit – zwölf Jahre – sind mit Russland verbunden. Gegenwärtig gibt es im Königsberger Gebiet viele Orte, die auf die eine oder andere Weise mit dieser herausragenden Persönlichkeit verbunden sind. Und dies, obwohl Münchhausen Königsberg nur zweimal besuchte und beide Male nur auf der Durchreise, zuerst auf dem Weg nach Russland und dann zurück in seine Heimat.

Nur zwei Mal kurz zu Gast

Anfang der 2000er Jahre entstand im Königsberger Gebiet sogar eine Gesellschaft von Bewunderern des Barons und seiner fantastischen Abenteuer, die sich „Enkel Münchhausens“ nannte. Deshalb betrachten die Königsberger den Baron auch gerne als ihren Helden.

Baron von Münchhausen wird bei Stadtführungen oft erwähnt. Reiseführer erwähnen gerne das sogenannte Münchhausenhaus, ein schönes gotisches Haus neben der Hohen Brücke. Der echte Baron kann darin gar nicht gewohnt haben, da dieses Gebäude erst 1900 in Königsberg entstand, aber diese Kleinigkeiten interessieren niemanden. Nicht weit von diesem Haus, in der Nähe des modernen Fischdorfes, hatte der Legende nach der Ordinarius von Baron von Münchhausen einmal in der örtlichen Kneipe zu viel getrunken und einen der Stiefel verloren, die ihm der Baron geschenkt hatte. Und erst in unserer Zeit soll es diesem Stiefel gelungen sein, vom Boden des Pregel in recht gutem Zustand wieder aufzutauchen.

Beliebtes Fotomotiv: Im Park Luisenwahl in der Nähe der Luisenkirche können Besucher sich als Münchhausen beim Ritt auf der Kanonenkugel versuchen *Foto: J.T.*

Dieser „Fund“ inspirierte den Königsberger Bildhauer Maxim Grinjewskij zu einem Denkmal, das aus einem bronzenen Stiefel und einem Schwert besteht. Die ursprüngliche Idee des Künstlers war, dass jeder diesen Stiefel anprobieren möge und sich am Schwertgriff festhaltend schwöre, nie wieder zu lügen. Die Skulptur wurde 2011 im Fischdorf aufgestellt

Der bronzene Stiefel stand mehrere Jahre lang am Pregelufer, verschwand dann aber auf mysteriöse Weise und tauchte am Friedrichsburger Tor wieder auf.

Mitarbeiter des Ozeanmuseums, als dessen Filiale das Friedrichsburger Tor geführt wird, erklärten dieses Ereignis damit, dass es eine Version gebe, nach der Baron von Münchhausen seinen berühmten Ritt auf der Kanonenkugel zum Mond nicht irgendwo, sondern in der Festung Friedrichsburg geprobt habe. Doch bei diesem Mal gelang es ihm nur, auf der Kugel bis nach St. Petersburg zu fliegen. Während dieser Reise glitt ihm einer der Stiefel von den Füßen und landete in der Nähe der Festung Friedrichsburg. Daher wurde es von vielen als historisch richtig angesehen, das Stiefeldenkmal hierher zu bringen.

Geschenk aus Bodenwerder

Aber das vielleicht berühmteste Denkmal, das die Großtat von Münchhausen verewigt, erhielt Königsberg anlässlich der 750-Jahr-Feier der Stadt. Die Landsleute des Barons schenkten der Stadt zu Ehren dieses Datums ein originelles Denkmal. Es befindet sich im Park Luisenwahl in der Nähe der Luisenkirche. Es besteht aus einer Metallplatte, in die Münchhausens Silhouette bei seinem Ritt auf der Kanonenkugel ausgestanzt wurde. Die ungewöhnliche Komposition ist bei den Parkbesuchern äußerst beliebt und ermöglicht ihnen, sich in der Silhouette des Lügenbarons fotografieren zu lassen. Die Skulptur ist eine Arbeit des Bodenwerder Kunstschmieds Georg Petau.

KRAUPISCHKEN

Das Heimatmuseum soll umziehen

Jurij Userzows Sammlung wächst ständig – Räume in der Schule platzen aus allen Nähten

Das Museum des engagierten Schuldirektors Jurij Userzow ist eine feste Größe einer jeden Ostpreußenreise und wichtige Anlaufstelle für diejenigen, die etwas über Dörfer im nördlichen Ostpreußen, deren Bewohner oder auch eigene Familienmitglieder erfahren wollen. Den Lesern der *PAZ* ist Userzow kein Unbekannter. Als Teilnehmer des Deutsch-Russischen Forums wurde mehrfach über ihn berichtet. Für seine Verdienste um Ostpreußen und den Erhalt des reichen Kulturerbes zeichnete die Landsmannschaft Ostpreußen ihn anlässlich des 7. Deutsch-Russischen Forums 2014 in Tilsit mit der Silbernen Ehrennadel aus.

Userzow gründete das in der Schule von Breitenstein/Kraupischken beheimatete Museum am 17. November 1981, also noch zur Zeit des Eisernen Vorhangs. Was bescheiden anfing, dehnte sich bald über vier Räume der Schule aus. Dank der Hilfe vieler Ostpreußen, die ab Anfang der 1990er Jahre erstmals wieder ihre Heimat bereisen konnten, wurde Userzows Sammlung bald um Fotos, Urkunden, Dokumenten oder auch Gegenständen aus der Vorkriegszeit reicher. Die Sammlung enthält nicht nur Exponate und Dokumente aus Kraupischken und Umgebung, sondern aus dem gesamten Königsberger Gebiet.

FOTO: KG TILSIT-RAGNIT/MRK

Das Dach ist bereits neu gedeckt: Gebäude aus dem Jahr 1907; Jurij Userzow (r.)

Inzwischen haben Gäste aus zirka 60 Ländern der Welt das kleine Museum besucht, darunter auch einige Prominente. Da die Sammlung ständig weiterwächst und die vier Schulräume aus allen Nähten platzen, hat Userzow vor Kurzem ein unbewohntes, ehemals deutsches Haus in der Nähe der Schule erworben, das 1907 erbaut wurde und in das er nach umfangreichen Renovierungsarbeiten mit seinem Museum umziehen möchte. Dank zahlreicher Spenden konnte inzwischen das Dach neu gedeckt werden. Wie lange es dauern wird, bis das Museum eröffnet wird, hängt davon ab, wie viel Unterstützung Userzow erhalten wird. Er wird alle Hebel in Bewegung setzen, damit das Heimatmuseum erhalten bleibt und weiterhin als Brücke zwischen den Völkern und Zeiten der Völkerverständigung dienen kann. Ein wichtiger Beitrag angesichts der derzeitigen politischen Spannungen zwischen Deutschland und Russland.

Manuela Rosenthal-Kappi

● **Museum Schule Kraupischken** Nemanskij rajon, pos. Uljanowo, ul. Schkolnaja 8, Telefon 8(40162) 2-53-58

● MELDUNGEN

Neues Uni-Gebäude

Allenstein – Die erste Bauphase des neuen Sitzes für die Fakultäten für Rechts- und Verwaltungswissenschaften sowie Sozialwissenschaften wurde vor Kurzem abgeschlossen. Sie bestand im Abriss des Dekanats der Fakultät für Rechts- und Verwaltungswissenschaften, das allgemein als Gründerzentrum in Kortau bekannt ist. Das Gebäude wurde nie bewundert, es war eher umstritten. Kritiker verglichen es mit einem Hühnerstall oder einem Brotkasten. Die Ausschreibung für den Bau eines neuen Objekts an der Kreuzung der Hohensteiner- und Dybowskiegostraße gewann die Firma Budimex, der dafür umgerechnet knapp 16 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Die Universität erhielt 2,4 Millionen Euro vom Ministerium für Wissenschaft und Hochschulwesen. Der verbleibende Betrag muss von der Universität selbst getragen werden. Er soll aus dem Verkauf alter Gebäude der Fakultät für Sozialwissenschaften in der Żołnierska Straße und des Fremdsprachenzentrums in der Obrońców Tobruku Straße stammen. Bald wird die Baustelle geräumt sein und Kräne werden aufgestellt. Der vom Allensteiner Architekturbüro „Sosak & Sosak Projekt“ entworfene zweiflügelige Gebäudekomplex soll modern sein und gleichzeitig auf den historischen Teil von Kortau Bezug nehmen. Dem Plan zufolge soll das neue Hauptquartier der Fakultäten für Rechts- und Verwaltungswissenschaften sowie Sozialwissenschaften 2023 fertiggestellt werden. *D. K.*

Desinfektion von Haltestellen

Allenstein – Fast 300 Bushaltestellen und ihre unmittelbare Umgebung wurden in Allenstein mit einem speziellen antibakteriellen und antiviralen Mittel besprüht. Diese Maßnahme wurde in einer Nacht Ende April durchgeführt. Ziel dieser Maßnahme anlässlich der Corona-Pandemie ist die Gewährleistung der größtmöglichen Sicherheit für alle Bewohner. Eines der Elemente ist die Desinfektion von Orten und Geräten, mit denen viele Menschen in Kontakt kommen können. Trotz der vielen Beschränkungen sind einige Bewohner beim Pendeln auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Die Desinfektionsaktion von Haltestellen wurde wiederholt durchgeführt. Insgesamt wurden 293 Bushaltestellen in der ganzen Stadt desinfiziert. Täglich werden auch Busse und Straßenbahnen desinfiziert, und zwar Handläufe, Rückenlehnen, Entwerter und über 200 mobile Fahrkartenautomaten in den Fahrzeugen. Dreimal pro Woche werden auch stationäre Fahrkartenautomaten gereinigt. Die Stadtverkehrsgesellschaft reinigt zusätzlich die Fahrzeuginnenräume mit Ozongeräten. Nach den aktuellen Empfehlungen soll nur eine festgelegte Anzahl von Personen, die der Hälfte der verfügbaren Sitzplätze entspricht, Fahrzeuge des öffentlichen Personennahverkehrs nutzen dürfen. Deswegen wurde es notwendig, Gelenkbusse oder zusätzliche Fahrten auf stark frequentierten Strecken wie der Linie 131 einzuführen. *E.G.*

Wir gratulieren …

ZUM 101. GEBURTSTAG

Geisendorf, **Christel**, geb. **Kallweit**, Kreisgemeinschaft Ebenrode, am 29. Mai

ZUM 100. GEBURTSTAG

Schirmacher, **Magdalene**, geb. **Lehwald**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 2. Juni

ZUM 99. GEBURTSTAG

Bohnhof, **Karl**, aus Lyck, Soldauer Weg 11, am 1. Juni
Dienhardt, **Erika**, geb. **Kopiszenski**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 30. Mai
Marks, **Helmut**, aus Treuburg, am 30. Mai
Nützel, **Ilse**, geb. **Matthée**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 30. Mai
Patzer, **Hedwig**, geb. **Schramma**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 30. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Gojny, **Elly**, geb. **Wischnewski**, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 31. Mai
Maertens, **Elisabeth**, geb. **Gräfin von Schwerin**, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau, am 29. Mai
Powilleit, **Erika**, geb. **Sudau**, aus Breitenhof, Kreis Elchniederung, am 2. Juni
Roßberg, **Erika**, geb. **Cytrich**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 1. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Braun, **Else**, geb. **Rehfeld**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 30. Mai
Grenzen, **Erna**, geb. **Plietzka**, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 4. Juni
Hoff, **Inge**, geb. **Baumgärtner**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 29. Mai
Wirschun, **Käthe**, geb. **Seller**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 30. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Becker, **Dora-Erika**, geb. **Laschat**, aus Plein, Kreis Elchniederung, am 2. Juni
Borowski, **Edith**, geb. **Pauliks**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. Mai
Dörr, **Ruth**, geb. **Matzko**, aus Lyck, am 3. Juni
Fromme, **Erika**, geb. **Marquard**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 31. Mai
Hartmann, **Edeltraud**, geb. **Lietke**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 29. Mai
Milz, **Sieglinde**, aus **Rauschen**, Kreis Fischhausen, am 31. Mai
Stimmel, **Renate**, geb. **Burghardt**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 29. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Borries, **Kurt**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 4. Juni
Breidenbach, **Erna**, geb. **Skorzenski**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 31. Mai
Krause, **Amalie**, geb. **Gawrisch**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 4. Juni
Rössel, **Edith**, geb. **Donner**, Freundin der Kreisgemeinschaft Ebenrode, am 1. Juni
Sengutta, **Ingeborg**, geb. **Neumann**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 4. Juni
Wegner, **Helena**, geb. **Stolzenwald**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 29. Mai
Till, **Eva**, geb. **Hartmann**, aus Wehlau, am 29. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dennig, **Lieselotte**, geb. **Synowzik**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. Juni
Dittwald, **Erna**, geb. **Serafin**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 2. Juni
Jaritz, **Elisabeth**, geb. **Böhm**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 4. Juni
Klein, **Ursula**, geb. **Richau**, Kreis Wehlau, am 31. Mai
Pucknat, **Waldemar**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 1. Juni
Ruckemann, **Ruth**, geb. **Lottermoser**, aus Finkenschlucht, Kreis Ebenrode, am 31. Mai
Schulz, **Eva**, geb. **Schröter**, aus Neidenburg, am 1. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Alpers, **Ilse**, geb. **Bandilla**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 3. Juni
Bluhm, **Siegfried**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 29. Mai
Bruse, **Erika**, geb. **Bredow**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Cziesso, **Hilde**, geb. **Daduna**, aus Loien, Kreis Lyck, am 2. Juni
Heuer, **Liesbeth**, geb. **Franz**, aus Georgsfelde, Kreis Lyck, am 2. Juni
Kremp, **Helmut**, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, am 30. Mai
Kullak, **Else**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 2. Juni
Riedel, **Gerda**, geb. **Beyer**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 29. Mai
Rugullis, **Ewald**, aus Schwentwokarren, Kreis Memel, LMO Düsseldorf, am 3. Juni
Rustemeyer, **Gerd**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 1. Juni
Schiffke, **Alfred**, aus Bludau, Kreis Fischhausen, am 3. Juni
Schmidt, **Irma**, geb. **Hoff**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 3. Juni
Westphal, **Walburga**, geb. **Malies**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 82, am 2. Juni
Windelbandt, **Ingeborg**, geb. **von Bock**, aus Diewens, Kreis Fischhausen, am 1. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bialojan, **Felix**, aus Lyck, Hindenburgstraße 29, am 4. Juni
Boenke, **Dieter**, aus Ebenrode, am 29. Mai
Bott, **Gerda**, geb. **Sembritzki**, aus Auglitten, Kreis Lyck, und aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 4. Juni
Duddeck, **Günther**, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 3. Juni
Findeklee, **Klaus**, aus Lyck, Yorkstraße 23b, am 4. Juni
Graschtat, **Herbert**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 2. Juni
Kohn, **Charlotte**, geb. **Klemusch**, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 31. Mai
Olias, **Herbert**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 4. Juni
Toffel, **Gerhard**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 30. Mai
Zachrau, **Fritz**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 2. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Behm, **Ingrid**, geb. **Alex**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 3. Juni
Bulda, **Gerda**, geb. **Pyko**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 2. Juni
Doebler, **Gertrud**, geb. **Pinnow**, aus Wehlau, am 2. Juni
Freundlieb, **Margarete**, geb. **Joswig**, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 2. Juni
Gritzka, **Kurt**, aus Lyck, Litzmannstraße 12, am 3. Juni
Guse, **Elly**, geb. **Petermann**, aus Neplecken, Kreis Fischhausen, am 1. Juni
Langner, **Traute**, geb. **Stöpke**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 30. Mai
Laupichler, **Heinz**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 31. Mai
Linde, **Elizabeth**, aus Wehlau, am 31. Mai
Lorenzen, **Ilse**, geb. **Butzlaff**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 4. Juni
Maszycki, **Lydia**, geb. **Buberrek**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 2. Juni
Winczencz, **Käthe**, geb. **Warias**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Witt, **Marlene**, geb. **Weckwerth**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 29. Mai
Zschämisch, **Hilde**, geb. **Kaminski**, aus Pierlawken, Kreis Neidenburg, am 29. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dziuk, **Eva**, geb. **Makuth**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 31. Mai
Fierke, **Irmgard**, geb. **Zeranski**, aus Hadrichshausen, Kreis Neidenburg, am 4. Juni
Frank, **Alfred-Kurt**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 30. Mai
Friedrich, **Heinz**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 31. Mai
Fritz, **Hildegard**, geb. **Kuhfeld**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 31. Mai
Godau, **Walter**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 1. Juni
Isernhagen, **Irma**, geb. **Guttmann**, aus Hügeldorf, Kreis Ebenrode, am 1. Juni
Kallinowski, **Horst**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 29. Mai
Koslowski, **Willi**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 3. Juni
Krause, **Egbert**, Pfarrer, aus Ortelsburg, am 31. Mai
Melzer, **Hildegard**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 3. Juni
Michlo, **Friedrich**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 30. Mai
Pfahl, **Gerhard**, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Robitzki, **Kurt**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 2. Juni
Rossol, **Gerda**, geb. **Braasch**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 2. Juni
Utesch, **Hildegard**, geb. **Melzer**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bach, **Helena**, geb. **Fröhlich**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. Juni
Brandjen, **Hildegard**, geb. **Feihl**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. Juni
Britt, **Charlotte**, geb. **Laupichler**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 29. Mai
Heinrich, **Hardy**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 1. Juni

Waidmannsheil Wegen seiner ausgedehnten Wälder übt Ostpreußen seit jeher eine große Faszination auf Jäger aus. Das Bild zeigt einen Auszug zur Jagd in Groß Trakehnen um 1910. *Foto: Bildarchiv Ostpreußen*

Hermenau, **Bruno**, aus Gallgarben, Kreis Fischhausen, am 29. Mai
Hoffmann, **Siegfried**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 1. Juni
Hohla, **Frieda**, geb. **Klein**, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 29. Mai
Kuhnert, **Jiona**, geb. **Kossak**, aus Gallgarben, Kreis Fischhausen, am 31. Mai
Linde, **Marianne**, geb. **Bader**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 3. Juni
Meistrowitz, **Gerhard**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 30. Mai
Muschalle, **Ursel**, geb. **Hess**, aus Lyck, am 31. Mai
Opiolla, **Hermann**, aus Allenstein, am 1. Juni
Penner, **Erhard**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 2. Juni
Schulz, **Dietmar**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 31. Mai
Seidel, **Grete**, geb. **Sakautzki**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 3. Juni
Weber, **Klaus**, aus Treuburg, am 2. Juni
Weschke, **Gertrud**, geb. **Zens**, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 3. Juni
Wolter, **Jürgen**, aus Fischhausen, am 3. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Balzereit, **Brigitte**, geb. **Goicke**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 31. Mai
Hube, **Helmut**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 29. Mai
Knaul, **Gerda**, geb. **Ludorf**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 29. Mai
Krautjuttis, **Dorothea**, geb. **Lieb**, aus Rossitten, Kreis Fischhausen, am 31. Mai
Mrotzek, **Gisela**, geb. **Meyer**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. Mai
Sengutta, **Horst**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 3. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Flügger, **Regina**, aus Königshuld, Kreis Tilsit-Ragnit, am 3. Juni
Mech, **Ernst**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 30. Mai

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Die 8. Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg im Juni muss wegen der Corona-Pandemie leider ebenso ausfallen wie der **Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“** in Allenstein und das **Ostpreußische Sommerfest** in Wuttrienen im Juli.

Weiterhin geplant sind…
18. bis 20. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
5. bis 11. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
8. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Bitte vormerken für 2021
Jahrestreffen der Ostpreußen, 05.06.2021, CongressPark Wolfsburg

Wegen der Corona-Krise kann es auch weiterhin zu Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Zusendungen für die Ausgabe 24/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 24/2020 (Erstverkaufstag 12. Juni) bis spätestens Dienstag, den 2. Juni 2020, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: renker@paz.de,
Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4,
22087 Hamburg

OL.

Ostpreußisches Landesmuseum

Wiedereröffnung des Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutsch-baltischer Abteilung Lüneburg
Haben auch Sie Besuche, Feiern oder Kulturangebote wie einen Theater- oder Museumsbesuch vermisst? Für Letzteren immerhin zeichnet sich ein erster Hoffnungsschimmer ab: Wir freuen uns, seit dem 12.05.2020 wieder unsere Türen für Sie öffnen zu können. Von Dienstag bis Sonntag heißen wir Sie von 10 bis 18 Uhr willkommen und hoffen, vielen Menschen mit der Auseinandersetzung von Kunst, Kultur und Geschichte ein Stück weit Halt und Inspiration zu geben. Auch das MuseumsCafé Bernstein ist unter strengen Auflagen wieder geöffnet. Wir freuen uns, Sie auch dort begrüßen zu dürfen.

Für Ihre und unsere Sicherheit haben wir verschiedene Maßnahmen in Abstimmung mit den behördlichen Auflagen getroffen:

- In allen Bereichen des Museums gilt die Abstandsregel von 1,5 Metern für alle Personen, die nicht in einem Hausstand leben.
- Besucherinnen und Besucher sind verpflichtet, einen Mund-Nase-Schutz zu tragen.
- Wir stellen Desinfektionsmittel bereit; waschen Sie sich dennoch bitte regelmäßig die Hände, vermeiden Sie Körperkontakt/Händeschütteln und niesen Sie ggf. in die Armbeuge oder in ein Taschentuch.
- Nicht alle Medien- und Mitmachstationen werden aufgrund unserer Hygienestrategie zur Verfügung stehen, wir bitten um Verständnis.
- Falls Sie sich krank fühlen: Bleiben Sie bitte zu Hause. Wir empfangen Sie gern jederzeit wieder, sobald Sie genesen sind.

Kontakt:
Heiligengeiststraße 38
21335 Lüneburg
Tel.: 04131 759950
info@ol-lg.de
www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Bericht über unsere Versammlung am 11. März 2020

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg hatte den Forstdirektor Horst Buschalsky eingeladen, uns von der „Jagd in Ostpreußen einst und heute“ zu berichten. Seine väterlichen Vorfahren kamen aus Ostpreußen und so hatte ihn berufliches und familiäres Interesse zu diesem Vortrag veranlasst.

Bis ins 20. Jahrhundert hatte sich in der Rominter Heide und der Elchniederung in Ostpreußen eine große Ursprünglichkeit von Natur und Landschaft erhalten, die sich positiv auf die Entwicklung aller Wildarten auswirkte. Braunbären wurden noch um 1800 in Ostpreußen gesichtet, und der Wolf war noch bis in die 1930er Jahre ein ständiger Faktor. Der Wisent wurde Mitte des 18. Jahrhunderts ausgerottet, wohingegen der Elch durch wiederholte Hegemaßnahmen bis 1945 in Ostpreußen noch zahlreich anzutreffen war. Der Rotwildbestand in der Rominter Heide machte diese zu einem bedeutenden Jagdrevier für Fürsten und solche, die sich wie diese fühlten.

Anschaulich und unterstützt mit Fotos von Bildern des Malers Richard Friese konnte Herr Buschalsky uns dieses Thema nahebringen.

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg sagt ihre Veranstaltung am 10. Juni 2020 (Lesung von Elfi Hoppe) ab, und auch im Juli 2020 wird keine Kulturfahrt stattfinden. Da im August sowieso Sommerpause ist, hoffen wir, dass wir uns am 9. September 2020 wiedersehen können. Dazu wird im August eingeladen werden.

Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende: Klaus-Arno Lemke und Jürgen Zauner , **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037. Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Ostpreußen, Pommern und Schlesier, NRW-Landestreffen am 5. Juli 2020

Landesgruppe – Liebe Heimatfreunde! Aus gegebenem Anlass und in Anbetracht der derzeitigen Lage in Deutschland und der Welt sehen wir uns veranlasst, Ihnen diese Information zukommen zu lassen. Das diesjährige NRW-Landestreffen der Ostpreußen, Pommern und Schlesier am 5. Juli 2020 auf Schloss Burg fällt aus.

Da zur Zeit niemand sagen kann, wie sich die Situation im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie entwickeln wird, haben wir uns als Veranstalter, dem die Fürsorgepflicht gegenüber allen Teilnehmern sehr wichtig ist, zu diesem Schritt entschlossen.

Aktuell fehlen auch Richtlinien der Landesregierung für derartige Veranstaltungen.

Wir bitten um Verständnis. Allen wünschen wir beste Gesundheit und Wohlergehen, damit wir uns im nächsten Jahr auf der Höhe von Schloss Burg wiedersehen.

Landsmannschaft Ostpreußen NRW, Pommersche Landsmannschaft NRW, Landsmannschaft Schlesien NRW

Landesgruppe - Das Vierteljahresrundschreiben 2/2020 der Landesgruppe ist erschienen. Leider ist ein Postversand des Rundschreibens nicht möglich; es kann nur per E-Mail verschickt werden. Wer an dem Rundschreiben Interesse hat und nicht über ein eigenes E-Mail-Konto verfügt, kann der Landesgruppe gerne die E-Mail-Adresse von Kindern, Enkeln, Verwandten und Freunden, Bekannten und/oder sonstigen Personen übermitteln (Voraussetzung ist natürlich, dass diese mit einer Weitergabe ihrer E-Mail-Adresse und einem zukünftigen elektronischen Versand des Rundschreibens an sie einverstanden sind). Brigitte Schüller-Kreuer (Schriftführerin der Landesgruppe): Schueller-Kreuer@Ostpreussen-NRW.de, Telefon: 02224-9873767.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe – Wie bereits berichtet, hatte die Vorsitzende im März die Ost- und Westpreußen in Bad Oldesloe zu einem nachträglichen Geburtstagsessen eingeladen. Die Mittagsstunde war mit guten Gesprächen ausgefüllt. Als neue Thesen sind „Bernsteingewinnung und Bernsteinhandel“ und „Die Volksabstimmung vor 100 Jahren – am 11. Juli 1920“ in Vorbereitung, sobald Zusammenkünfte wieder möglich sind.

Schwarzenbek – Die beiden Ausfahrten der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Schwarzenbek am 11. Juni 2020 nach Dobbertin und am 13. August 2020 nach Schleswig müssen wegen der Corona-Krise in diesem Jahr ausfallen. Sie sollen 2021 nachgeholt werden.

Ebenfalls ausfallen musste die Feier zum 70-jährigen Bestehen der Landsmannschaft am 18. April 2020. Es war vorgesehen, die Veranstaltung am 8. August 2020 nachzuholen, dem Sonnabend, der dem Jahrestag der Verkündung der Charta der Vertriebenen vom 5. August 1950 am nächsten liegt. Auch dieser Tag wird wegen der Corona-Krise nicht infrage kommen. Über einen anderen Termin ist noch nicht entschieden worden.

Bund Junges Ostpreußen

Vorsitzender: Tobias Link **Gst.:** Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Der Bund Junges Ostpreußen veranstaltete am 24. Mai den ersten virtuellen Stammtisch via Skype. Das Treffen begann mit einem 15-minütigen Referat von Tobias Kollakowski über Ernst Wiechert. Im Anschluss gab es eine Diskussion und gemütliches Online-Beisammensein.

Für die Zukunft sind in regelmäßigen Abständen weitere dieser Treffen geplant.

Oberschlesisches Landesmuseum

Oberschlesisches Landesmuseum OSLM

Nach mehreren Wochen Corona-Pause hat das Oberschlesische Landesmuseum am 5. Mai seine Türen für Besucher wieder geöffnet und sich behutsam an einen geregelten Museumsbetrieb herangetastet. Zu diesem Zeitpunkt war es wegen der Corona-Auflagen noch nicht möglich, Termine zu Ausstellungseröffnungen und anderen Veranstaltungsformaten mit höherem Besucheraufkommen zu benennen. Bereits abgesagte Veranstaltungen sollen zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden. Nicht nachgeholt werden kann die für den 10. Mai geplante Finissage der Sonderausstellung „Schaukelpferd und Zinnsoldaten“. Die erfolgreiche Ausstellung zu Kindheit und Jugend in Schlesien endet nach fast zwei Jahren Laufzeit. Was bleibt, ist eine reich bebilderte Begleitbroschüre, in der die einzelnen Ausstellungsstationen anhand von ausgewählten Leitobjekten vorgestellt werden. Außerdem wird auch nach Ausstellungsende mit einem digitalen Rundgang die Kindheitsschau virtuell erlebbar sein. „Schaukelpferd und Zinnsoldaten“ hat mit vielen beeindruckenden Exponaten verschiedene Stationen im Leben eines Kindes nachgezeichnet. Den Alltag der Kinder prägten auch das Zusammenleben verschiedener Religionen und Nationalitäten, zwei Weltkriege, Heimatverlust durch Umsiedlung, Flucht, Vertreibung oder das Leben im Kommunismus. Von der Wiege über den Schulranzen bis hin zu Zeichentrickfilmen - die Leihgaben aus zahlreichen Museen in Deutschland und Polen mit hohem Erinnerungswert haben alle Generationen angesprochen.

Neue Ausstellung:
17. Mai – 31. August 2020
Vergessene Opfer der NS-Euthanasie
Die Ermordung schlesischer Anstaltspatienten 1940–1945
75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erinnert das OSLM mit dieser Ausstellung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft in den totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts und bindet dieses Thema in die gesamteuropäische Geschichte ein.

Kontakt und Information:
Oberschlesisches Landesmuseum, Bahnhofstraße 62, 40883 Ratingen (Hösel), Tel.: +49 (0) 21 02 - 96 50, info@oslm.de, www.oslm.de sowie die OSLM-Kanäle in den sozialen Medien

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrun Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.
Telefon: (040) 41 40 08 - 34
E-Mail: renker@paz.de
Bürozeiten: Dienstag–Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr.
Außerhalb dieser Zeiten bitte E-Mails schreiben.

ANZEIGE

Heimatkreisgemeinschaften

Bartenstein

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Tel.: 09349 - 929 252, Fax: 09349 - 929 253, csgroeben@gmx.de

Kreistreffen

Trotz der aktuellen Corona-Krise ist die Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein optimistisch, am 5. September das geplante Kreistreffen in Nienburg im Hotel zur Krone mit einem neugewählten (verjüngten) Vorstand durchzuführen.

Ebenrode (Stallupönen)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Tel.: 05261 – 8 81 39, Gerhard.kuebart@googlemail.com

George Turner zum 85.

„Die Heimat nehmen wir mit“ – viele von uns besitzen George Turners lesenswertes Buch über die Vertreibung der Salzburger Protestanten, ihre Ansiedlung in Ostpreußen und die erneute Vertreibung aus Ostpreußen 1944/45 am Beispiel seiner Familie. Was aber konnte der damals neunjährige Bauernsohn aus Bilderweitschen wohl mitnehmen? Ein waches Bewusstsein, ein gutes Gedächtnis, einen entwickelten Gerechtigkeitssinn: Als er einen Bediensteten mit „Herr“ ansprach, wurde er zurechtgewiesen, das sei nicht üblich, es genüge der Nachname. Vielleicht ein „Erlebnisfeld,“ das den jungen Mann, verbunden mit den Ungerechtigkeiten des Flüchtlingsschicksals, auf das Studium der Rechte hinführte, das er glänzend absolvierte und mit der Promotion abschloss.

Mit 35 Jahren wurde George Turner Universitätspräsident in Hohenheim, 1979 – 1983 dann Präsident der Rektorenkonferenz in Bonn, 1986 – 1989 parteiloser Senator für Wissenschaft und Forschung in Berlin, 1989 bis zur Emeritierung ordentlicher Professor für Rechtswissenschaft an der Universität Hohenheim und zeitweise Gastprofessor an der Humboldt-Universität in Berlin.

Nur wenige Ostpreußen seiner Generation können auf ein so erfülltes, aber auch arbeitsreiches Leben zurückblicken. Dass er dabei seine Heimat Ostpreußen nicht vergaß und das „Mitgenommene“ in Büchern und Artikeln immer wieder beschreibt und mit Rat und Tat bereit steht, wenn er gebraucht wird, hat ihm Achtung, Anerkennung und Dankbarkeit eingebracht. Im Namen der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) herzliche Glückwünsche.

Absage Treffen

Sehr geehrte Mitglieder,
das in Winsen/Luhe am 20. Juni 2020 geplante Ostpreußentreffen, die Mitgliederversammlung und die Kreistagssitzung müssen wegen der Covid 19-Pandemie leider ausfallen. Ein neuer Termin für die Mitgliederversammlung kann erst bestimmt werden, wenn die Reise- und Versammlungsbeschränkungen aufgehoben werden. Bitte denken Sie daran, bestellte Zimmer zu stornieren.
Sobald als nach den Vorschriften möglich wird der Veranstalter unserer abgesagten Heimatkreisfahrt Ersatztermine anbieten.
Wir wünschen weiterhin gute Gesundheit.

Der Vorstand

Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstr. 6, 52146 Würselen, Tel.: 02405-73810,
GF: Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Tel./Fax: 034203 – 33 567

Reiseverschiebung

Unter den aktuellen Umständen ist es leider nicht möglich, die Reise wie geplant vom 20. bis 28. Mai 2020 durchzuführen.

Damit Sie trotzdem noch in diesem Jahr nach Ostpreußen reisen können, würden wir gerne den Reisetermin etwas verschieben.

Neuer Reisetermin: 2. bis 10. September 2020

Alle Abflughäfen und Flugzeiten (vorbehaltlich zukünftiger Veränderungen durch die Fluggesellschaft) bleiben wie zum ursprünglichen Reisetermin geplant bestehen. Wir würden uns freuen, wenn Ihnen dieser Alternativ-Termin zusagt und Sie dabei sein können.

Reiseleitung: Dieter Wenskat

1. Tag: Flug nach Königsberg

Am Vormittag Linienflug mit LOT Polish Airlines wahlweise ab Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München oder Stuttgart mit Umstieg in Warschau und gemeinsamem Weiterflug nach Königsberg, Ankunft am Nachmittag. Am Flughafen werden Sie von Ihrer Reiseleitung empfangen, anschließend Transfer nach Gumbinnen zum Hotel „Kaiserhof“. Zimmerbezug und Abendessen im Hotel.

2. Tag: Gumbinnen, Trakehnen und Rominter Heide

Am Vormittag Stadtrundfahrt mit Besuch der wiedererrichteten Salzburger Kirche und der früheren Friedrichschule mit Besichtigung des historischen Freskos mit der Darstellung der Ankunft der Salzburger in Ostpreußen. Der anschließende Ausflug führt in eine einzigartige Landschaft im Südosten des nördlichen Ostpreußens. Zunächst besuchen Sie Trakehnen mit der einst weltberühmten Gestütsanlage. Leider gibt es dort heute keine Pferde mehr. Anschließend erreichen Sie die Rominter Heide. Unberührte Natur, eine Urwaldlandschaft mit romantischen Seen, kleinen Bächen und Biberbauten – Ihr Reiseleiter zeigt Ihnen die schönsten Plätze. Am Rande dieses Waldmassivs betreibt die russische Familie Sajac im ehemaligen Forsthaus Warnen ein kleines Gästehaus, hier werden Sie zur Mittagseinkehr erwartet. Übernachtung in Gumbinnen.

3. Tag: Ragnit und Tilsit

Weiterreise nach Norden in den Kreis Tilsit-Ragnit – das Land an der Memel. In der Schule von Breitenstein/Kraupischken besuchen Sie das bekannte Heimatmuseum von Juri Userzov. Anschließend erreichen Sie Ragnit. Hier befand sich eine der größten Burgen des Deutschen Ordens, deren Ruine besichtigt wird. Ostpreußen war einst bekannt für Tilsiter Käse – heute versucht man, an diese Tradition anzuknüpfen. Sie erleben eine kleine Käseverkostung im „Deutschen Haus“ in Ragnit. Anschließend erreichen Sie das benachbarte Tilsit, einst die östlichste große deutsche Stadt mit dem Beinamen „Stadt ohne Gleichen“. Die ausführliche Stadtführung in Tilsit beginnt mit einem Besuch im teilweise neu gestalteten Park Jakobsruh mit einem Spaziergang zum wiedererrichteten Königin-Luise-Denkmal. Anschließend geht es durch die alten Wohnviertel zum Schlossmühlenteich. Abschluss und Höhepunkt der Stadtführung ist jedoch ein gemeinsamer Spaziergang durch die Hohe Straße. Abendessen und Übernachtung in Tilsit.

4. Tag: Elchniederung

Rundfahrt mit Besichtigungsstopps durch die Elchniederung. Sie besuchen Heinrichswalde mit seiner noch gut erhaltenen Kirche. Hier wurden 2019 umfangreiche Restaurierungsarbeiten begonnen, das Gebäude soll wegen seiner guten Akustik zu einem Konzertsaal umgestaltet werden. Ebenso besuchen Sie Gerhardsweide und Kreuzingen – hier befand sich in der Vorkriegszeit einer der größten Viehmärkte und der größte Viehverladebahnhof Deutschlands. Die alte evangelische Kirche in Kreuzingen wurde vor kurzem restauriert und erweitert und dient heute als russisch-orthodoxes Gotteshaus. Übernachtung in Tilsit.

5. Tag: Großes Moosbruch und Labiau

Weiterreise nach Westen in den Kreis Labiau. Hier erleben Sie das Naturparadies Ostpreußen pur. Sie unternehmen einen Ausflug in das Große Moosbruch am Rande des Elchwaldes und besuchen bei Laukinen das Moosbruchhaus, ein mit deutschen Mitteln unterstütztes Naturschutz- und Begegnungszentrum. Hier ist auch der Tisch zu einem gemeinsamen Mittagessen gedeckt. In Labiau passieren Sie die Adler-Brücke mit einem Fotostopp in der früheren Kreisstadt. Hier mündet die Deime in das Kurische

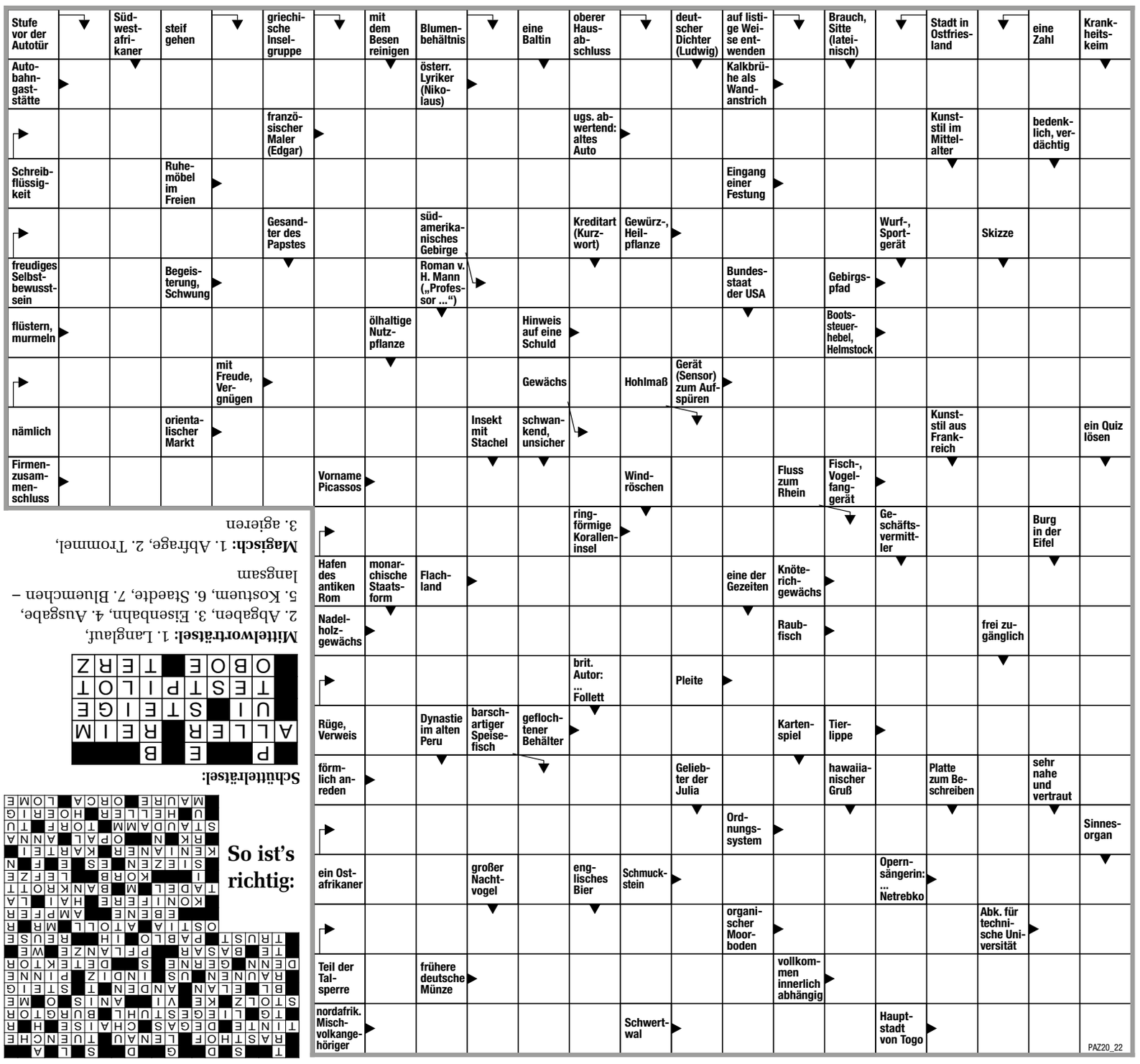
Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Rätsel



Magisch: 1. Abfrage, 2. Trommel, 3. agieren

Mittelworträtsel: 1. Langlauf, 2. Abgaben, 3. Eisenbahn, 4. Ausgabe, 5. Kostüm, 6. Staedte, 7. Blumenchen – langsam

Schüttelrätsel:

So ist's richtig:

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

LOPTU	▼	BEIL	EERST	▼	BEIRT	▼	EEIL	GIOR	EMTZ
▶		▼			EIMR	▶	▼	▼	▼
AELLR			EEGI ST	▶					
EILOP STTT	▶								
BEOO	▶				ERTZ	▶			

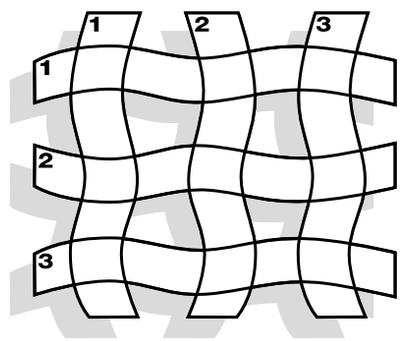
Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für gemächlich, schwerfällig.

1	SKI					▼				■	LOIPE
2	SOZIAL	■								■	LAST
3	HOLZ										BAU
4	ERST	■								■	KURS
5	NARREN	■	■								BALL
6	WELT	■	■								BUND
7	MAUER										KAFFEE

Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.



1 EDV: Datenbanksuche
2 Schlaginstrument
3 handeln

Heimatkreisgemeinschaften

Haff. Vom benachbarten Rinderort hat man einen besonders schönen Blick auf das Kurische Haff. Gegen Abend erreichen Sie Königsberg. Übernachtung in Königsberg.

6. Tag: Königsberg
Stadtrundfahrt durch Königsberg. Dabei besuchen Sie natürlich die erhaltenen Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Königsberger Dom, die Luisenkirche oder den früheren Hansa-Platz mit dem ehemaligen Nordbahnhof sowie die erhaltenen Stadttore und Befestigungsanlagen wie das restaurierte Königstor und den Litauer Wall. Darüber hinaus erleben Sie eine aufstrebende russische Großstadt im Umbruch und voller Kontraste, sowohl sozial als auch städtebaulich. Ein weiterer Höhepunkt ist der Besuch des Königsberger Doms mit einem Anspiel der Orgel zu einem kleinen Konzert. Das erst vor wenigen Jahren in Deutschland gefertigte Instrument gehört zu den größten Klangkörpern im gesamten Ostseeraum. Im Fischdorf am Pregelkai werden Sie zum Mittagessen erwartet. Bei einer anschließenden Bootsfahrt auf dem Pregel und um die Kneiphofinsel erleben Sie die frühere Börse, den Dom und den Königsberger Hafen vom Wasser aus. Abendessen und Übernachtung in Königsberg.

7. Tag: Samland mit Pillau und Palmnicken
Am Vormittag bleibt etwas Freizeit in Königsberg. Alle, die Lust haben, besuchen gemeinsam mit Ihrem Reiseleiter den Königsberger Markt – hier gibt es alles Mögliche und Unmögliche zu kaufen, und die Händler repräsentieren die multikulturelle Zusammensetzung der heutigen Bevölkerung des Kaliningrader Gebietes. Bei der anschließenden Rundfahrt durch das Samland geht es zunächst vorbei an Fischhausen nach Pillau an der Ostsee. Die Hafenstadt hatte eine besondere Bedeutung für viele Ostpreußen im Winter 1945, als tausende Menschen von hier aus ihre Heimat für immer verlassen mussten. Heute gibt es in Pillau neben den historischen Bauten, Befestigungsanlagen und dem bekannten Leuchtturm eine große Kriegsgräbergedenkstätte; ein Ort der Besinnung und des Gedenkens an alle Opfer der vergangenen Kriege.

Auf der Weiterfahrt durch das Samland besuchen Sie den Bernsteintagebau Palmnicken. Beim Besuch der Aussichtsterrasse haben Sie einen guten Überblick. Auf dem Rückweg zum Hotel führt Sie noch ein kleiner Abstecher in das Dorf „Salem“ – eine ökologisch und sozial orientierte Gemeinschaft, die insbesondere Waisenkindern ein sicheres Zuhause und darüber hinaus durch gezielte Förderung eine Perspektive für ein selbstbestimmtes Leben bietet. Die Jugendlichen erproben sich in verschiedenen Projekten z.B. in der Landwirtschaft, Bäckerei oder in der Käseherstellung. Hier ist auch das heutige Abendessen vorgesehen.

Anschließend erreichen Sie Rauschen. Das einst bekannte deutsche Seebad ist auch heute wieder ein schöner Urlaubsort mit restaurierten alten Holzvillen, Hotels und Gästehäusern sowie einer belebten Kurpromenade mit Straßencafés und urigen Kneipen. Übernachtung in Rauschen.

8. Tag: Kurische Nehrung
Nach einem geführten Rundgang durch Rauschen geht es auf die Kurische Nehrung. Die ca. 100 Kilometer lange Landzunge trennt die Ostsee vom Kurischen Haff, und ihre Landschaft ist durch die höchsten Dünen Europas gekennzeichnet. Bei einem Spaziergang auf die Epha-Düne, die größte noch frei wandernde Sandfläche, haben Sie einen grandiosen Ausblick über die Düne, das Haff und die Ostsee. Bei Rossitten besuchen Sie die Feldstation Frigilla der 1901 gegründeten ersten Vogelwarte der Welt und erleben das Beringen der Vögel. Abendessen und Übernachtung nochmals in Rauschen.

9. Tag: Heimflug
Am Vormittag Transfer zum Flughafen Königsberg, um 12.40 Uhr Abflug nach Warschau, Rückkunft je nach Flughafen gegen 19.00 Uhr.
Programmänderungen vorbehalten, dies gilt insbesondere auch für Veränderungen der Flugzeiten durch die Airline.

Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax: (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. **Geschäftsstelle:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de

18. bis 20. September 2020 Goldaper Heimattreffen in Stade

21. bis 24. September 2020 Kirchspieltreffen Gurnen in Boltenhagen

Heiligenbeil

Kreisvertreter: Erster Stellvertretender Kreisvertreter (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. **Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin:** Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. **Schriftleiterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Das Heiligenbeiler Kreistreffen 2020 findet vom 11. bis 13. September in Haases Hotel in Burgdorf statt. Haases Gasthaus „Zur Erholung“ GbR, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf. Telefon: (05136)8879 0.
E-Mail: info@hotel-gasthaus-haase.de. Am 12. September 2020 findet im Rahmen des Treffens im Hotel auch um 15.30 Uhr das **Sondertreffen der Stadtgemeinschaft Zinten** statt.

Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de **Stellvertreterin**: Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Sehr geehrte Damen und Herren, da die Evangelische Kirche in Deutschland sämtliche Auslandseinsätze ihrer Pastoren wegen der aktuellen Gesundheitslage bis Ende Juni 2020 untersagt hat, kann Pastor Andreas Flug den Seelsorgedienst in Lötzen im Juni nicht durchführen.

Neben den sonntäglichen deutschsprachigen Gottesdiensten entfällt auch die für den 21. Juni 2020 geplante Jubelkonfirmation.

Mohrungen

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. **Stellv. Kreisvertreterin:** Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Die Corona-Pandemie zwingt uns, die vorgesehene Busreise in die Heimat und die damit verbundenen Feierlichkeiten im Juni auf den nächstmöglichen Termin zu verschieben. Sobald es wieder möglich sein wird, diese Reise nachzuholen, werden wir Sie rechtzeitig über die *PAZ* und im Internet unter *www.mohrungen.eu* informieren!

Es grüßt und wünscht Ihnen beste Gesundheit

Ihre Ingrid Tkacz

PAZ wirkt!

Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276,
E-Mail: u-pokraka@t-online.de. **Stellvertreter:** Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

Aufgrund der aktuellen Situation wegen des Coronavirus bleibt die Heimatstube der Kreisgemeinschaft in Bochum-Werne, Kreyenfeldstr. 31, bis auf Weiteres geschlossen. Wir bitten um Verständnis für diese Maßnahme und wünschen Ihnen beste Gesundheit in diesen schweren Zeiten.

Schloßberg (Pillkallen)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale.
Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel.: (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Das geplante deutsch-russische Kinderferienlager in Otterndorf und auch die Jugendbegegnung in Lasdehnen müssen leider wegen der Corona-Pandemie in diesem Jahr ausfallen.

Norbert Schattauer, Kreisjugendbetreuer der Kreisgemeinschaft

Sensburg

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. **Alle Post an:** Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Sensburger-Treffen abgesagt

Das für den 9. August 2020 vorgesehene Jahreshaupttreffen der Sensburger in Remscheid wird aufgrund der Corona-Krise abgesagt. Für viele Menschen ist ein Höhepunkt der Begegnung verloren gegangen.

Das Jahrestreffen wird im nächsten Jahr stattfinden. Weitere Informationen finden Sie auch auf unserer Webseite: *www.kreisgemeinschaftsensburg.de.*

Bleiben Sie gesund!
Mit freundlichen Grüßen

Kreisgemeinschaft Sensburg e.V.
Helmuth Tomscheit
Geschäftsleiter

ANZEIGE

Und die Meere rauschen
den Choral der Zeit,
Elche steh'n und lauschen
in die Ewigkeit.
Aus Ostpreußenlied

Helga Gerber
geb. Zitzwitz
* 25. 4. 1935 † 27. 4. 2020
Rauschen/Ostpreußen Reutehof

Es nehmen Abschied
deine Kinder und Enkelkinder mit Familien
dein Bruder Klaus mit Familie
und alle Anverwandten

Die Urnenbeisetzung fand im Familienkreis auf dem Friedhof von Gießen statt.

Der richtige Weg, anderen vom Tode eines lieben Menschen Kenntnis zu geben, ist eine Traueranzeige.

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt

Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft,
jetzt und auch in Zukunft.
Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen.
Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:

Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de.

Die Stadtgemeinschaft Tilsit
trauert um ihr langjähriges Vorstandsmitglied

Siegfried Dannath-Grabs

* 23. 1. 1932 Tilsit
† 12. 5. 2020 Dresden

Geboren und aufgewachsen in Tilsit ereilte ihn 1944, wie viele Ostpreußen, das Vertreibungsschicksal. An der TH Dresden studierte er Maschinenbau mit dem Abschluss als Dipl.-Ing. Nach der Wiedervereinigung fand er rasch seinen Weg in die Stadtgemeinschaft Tilsit. Ab 2007 übernahm er die Aufgabe als Schulsprecher der Herzog-Albrecht-Schule, im gleichen Jahr wurde er Stadtvertreter und 2011 Vorstandsmitglied der Stadtgemeinschaft Tilsit. Mit viel Geschick widmete er sich hier organisatorischen Aufgaben. In Anerkennung seiner Leistungen wurde ihm die Ehrenmedaille der Stadtgemeinschaft Tilsit zuerkannt.
Die Stadtgemeinschaft dankt ihm für sein langjähriges Engagement, das ihm ein bleibendes Gedenken bewahrt.

Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.
Erwin Feige, Vorsitzender
Manfred Urbschat, Geschäftsführer

FLUCHT UND NEUANFANG

Als die Russen nach Neidenburg kamen

Siegfried Burghardt gelang es, mit Mutter und Geschwistern einen der letzten Züge in den Westen zu erreichen

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Vor dem Einmarsch der russischen Truppen: Vor allem Frauen, deren Männer an der Front kämpften, versuchten die letzten Bahnfahrten aus Ostpreußen zu erreichen, um sich und ihre Kinder in Sicherheit zu bringen *Foto: PAZ Archiv*

Ende November 1944 wurde den Bewohnern des masurischen Dorfes Theerwisch, Kreis Neidenburg, bewusst, dass der mörderische Kriegsschauplatz immer näher rückte. Die Menschen hörten ein Donnergrollen wie von einem heranziehenden Gewitter. Siegfried Burghardt (Familienname ursprünglich Iwannek), damals zwölf Jahre alt, beteiligte sich im Auftrag seiner Mutter an den Fluchtvorbereitungen. Er schlachtete Hühner und vergrub Küchenutensilien in der Scheune. Mit Hilfe einer aus Berlin angereisten Tante schaffte es die sechsköpfige Familie – ohne den Vater, der wie so viele Männer an der Front war – mit einem der letzten Eisenbahntransporte Ortelsburg zu verlassen, bevor die sowjetischen Truppen in das Kreisgebiet eindrangen.

Fluchtvorbereitung mit zwölf

In seinem Buch „Im Westen war die Sonne. Flucht zwischen zwei Fronten“ berichtet Burghardt von der vier Monate dauernden Flucht seiner Familie über Kolberg, Berlin, Brandenburg und Hannover bis nach Schulenburg an der Leine. Aufgrund der Fürsprache einer Verwandten nahm sie der freundliche Besitzer der Calenberger Mühle in seinem alten Herrenhaus auf, obwohl dort schon andere Flüchtlingsfamilien wohnten.

Schon als Kind war der Autor ein Natur- und speziell ein Vogelfreund, beobachtete aber auch aufmerksam die zwischenmenschlichen Begegnungen von Erwachsenen und Kindern auf engstem Raum. Einprägsame Ereignisse waren für ihn die Ankunft der Engländer in Schulenburg, Berichte über freigelassene russische und polnische Kriegsgefangene, die plündernd durch die Dörfer zogen, die systematischen Verhaftungen der amerikanischen Militärpolizei, Begegnungen mit alliierten Soldaten und der Schulbeginn im Herbst 1945. Ein Dauerthema in den Hungerjahren 1945 bis 1947 war für die Flüchtlinge neben der Bekleidung das Essen – von dem Überfluss der Bauern und Gartenbesitzer profitierten sie überwiegend nur durch Tauschen, Stoppeln, Hamstern und Sammeln. Der Vater des Autors wurde noch während des Krieges als vermisst gemeldet und blieb verschollen.

„Ich werde nie den Tag vergessen, an dem wir den geborgenen Überlebenden des Untergangs der Gustloff begegneten“, schreibt Burghardt. Am 31. Januar beobachtete er mit seinem Bruder am Kolberger Hafen, wie zwei Männer einige in Decken gehüllte Personen an Land geleiteten. Eine völlig entkräftete Frau wurde getragen. Es waren aus Seenot gerettete Überlebende des Untergangs der „Wilhelm Gustloff“, die am Abend des 30. Januar vor der pommerschen Küste von einem sowjetischen U-Boot torpediert worden war und sank. Herbeieilende Schiffe konnten von den vermutlich über 10.000 Menschen an Bord, davon die meisten Flüchtlinge aus Ostpreußen, nur 1252 retten.

Über Kolberg in den Westen

Das Ereignis war für seine Mutter der Auslöser für ihre Entscheidung, aus Pommern weiter in westliche Richtung zu flüchten. Er ist überzeugt: Die zeitige Flucht seiner Familie aus Masuren und Kolberg hat ihn und seine Angehörigen nicht nur vor schlimmen Erlebnissen bewahrt, sondern wahrscheinlich auch ihr Leben gerettet. Nach dem Abitur an einem Gymnasium in Hannover wählte er den Lehrerberuf. Bis zu seiner Pensionierung 1995 unterrichtete er als Gymnasiallehrer in Bad Bentheim naturwissenschaftliche Fächer. Heute lebt Siegfried Burghardt im Kreis Gifhorn.

Siegfried Burghardt: „Im Westen war die Sonne. Flucht zwischen zwei Fronten“, MEDU Verlag, Dreieich bei Frankfurt/M. 2019, broschiert, 116 Seiten, 11,95 Euro

KRIEGSENDE

75 Jahre nach Flucht und Vertreibung

Viele Menschen in Lübeck und Umgebung kamen nach dem Krieg nach Schleswig-Holstein, gezeichnet von den schlimmen Entbehrungen und Erfahrungen während der Flucht. Das erlittene Leid und die Gewalt gegen Menschen, welche die Kriege des 20. Jahrhunderts und davor gebracht haben, sollen nicht vergessen werden. Der Verein für Familienforschung e.V. Lübeck hat anlässlich dessen, dass sich Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat im Osten Deutschlands zum 75. Mal jähren, in der Reihe „Lübecker Beiträge“ einen Band mit 17 Erlebnisberichten herausgegeben. Die Autoren berichten von ihrem Leben vor dem Krieg, vom Schicksal ihrer Familienangehörigen und wie sie entweder für immer auseinandergerissen oder nach dem Krieg glücklich vereint wurden. Neben einer ausführlichen Beschreibung der Flüchtlingslager in Lübeck sind Namensregister der dort lebenden Familien enthalten. Grundlage für diesen Band bildeten neben den Berichten der Autoren Unterlagen aus verschiedenen Lübecker Archiven. Jedes Kapitel ist reich bebildert und mit Skizzen versehen. Im Anhang findet sich ein ausführliches, nach den Zeiträumen der Betrachtung unterteiltes Literaturverzeichnis. *MRK*

Kontakt: www.familienforschung-luebeck.de

Verein für Familienforschung e.V. Lübeck: „75 Jahre nach Flucht, Verschleppung und Vertreibung“, Lübecker Beiträge, Band 70, Lübeck 2020, gebunden, 362 Seiten, 18 Euro zuzüglich Versand

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Grenzgänger halten den Ist-Zustand für nicht akzeptabel

Die Hoffnung auf die Öffnung weiterer Grenzübergänge wächst – Zunächst boomt die Naherholung

Wer nachweisen kann, dass er Berufspendler ist, muss nach dem Passieren der polnischen Grenze nicht mehr in eine zweiwöchige Quarantäne. Viele in Deutschland arbeitende Polen nutzten das verlängerte Christi-Himmelfahrts-Wochenende für einen Heimatbesuch. Das führte zu stundenlangen Staus an den Grenzen. Reisende standen auf der A12 zwischen Frankfurt (Oder) und Berlin oder auf der A4 zwischen Görlitz und Dresden 50 Kilometer vor dem jeweiligen Grenzübergang im Stau.

Bürgermeisterappell an Politik

Dies veranlasste die Bürgermeister der geteilten deutsch-polnischen „Europastadt“ Görlitz, an die polnischen Regierungsstellen zu appellieren, die Grenzkontrollen zu vereinfachen. Oberbürgermeister Octavian Ursu auf deutscher Seite und sein polnischer Amtskollege Rafal Gronicz waren sich einig: „Dass die Schwierigkeiten an den Grenzübergängen durch die Feiertage sich wiederholen, ist nicht akzeptabel. Darunter leiden sowohl die Einwohner der Städte an der Neiße als auch diejenigen, die unzählige Stunden in ihren Autos statt mit ihren Familien verbringen. Wir appellieren erneut an die polnischen Regierungsstellen, vorausschauender zu agieren und entweder die Grenzkontrollen auszusetzen oder sie über die Feiertage anders zu organisieren, damit der Verkehr fließen kann“, schrieben sie am 21. Mai.

Auch der Marschall der Woiwodschaft Niederschlesien, Cezary Przybylski, sprach eindringlich mit seinen tschechischen Amtskollegen, den Hetmanen der Regionen Reichenberg [Liberec], Königgrätz [Kralovy Vary], Pardubitz [Pardubice] und Olmütz [Olomouc]. Nach einer Videokonferenz über die Situation im Tourismus und die des kleinen Grenzverkehrs forderten sie von ihren Regierungschefs, die seit mehr als zwei Monaten geschlossenen Grenzen sofort zu öffnen.

Masowiecki lässt Öffnungen zu

Radio Breslau stellte am Sonnabend, dem 23. Mai, die Frage an Polens Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki (PiS), wann mit einer Grenzöffnung zu rechnen sei. Nachdem die zweiwöchige Quarantäne für im Ausland Tätige abgeschafft wurde, sei die Situation seiner Meinung nach viel besser geworden. Doch die Pendler dürfen bislang nur einige der Grenzübergänge nutzen, was für viele unnötig weite Wege bedeutet. „In Kürze möchten wir weitere Grenzübergänge öffnen, um so schnell wie möglich denjenigen das Leben zu erleichtern, die ihre Arbeitsplätze wie vor Corona erreichen wollen“, so der Politiker.

Stau auf über 50 Kilometer Länge auf der Autobahn A4: Auch an den anderen offenen Grenzübergängen bildeten sich kilometerlange Schlangen *Foto: Wagner*

Die polnische Regierung hatte letzte Woche in Aussicht gestellt, die Grenzen am 15. Juni wieder zu öffnen. Sie sehe eine Chance dafür, sagte die stellvertretende Ministerpräsidentin Jadwiga Emilewicz von der konservativ-liberalen Partei Porozumienie der Tageszeitung „Puls Biznesu“. Am 1. Juli könnten dann womöglich auch andere Coronavirus-Beschränkungen aufgehoben werden.

Eine Freiheit haben sich die wenig obrigkeitshörigen Polen bereits selbst genommen. Sie nutzen das schöne Wetter derzeit umfassend zu Ausflügen ins Grüne. Doch das Abstandhalten bleibt an den beliebtesten Orten der Naherholung auch in Niederschlesien schwer, wie der Hausberg der Breslauer, der Zobten [Sleza], zeigt. Dieser wird mittlerweile geradezu von Touristen belagert. Bei gutem Wetter besuchen Tausende beispielsweise den Tampadelpass zwischen dem Zobten und dem Geiersberg [Radunia]. Touristen berichten, dass selbst hier im Wald schon keine Parkplätze mehr für das Auto zu finden seien.

Polen machen vermehrt Ausflüge

Der Bürgermeister von Zobten am Berge [Sobotka], Miroslaw Jarosz, beklagt, dass die Situation dadurch erschwert sei, dass ihm in seiner Gemeinde die Verkehrspolizisten gestrichen wurden. 2021 soll der Zobtenberg auch per Bahn wieder erreichbar sein. Durch die Anreisealternative erhoffe er sich eine Entlastung von der Pkw-Lawine, sagt Bürgermeister Jarosz.

Chris W. Wagner

DIE SCHÖNHEIT POMMERNS

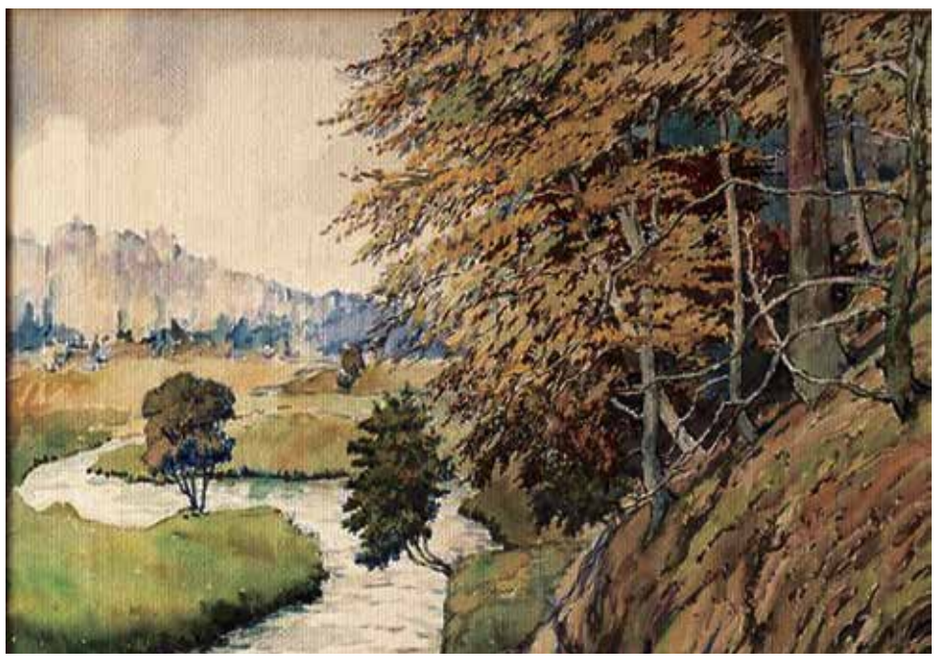
Otto Kuske – Heimatmaler aus Pommern

Nur wenige seiner Werke blieben erhalten

Otto Hermann August Kuske stammte aus dem Kreis Rummelsburg in Hinterpommern, wirkte lange Zeit als Zeichenlehrer und etablierte sich dann in Stettin als freischaffender Künstler. Seine Bilder vermitteln einen Eindruck von Land und Leuten Pommerns, sind deshalb mehrheitlich der Heimatkunst zuzuordnen und erlebten bis zum Ende des II. Weltkrieges mehrere Ausstellungen. Damit erreichte der Maler bis zu seinem Tod vor 75 Jahren besonders in Pommern größere Bekanntheit. Doch die Mehrzahl seiner Werke fiel den Kriegswirren zum Opfer. Erhaltene Arbeiten sind heute hauptsächlich in Privatbesitz zu finden.

Otto Kuske wurde am 2. Dezember 1886 im kleinen Dorf Treten im Kreis Rummelsburg geboren. Er war das älteste Kind seiner Eltern und hatte noch vier jüngere Brüder. Der Vater verdiente den Unterhalt für seine Familie als Gastwirt und fungierte zusätzlich als Gemeindevorsteher. Sohn Otto fiel schon früh durch seine zeichnerische Begabung auf, durfte das Lehrerseminar absolvieren und bestand 1907 und 1909 die erste und zweite Volksschullehrerprüfung. Danach begann er seine Lehrer-Laufbahn zunächst als Vertretungslehrer in Simötzel im damaligen Kreis Kolberg. Er erfüllte seine Arbeitspflichten, wurde als Lehrer übernommen und zeichnete und malte nebenbei. Wegen dieser Begabung ermöglichten ihm seine Vorgesetzten in Berlin ein Zeichenlehrerstudium. So wurde aus dem Volksschullehrer ein Zeichenlehrer mit höherer Lehrberechtigung für Mittelschulen, höhere Schulen und Lehrerbildungsanstalten, der zunächst an der Bürgerschule in Polzin, dann an der Landwirtschaftsschule in Samter und schließlich an der Friedrich-Wilhelms-Schule in Stettin unterrichtete. Der anfängliche Vertretungslehrer der Dorfschule von Simötzel hatte sich hochgearbeitet und schuf neben der Schularbeit eigene Bilder. Dann brach der I. Weltkrieg aus, der auch für Kuske zur Zäsur wurde.

Er musste das Schulhaus und seine Malutensilien verlassen und in der zweiten Kriegshälfte an die Front im Baltikum. Mit Folgen. Der Künstler im Soldatenrock wurde vom Fleckfieber heimgesucht und erkrankte lebensgefährlich. Nach seiner Genesung und dem Ende des Krieges kehrte er nach Stettin an seinen Arbeitsplatz an der Schule zurück. Doch die Schwerpunkte verschoben sich. Kuske widmete seiner nebenberuflichen künstlerischen Arbeit immer größere Aufmerksamkeit, hatte Kontakte zu anderen Künstlern Pommerns und entwickelte dabei ein freundschaftliches Verhältnis zu Karl Rosenow, der ihn fortan mit seinen Möglichkeiten förderte. Rosenow stammte aus Neustettin, fungierte in Rügenwalde als Konrektor und betätigte sich nebenbei als Heimatforscher und Gründer des Heimatmuseums im ehemaligen herzoglichen Schloss. Er erkannte die künstlerischen Potenzen Kuskes, ermöglichte ihm Ausstellungen in seinem Museum und erleichtere ihm den Start als freischaffender Künstler. Kuske, der inzwischen mit Gertrud Lück verheiratet war, der Tochter eines Kolberger Oberlehrers, und Kinder hatte, kündigte den Schuldienst, richtete sich in Stettin ein Atelier ein und widmete sich voll und ganz der Kunst. Mit Erfolg. Seine Bildfolgen über pommersche Bauernhäuser, pommersche Erinnerungsstätten, pommersche Waldlandschaften und die pommersche Heide fanden die Zustimmung einer wachsenden Öffentlichkeit, verkauften sich gut und ermöglichten ihm und seiner Familie das Auskommen. Mehr noch. Seine Heimatkunst wurden von den Nationalsozialisten toleriert. Er erlebte von daher keine Konflikte, hatte seine Malerlaubnis und konnte auch bis 1944 im Museum Rosenows Ausstellungen veranstalten.



Landschaft in Hinterpommern – In einer Beschreibung seiner Landschaftsgemälde liest man: Der Verzicht auf die Darstellung von Menschen hebt den Eigenwert dieser unberührten oder von Menschenhand gestalteten Landschaften noch hervor. Manche Kompositionen erinnern an Bilder von Caspar David Friedrich *Foto: Archiv*

Doch das nahe Kriegsende mit dem Zugriff der Roten Armee sorgte für eine neuerliche Zäsur. Das galt für Rosenow und Kuske. Rosenow wollte sein Museum beschützen, blieb und wurde verhaftet. Kuske erlebte die Zerstörung seines Ateliers in Stettin mit einer Vielzahl von Bildern, er flüchtete über mehrere Stationen bis Eberswalde und wurde hier von der Roten Armee „eingeholt“ und überprüft. Dabei kam der Heimatkünstler unter bisher „ungeklärten Umständen“ am 10. Mai 1945 zu Tode. Seine Frau und seine beiden Kinder überlebten ihn. Er wurde 58 Jahre alt. Sein Freund und Förderer Rosenow wurde nach der Freilassung aus der Haft ausgewiesen und starb 1958 in Hessen.

Martin Stolzenau

● **Info** Kuskes Tochter Hildtraut Winter verfasste ein Buch über das Leben und Wirken ihres Vaters: Otto Kuske. Ein pommerscher Maler 1886 – 1945. Bonn 2007. Einige seiner Werke befinden sich im Heimatmuseum in Klucken (Kluki). Isabel Sellheim, geb. von Treuenfeld aus Stolp war Mitinitiatorin der Ausstellung.

TOURISTENATTRAKTION

Vorpommersche Kleinbahn-Einsamkeit

Mit dem „Rasenden Roland“ zu Corona-Zeiten über Deutschlands größte Insel

„Das hat´s hier noch nie gegeben!“, schüttelt die Schaffnerin den Kopf. Arg verwundert bin auch ich, der diesen sonnigen Tag für einen Ausflug unter Dampf nutzen möchte. Am Bahnsteig der Rügenschen Kleinbahn in Putbus stehen hinter der Lok nämlich nur drei Waggons: zwei für Personen, einer fürs Gepäck. Und weit und breit keine Fahrgäste – nur ich. Da komme ich mir doch sehr verloren vor, freue mich aber auch, dann habe ich endlich mal den ganzen Zug exklusiv für mich. „Normalerweise fahren die Züge mit dreimal so vielen Waggons“, erklärt die Zugbegleiterin. Wieso denn in diesen Corona-Zeiten überhaupt, möchte ich wissen. „Wir haben einen Beförderungsauftrag vom Land“, höre ich. Als Eisenbahn-Nostalgiker bin ich begeistert. Vielleicht kann ich mit meiner Fahrkarte sogar ein paar Schaufeln Kohle finanzieren. Das mach ich doch gern, um ein bisschen zum Unterhalt dieser Rügenschen Attraktion beizutragen.

Der erste Streckenabschnitt zwischen Putbus und Binz wurde am 22. Juli 1895 eröffnet. In den folgenden Jahren erweiterte man die Strecke mehrmals. Die Gesamtstrecke bis Göhren konnte ab 13. Oktober 1899 befahren werden. Für die 27 Kilometer benötigt der Zug auch heute noch entschleunigende 75 Minuten. Das erinnert auch stark an das dichte Kleinbahnnetz in Hinterpommern. Damals wurden dort nicht nur Personen, sondern überwiegend landwirtschaftliche Produkte von den Gütern ins Reich transportiert.

Mit wem man auch wo immer spricht: Der „Rasende Roland“ ist weit über die Grenzen der Republik hinaus bekannt. Spätestens ab 25. Mai wird er wieder mit voller touristischer Anhängelast über die Insel zockeln, die gerade jetzt mit ihrem frischen Grün und den dottergelben Rapsfeldern vor blauer Seekulisse besonders attraktiv ist. Da mischen sich die steinkohlewürzigen Dampfwolken aus längst vergangenen Zeiten mit dem Duft von Millionen Blüten. Die Schutzmaske ist zwar (noch) Pflicht, aber wenn man einziger Fahrgast an Bord ist, kann man sie auch weglassen – um sich die Düfte mit allen Sinnen reinzuziehen. Dafür eignen sich die offenen Waggons am besten, die aber noch auf wärmere Zeiten warten. Auf der offenen Plattform direkt hinter der Lok hat man dieses Erlebnis allerdings auch. Gesteigert wird es noch durch die körpernahen schrillen Pfiffe und das Glockengeläut. Alles untermalt von dem herrlich beruhigenden Tack-Tack-Tack-Tack der Schienenstöße. Das sind die einzigen „Geräusche“ – die für mich keine sind! – , nicht gestört durch laute Fahrgäste, die sich wenig oder gar nicht für diese nostalgischen Impressionen begeistern können.

Der Drei-Waggon-Zug am menschenleeren Bahnsteig vom Bahnhof Putbus (*Foto: Peer Schmidt-Walther*)

Auf der Transsibirischen Eisenbahn lebt man damit acht Tage lang zwischen Moskau und Wladiwostok. Ich weiß nach vier Reisen, wie das so läuft. Allerdings ist die Strecke zwischen Putbus und Göhren abwechslungsreicher als die mit 9288 Kilometern längste der Welt von Europa nach Fernost. Da fährt man stunden- und tagelang nur durch Birken- oder Kiefernwälder. Auch schön, weil irgendwie sibirisch-exotisch. Doch fürs Auge bietet der „Rasende Roland“ allemal mehr. Und ist natürlich auch viel preiswerter.

Peer Schmidt-Walther

● Der Rasende Roland, wie er liebevoll genannt wird, fährt nun schon seit 1895 mit gemütlichen 30 km/h Höchstgeschwindigkeit über die Insel Rügen und verbindet die bekannten Seebäder miteinander. Seit Anfang 2008 ist die Eisenbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft Pressnitztalbahn mbH aus Jöhstadt in Sachsen der Betreiber dieser idyllischen Kleinbahn. Es bestehen wegen der Corona-Pandemie Einschränkungen. Info: www.ruegensche-baederbahn.de

● ZU PFINGSTEN

In Pommern gab es zahlreiche Pfingstbräuche wie das Schmücken mit Birkenzweigen aller Haus- und Stalleingänge, genannt Pfingstmaien. Aber auch Tonnenschlagen und einen Pfingstkönig ermitteln, Vogelschießen, Pfingstaustrieb und Peitschenschlagen wurden zelebriert.

In der pommerschen Geschichte spielte Pfingsten eine bedeutende Rolle. Im Jahr 1128 wurde von Fürst Wartislaw I. und den pommerschen Adligen im Beisein von Otto von Bamberg gerade zu Pfingsten auf einem Landtag in Usedom das Christentum angenommen, das nun für die kommenden Jahrhunderte bis in unsere Gegenwart so entscheidend wurde für das Zusammenleben in Familie und Gesellschaft. Das Datum war kein Zufall. Die Entscheidung für den neuen Glauben war riskant, denn die Bindung an althergebrachte Traditionen aufzugeben und sich auf Unbekanntes, Neues einzulassen, erfordert immer Mut, damals wie heute.

Genau dafür steht Pfingsten. Nach der Erzählung der Apostelgeschichte versteckten sich die Freunde Jesu bis zu diesem Tag verschüchtert und verzagt in ihren Häusern. Der Schock der Kreuzigung ihres Herrn steckte ihnen in den Knochen. Ohne ihr Zutun wurde ihnen am jüdischen Wochenfest ein neuer Geist geschenkt. Sie überwanden die Angst, gingen aus ihren Häusern und konnten erleben, wie ihre Berichte vom Leben mit Jesus bei vielen Jerusalemern und Gästen der Stadt auf Interesse und Verständnis stoßen. Die erste Gemeinde entsteht. Pfingsten wird seitdem als Geburtstag der Kirche gefeiert. Wir wissen nur zu gut, wie reich an Höhen und Tiefen die folgende Geschichte war, in der Abgründe und Irrwege nicht ausblieben. Wo immer aber die Rückbesinnung auf den pfingstlichen Anfang gelang, wo immer in dem neuen Geist der Zuversicht Ängste überwunden werden konnten, wo wir lernen mussten, Vertrautes loszulassen, da eröffneten sich neue Perspektiven für gutes und gelingendes Leben. Auch davon wäre aus der pommerschen Geschichte, aus den eigenen Lebens- und Glaubenserfahrungen und denen unserer Vorfahren viel zu berichten! (*Pk*)

CityWillWait-Kampagne startete in Danzig

Aufgrund der Corona-Pandemie fehlen in polnischen Städten, wie überall, die Besucher. In Zeiten, in denen es unerlässlich ist, zu Hause zu bleiben, um die Kurve abzuflachen, ist die Kampagne #CityWillWait ein Versprechen und eine Erinnerung daran, dass diese polnischen Städte auf ihre Besucher warten und bereit sein werden, sobald es sicher ist, wieder zu reisen. Ziel der Kampagne ist es, das Interesse am Reisen aufrechtzuerhalten und die Aufmerksamkeit auf die touristischen Attraktionen zu lenken, die diese Städte zu bieten haben. Die Kampagne kann auf offiziellen Reiseportalen und in den sozialen Medien mitverfolgt werden.

Es werden reise- und besucherorientierte Angebote der lokalen Museen, Kulturzentren, Unterhaltungsstätten, Parks und Erholungsgebiete sowie Unterkünfte vorgestellt. Viele der vorgeschlagenen Attraktionen werden in Form von virtuellen Touren, Online-Bildern, Panoramakarten und Werbefilmen präsentiert.

Die Aktion startete in Danzig mit #GdanskWillWait. Rasch schlossen sich andere Städte an. Dabei sind u.a. auch Stettin, Zoppot, Allenstein und natürlich Städte wie Warschau, Krakau, Lodz, Oppeln, Thorn, Posen u.a.

BS

„Gängelungen ohne Ende: Wie einst in der DDR“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„Wie lange müssen wir Einzelhändler es uns noch von diversen Politikern gefallen lassen, unsere Existenz nachhaltig zu ruinieren?“

Markus Kraemer, Unternehmer im Einzelhandel, Saarbrücken
zum Thema: Pandemie-Beschlüsse

Ausgabe Nr. 21

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

AUSSER KRAFT GESETZT

ZU: ANGEBLICH EINE PARTEI MIT 100.000 MITGLIEDERN (NR. 20)

Man sollte sich zuerst einmal mit der Entstehung dieser Bewegung „Widerstand 2020“ auf den YouTube-Veröffentlichungen von Anfang an intensiv beschäftigen, nur dann kann man diese verstehen. Dort kommen qualifizierte Wissenschaftler zu Wort, interpretieren Zahlen eindeutig anders, sehen die Zwangsmaßnahmen der Regierung in einem anderen Licht. Daraus entstand eine neue Bewegung. In den Videos wurde nachgewiesen, dass der sogenannte Lockdown zu einem Zeitpunkt beschlossen wurde, als der Höhepunkt schon länger erreicht war und der Staat keinerlei Vorbereitungen getroffen hatte in Bezug auf Schutzkleidung.

Man sieht jetzt überall immer mehr Bürger, die sich nicht länger die Angstparolen (die ein BMI-Beamter in einem Papier beschrieben hat) gefallen lassen und deren Leben so zerstört wird. Und man kann sehen, wie der Staat mit Repressalien dagegen vorgeht und die grundgesetzlich garantierten Rechte ohne parlamentarische Kontrolle (oder durch einfaches Durchwinken) außer Kraft gesetzt werden. *Dr. Volker Daum, Hummeltal*

BEFANGENE ABGEORDNETE

ZU: PER DEKRET REGIERTES VOLK (NR. 19)

In dem Artikel wird ausführlich auf die Verletzung von Grundrechten und der demokratischen Kultur durch Ausschluss des Parlamentes bei Entscheidungen der Regierung und damit auf die Verletzung des Gebotes der Gewaltenteilung zwischen gesetzgebender und ausführender Gewalt durch das Regieren per Dekret in der Ära Merkel hingewiesen.

Diese Kritik regt an zu der Frage: Wären die Maßnahmen der Regierung andere, wenn das Parlament durch Gesetzgebung beteiligt worden wäre? Sicher nicht! Durch den Fraktionszwang sind Parlamentarier indirekt gezwungen, über Gesetzesvorlagen der Regierung so abzustimmen, wie es die Fraktionsführungen der Regierungsparteien als verlängerter Arm der Regierung vorschlagen. Spuren die Abgeordneten nicht, müssen sie damit rechnen, bei der nächsten Wahl nicht mehr auf die Parteiliste gewählt und damit politisch kaltgestellt zu werden.

Wer sich für wahre Demokratie in diesem Lande einsetzen will, müsste darauf hinwirken, dass der indirekte Fraktionszwang unwirksam wird. Das könnte dadurch erreicht werden, dass Abstimmungen nur geheim erfolgen. Abgeordnete in den Parlamenten sind für diese Aufgabe offensichtlich zu befangen.

Dieter Bliesener, Hamburg

EINZELHANDEL IST RUINIERT

ZU: DER ABWÄRTSTREND BEGANN SCHON FRÜHER (NR. 19)

Nach zu zögerlichem Aufheben der (unnötigen) Zwangsschließung und nach großem Druck aus der Wirtschaft hat man sich viel zu spät dazu entschlossen, das Ruder umzudrehen.

Obwohl schon eine ausreichende Durchseuchung in der Bevölkerung erreicht ist und diese Krankheit für 95 Prozent der gesunden Bevölkerung ohne schwere Vorerkrankungen ungefährlich ist, lässt sich der Einzelhandel von unserer Regierung an der Nase herumführen.

Unnötige Gängelungen ohne Ende: Desinfizierungswahn, Maskenpflicht, beschränkte Kundenzahlen, Abstandsregeln, Gummibänder, Plastikscheiben und dadurch bedingte Schlangen wie einst in der DDR.

Das Einzige, was man dadurch aufhält, ist nicht das „tödliche Killervirus“, sondern sind dringend benötigte Einnahmen.

Der Umsatzrückgang beträgt teilweise über 50 Prozent. Wie lange müssen wir Einzelhändler es uns noch von diversen Politikern gefallen lassen, unsere Existenz nachhaltig zu ruinieren?

Lassen Sie, die Politiker, uns endlich dem Rat vieler Experten folgen und schaffen Sie schnellstens ein gutes und harmonisches Umfeld, in dem Handel und Gastronomie wieder gedeihen können, bevor es für 50 Prozent aller Unternehmen nachhaltig zu spät ist.

Markus Kraemer, Saarbrücken, Unternehmer im Einzelhandel

GEKOMMEN UM ZU BESTRAFEN

ZU: NULLPUNKT UNSERER GESCHICHTE (NR. 19)

Die Reden maßgeblicher Politiker zum 75. Jahrestag der „Befreiung Deutschlands“ erfüllen mich mit Ekel und Verachtung. Befreit wurden damals in der Tat die KZ-Häftlinge, die Zwangsarbeiter und die Kriegsgefangenen unserer Gegner. Für die Besiegten jedoch begann eine Zeit des Schreckens, des Leidens und des großen Sterbens. Die Nazis waren wir los, aber nicht die Rache der Sieger.

Es sei erinnert an die ethnische Säuberung der deutschen Ostgebiete, die bestialischen Massaker der Tschechen an den Sudetendeutschen, die brutale Vernichtung der deutschen Minderheiten auf dem Balkan und vor allem an die angestrebte Dezimierung der Bevölkerung im verwüsteten Restdeutschland.

Nur die rasche Entzweiung der Alliierten hat die Realisierung verschiedener US-amerikanischer Pläne zur Vernichtung der Deutschen verhindert, denn jene waren nach ihren eigenen Worten nicht gekommen, um Deutschland zu befreien, sondern um es zu bestrafen.

Moralische Bedenken hatten sie dabei allerdings nicht. Bis zur Abkehr von dieser Politik waren allerdings schon unzählige Menschen an Hunger, Krankheit, Kälte und auch durch Selbstmord zugrunde gegangen.

Es sei auch der deutschen Kriegsgefangenen und der zur Zwangsarbeit verschleppten Zivilisten gedacht, die in Sibirien wie auf den „Rheinwiesenlagern“ massenhaft zu Tode gebracht wurden. Trotz aller Zahlenkosmetik der Politklasse geht die Zahl der Opfer in die Millionen. Ein besonders tragisches Kapitel bildet das Schicksal der deutschstämmigen Sowjetbürger. Exemplarisch steht da für mich der Bericht einer Umsiedlerin, deren 41-köpfige Familie, von den Russen nach Kasachstan deportiert, bis auf eine Person umkam.

Der Krieg war für alle ein großes Unheil, und die Verantwortung der Deutschen ist nicht zu bestreiten. Kein Wunder also, dass die Sieger es den Besiegten mit gleicher Münze reichlich heimzahlten. Das aber als Befreiung zu bezeichnen, ist einfach pervers. *Adolf Frerk, Geldern*

MANGEL AN KOMMUNIKATION

BILDUNG IN ZEITEN VON CORONA (NR. 16)

In Zeiten der Corona-Krise ist eine schwerpunktartige Sprachverschiebung zu beobachten. Ausdrücke aus dem medizinischen Fachbereich wie „Pandemie“ oder „Quarantäne“, aber auch Ausdrücke aus der Ordnungspolitik wie „Ausgangssperre“ gewinnen zunehmend an Boden in der Alltagssprache. Parallel dazu ist spiegelbildlich ein zusätzliches Einsickern von englischen Ausdrücken wahrzunehmen, zum Beispiel „Lockdown“ oder „Shutdown“. Überproportional ist dieser Trend jedoch im Bereich der modernen technischen Kommunikation festzustellen, da hier die Facebook- und Google-Sprache ohnehin schon dominant ist. „Homeoffice“ und „Homeschooling“ werden zu Duden-Rang erhoben.

Im Gegenzug nimmt in solch relativ schwierigen und ungewohnten Zeiten der Bedarf an klarer, eindeutiger und für jedermann verständliche Ausdrucksweise zu, wie sich zum Beispiel auch der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Jörg Radek, sinngemäß dazu äußerte. Ein Auseinanderfallen der Sprache in unterschiedliche Schreibweisen und „Soziolekte“ (Sprachgebrauch sozialer Gruppen) öffnet den möglichen Interpretationen Tür und Tor, erschwert die Auslegung und schwächt die gesellschaftliche Klammer, die in schwierigen Zeiten hauptsächlich mittels Kommunikation sichtbar wird. *Erich Lienhart, Bühl*

ANZEIGE

BADEHÄUSER

Saubere Sache

Hygiene erlebt gerade eine Renaissance – Dabei war sie schon zu allen Zeiten wichtig. Dafür gab es Badehäuser wie in Bad Windsheim

VON HELGA SCHNEHAGEN

FOTO: GERMANISCHES NATIONALMUSEUM/MONIKA RUNGE

Schröpfen und Schwitzen in einem öffentlichen Badehaus: Hans Wertingers „Badstubenszene“, Landshut 1516 bis 1525

Es zischt und dampft, als der Badeknecht die Badsteine im Ofen mit Wasser übergießt. Hartgesottene haben die Oberbank im Badehaus erklommen, dort wo die Hitze am größten ist. Auf den unteren Bänken besprengt man sich mit Wasser. Andere nutzen die belaubten Zweige, um die nackte Haut damit zu massieren. Wieder andere lassen sich von Gehilfen des Baders den Rücken reiben oder den Kopf einseifen und scheren. Manche nehmen ein Wannenbad. Wieder andere sind mit heißen Schröpfköpfen bespickt, aus denen das Blut über den Rücken rinnt. Solche und andere Szenen von mittelalterlichen Baderitualen überliefern zeitgenössische Bildquellen.

Grundlage der Anwendungen ist die Lehre von den vier Säften Blut, Schleim, schwarze Galle und gelbe Galle, die in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen sollten. Dazu leitete man überflüssige Körpersäfte durch Schwitzen oder Schröpfen aus. So schreibt etwa Hildegard von Bingen in ihrem Werk „Causae et Cura“: „Wer aber fettes Fleisch hat, dem ist das Schwitzbad gut und nützlich, weil er die Säfte, die in ihm überflüssig sind, durch dasselbe einschränkt und verringert.“ Basierend auf der hippokratischen Medizin, erhielt sich die Säftelehre von der Antike im 5./4. Jahrhundert v. Chr. bis ins 18. Jahrhundert.

Warme Bäder waren aber auch gefürchtet. Die Angst ging auf den noch im 18. Jahrhundert vorherrschenden Glauben an Miasmen zurück. Mit Miasmen bezeichnete man krankmachende Materie, die durch faulige Prozesse entsteht. In Gestalt übler Ausdünstungen, vulgo Gestank, so dachte man, gelangten diese „Ansteckungsgifte“ in Wasser und Luft. Über die Atmung und die Haut würden sie dann vom Körper aufgenommen. Durch die vom Bad geöffneten Poren, so die Befürchtung, könnten Miasmen besonders ungehindert in die Haut eindringen. Vornehme und Adelige wechselten daher lieber öfter die Wäsche und parfümierten sich, als warme Bäder zu nehmen.

Im Zuge der Aufklärungsmedizin erlebte das Badewesen eine Renaissance, die bis heute anhält. Die Haut wurde nun als Organ des Ein- und Ausatmens betrachtet, das mit Wasser reinzuhalten war. Als ab 1880 Bakteriologen beinahe jedes Jahr einen spezifischen Keim als Erreger einer Infektionskrankheit identifizierten, stieg die Bakteriologie zur Leitwissenschaft in Deutschland auf. Durch Erhitzen oder mit Desinfektionsmitteln konnten die Erreger abgetötet werden, um ein Eindringen in den Körper zu verhindern. Besonders im Nachkriegsdeutschland wurde Keimfreiheit zum neuen Ideal.

Inzwischen hat sich das Bild erneut gewandelt. Antibiotikaresistenzen und Krankenhauskeime lassen sich mit Desinfektionsmitteln nicht in den Griff bekommen. Allergien stehen im Verdacht, durch Keimfreiheit begünstigt zu werden. Denn man weiß inzwischen: Im menschlichen Körper leben etwa zehnmal so viele Bakterien wie Körperzellen. Die meisten von ihnen sind nicht schädlich, sondern notwendig für den Erhalt der Gesundheit. Sie produzieren beispielsweise Vitamine, die unser Körper nicht selbst herstellen kann, oder bringen unserem Abwehrsystem bei, gefährliche Eindringlinge zu erkennen.

Die Forschung über diesen „Mikrobiom“ genannten Kosmos hat zwar gerade erst begonnen. Doch schon werden Mikrobenmischungen, die sich positiv auf den menschlichen Stoffwechsel auswirken sollen, vermarktet.

Bis heute wird für Gesundheit und Wohlbefinden geschwitzt. Die Aufgüsse reichen von Honig bis Bier. Allein in der Frankentherme im Norden von Bad Windsheim laden von der Finnischen Sauna über das Brechelbad bis zur Zirbensauna acht Saunen zum Schwitzvergnügen ein.

Südlich der Altstadt ist man dabei, ein 500 Jahre altes Badehaus wieder aufzubauen. Seine (Neu-)Eröffnung soll in diesem Herbst stattfinden. „Mit heute 110 Gebäuden ist das Fränkische Freilandmuseum das größte Freilichtmuseum Süddeutschlands und eines der größten Deutschlands“, erklärt Museumsdirektor Herbert May, „damit ist Frankens Bauernhauslandschaft abgedeckt und nur noch Sonderbauten wie das spätmittelalterliche Badehaus aus Wendelstein bei Nürnberg werden transloziert.“ Translozieren heißt, das Gebäude abbauen, in Einzelteilen an seinen neuen Bestimmungsort bringen und dort originalgetreu wieder aufbauen.

Öffentliche Badehäuser mit festen Badezeiten besaß im Mittelalter jedes Dorf. Die Forschungen ergaben, dass das Wendelsteiner Badehaus 1450 auf der Grundlage eines älteren, im Ersten Markgrafenkrieg (1449/50) zerstörten Vorgängerbaus errichtet wurde. Es gilt damit als eines der ältesten und besterhaltenen Badehäuser Europas und ist nach Aussage von Restaurator Dieter Gottschalk das erste, das in einem Freilandmuseum zu sehen ist.

Rund zwei Millionen Euro kostet seine Wiederauferstehung. Dafür mussten Spenden fließen. „Die Kosten sprengen den Etat von jährlich fünf Millionen Euro, und zwar 4,5 Millionen fürs Personal und eine halbe Millionen für Baumittel“, so May. Dazu passend macht die Ausstellung „Sauberkeit zu jeder Zeit – Hygiene auf dem Land“ bis 13. Dezember im Freilandmuseum Bad Windsheim Station, bevor sie zu sieben weiteren Freilichtmuseen wandern wird. Thematisch ergänzt wird sie durch die Parallel-Ausstellung „Schwitzbaden, Schröpfen und Kurieren – Das Baderwesen in Franken seit dem Spätmittelalter“. Beide Schauen sind in der Ausstellungsscheune aus Betzmannsdorf zu sehen.

Die Geschichte der Hygiene findet derzeit eine aktuelle Fortsetzung. Das Coronavirus lehrt uns, dass sie uns auch heute noch vor erhebliche Herausforderungen stellt.

● Fränkisches Freilandmuseum: geöffnet täglich 9 bis 18 Uhr, vom 25. Oktober bis 13. Dezember von 10 bis 16 Uhr, nur im November und Dezember ist montags geschlossen, www.freilandmuseum.de. Katalog zur Ausstellung: „Sauberkeit zu jeder Zeit! Hygiene auf dem Land“, Michael Imhof Verlag, Petersberg 2019, 19,95 Euro.

STRANDURLAUB

Ein abgeschottetes Bundesland öffnet sich

Zweitwohnungsbesitzer dürfen wieder nach Schleswig-Holstein reisen, aber die beste Freundin muss wieder zurück

Die Corona-Vorschriften werden nach und nach gelockert. Schön. Das Wetter ist sonnig und warm. Großartig. Dann steht dem Strandspaziergang ja nichts mehr im Weg. Oder doch? Wer auf Nordseeinseln wie Amrum oder Föhr lebt, darf keinen Besuch von Verwandten bekommen, die auf dem Festland leben. Und das, obwohl sich Familien inzwischen wieder besuchen dürfen.

Die Tatsache, dass für Inseln andere Regeln gelten, wäre für die Insulaner erträglicher, wenn auch die Zweitwohnungsbesitzer noch drüben – auf dem Festland und in ihren jeweiligen Bundesländern – bleiben müssten. Die aber dürfen anreisen.

Aber auch bei den Zweitwohnungsbesitzern ist längst nicht alles eitel Sonnenschein. Nicht wenige sind im Rentenalter. Manche sind weit über 80 Jahre alt, so wie Helga Schumann, die seit rund 40 Jahren ein Haus in Norddorf auf Amrum besitzt. Sie hat eine weite Reise zurückzulegen, um aus Süddeutschland zu ihrem Sommerdomizil zu fahren. In der Regel fährt Helgas beste Freundin Margarete sie in ihrem Pkw in den Norden, bleibt dann zwei Wochen auf der Insel und fährt mit dem Zug wieder zurück in den Süden.

FOTO: TWS

Pandemischer Vorhang: Warnschild an der Grenze zu Schleswig-Holstein Anfang Mai

Jetzt darf die Freundin Helga nur bis zum Fähranleger begleiten. Das sorgt für schlechte Laune. Und ist anstrengend. Margarete ist selbst 79, die Tour rauf in den Norden und zurück in den Süden an einem Stück ist eine Strapaze.

Am Strand von St. Peter-Ording ist die Stimmung auch nicht ungetrübt. Gesa Friedrichs lebt in Hamburg und nutzt gerne die Ferienwohnung ihrer Eltern in Böhl, um mit Tochter Paula ein langes Wochenende in der Natur zu verbringen. Die berufstätige Mutter, die als selbstständige Unternehmensberaterin arbeitet, genießt es dabei in der Regel, nicht kochen zu müssen. In den letzten Wochen war ihr der Luxus des Essengehens nicht vergönnt. Jetzt dürfen die Restaurants wieder öffnen.

Mit der siebenjährigen Paula will die Mutter aber auch nicht zu fest gebuchten Zeiten essen gehen. Die Option, spontan nach dem Strandbesuch in einem Lokal einzukehren, wird durch die Abstandsregel und die damit einhergehende Reduzierung der Sitzplätze so gut wie unmöglich. Gesa und Paula verzichten daher im Moment auch weiterhin auf einen Besuch in der Ferienwohnung.

Was Tagesausflüge an den Strand angeht, herrscht große Unsicherheit. Tagesgäste sind noch nicht wieder zugelassen an Nord- und Ostsee. In Schleswig-Holstein zumindest offiziell nicht. Aber wer darf denn jetzt an den Strand? Und wie groß ist der Radius, der für regelkonforme Ausflüge genutzt werden darf? Darf jemand aus Marne im Dithmarscher Land nach St. Peter-Ording auf die Nordsee-Halbinsel Eiderstedt?

Darf ein Bewohner aus Kiel die Hohwachter Bucht besuchen? Kennzeichen-Kontrollen an den großen Parkplätzen sind auch keine Lösung. Sie machen den Strandausflug eher zu einem Abenteuer. Routinierte Tagesgäste kennen schließlich die Insider-Parkplätze und Strand-Zuwege. *Stephanie Sieckmann*

FÜR SIE GELESEN

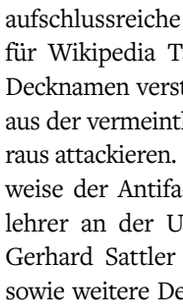
Wächter über die Gesinnung

Das Internet-Lexikon Wikipedia ist eine höchst seriöse Informationsquelle – in Harmonie geschaffen von kompetenten und neutralen Freiwilligen. Wer dieses Ammenmärchen tatsächlich noch glaubt, der sollte das „Schwarzbuch Wikipedia“ lesen, in dem der Wikipedia-Kritiker und Historiker Andreas Mäckler Beiträge von insgesamt 23 Autoren gesammelt hat, die entweder zu den Wikipedia-Kennern oder zu den Wikipedia-Geschädigten zählen. Zu nennen wären hier der Politologe Claus Wolfschlag, der Wirtschaftsstatistiker Walter Krämer, Gunnar Melf Tobias Hamann von der Forschungsstelle Medienrecht der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, Torsten Walter, Fachanwalt für Urheber- und Medienrecht, der Psychologe Harald Walach, Helmut Roewer, ehemals Präsident des Thüringischen Landesamtes für Verfassungsschutz, und der Wissenschaftsjournalist Arne Hoffmann.

Diese berichten detailliert über das permanente Mobbing unter den „Wikipedianern“ sowie die Diffamierungs- und Falschinformationskampagnen, welche die Macher des Online-Lexikons gegen Personen führen, die dem linksgrünen Meinungskartell ein Dorn im Auge sind. Dabei sprechen die Überschriften der Beiträge bereits Bände: „Eine Enzyklopädie mit politischer Schlagseite“, „Sozialer Mord“, „Die Gesinnungswächter der Wikipedia“, „Kafkaeske Prozesse“, „Das Trojanische Pferd“, „Wikipedia als Tummelplatz des geistigen Lumpenproletariats“, „Wie radikale Feministinnen in der Wikipedia Hass schüren“, „Anschuldigungen bis hin zur Rufmordkampagne“ sowie „Cybermobbing und institutionelle Meinungssteuerung.“ Es wird also die ganze Bandbreite des skandalösen Agierens von Wikipedia beleuchtet und der schlüssige Beweis dafür erbracht, dass es sich bei dem Lexikon tatsächlich „um das aktuell gefährlichste Phänomen im Internet“ handelt.

Darüber hinaus liefert das Buch auch aufschlussreiche Informationen über für Wikipedia Tätige, die sich hinter Decknamen verstecken und ihre Opfer aus der vermeintlichen Anonymität heraus attackieren. Dazu zählen beispielsweise der Antifa-Aktivist und Klavierlehrer an der Universität Osnabrück Gerhard Sattler alias Kopilot. Sattler sowie weitere Desinformanten werden in den beiden Beiträgen von Roewer enttarnt. Diese gipfeln in dem schwerlich anzuzweifelnden Fazit, dass eine „linksextremistische Mafia“ von Wikipedia Besitz ergriffen habe.

Der Wert des Buches ergibt sich auch aus den konkreten Ratschlägen, wie sich Betroffene gegen Wikipedia zur Wehr setzen können. Allerdings gestehen Mäckler und dessen Mitstreiter ehrlich ein, dass die diesbezüglichen Möglichkeiten aufgrund der raffinierten Organisationsstruktur des Online-Lexikons sowie auch der Rechtslage begrenzt sind, denn klagen müssten die Opfer vorrangig in den USA. *Wolfgang Kaufmann*



Andreas Mäckler (Hg.): „Schwarzbuch Wikipedia. Mobbing, Diffamierung und Falschinformationen in der Online-Enzyklopädie und was jetzt dagegen getan werden muss“, Verlag Zeitgeist, Höhr-Grenzhausen 2020, broschiert, 364 Seiten, 19,90 Euro

PROMINENTE

Erfolgreiche Frauen

Porträts von Prominenten, die wie die französische Chansonsängerin und Schauspielerin Juliette Gréco auch mit über 70 noch erfolgreich sind

FOTO: IMAGO IMAGES/PROD.DB

Aktiv bis ins hohe Alter Die Journalistin Rita Kohlmaier liebt Menschen und ihre Biografien, vor allem Frauen, die etwas bewegt oder zu sagen haben. In ihrem neuesten Buch porträtiert sie 20 Frauen, die das Alter von 70 überschritten haben und die immer noch von sich reden machen. Neben Künstlerinnen werden couragierte Richterinnen und Politikerinnen porträtiert. *MRK*

Rita Kohlmaier: „Frauen 70+. Cool. Rebellisch. Weise“, Elisabeth Sandmann Verlag, München 2020, gebunden, 136 Seiten, 25 Euro

RUSSLANDPOLITIK

Deutschlands besondere Rolle

Matthias Platzeck plädiert dafür, dass Berlin den ersten Schritt für eine Verbesserung der Beziehungen zu Moskau wagt

VON F. W. SCHLOMANN

Der früherer Ministerpräsident Brandenburgs Matthias Platzeck hat zweifellos politisches Gewicht hat und es ist von Interesse, wie er Moskaus Rolle in der Welt wertet. Putin, so Platzeck in seinem Buch „Wir brauchen eine neue Ostpolitik“, habe Partner des Westens werden wollen, doch sei er nie als Gleichberechtigter behandelt worden. Die NATO kümmere sich nicht um eine politische Entspannung mit Russland, ohne dessen Beteiligung jedoch könne es keine Stabilität Europas geben.

Wir Deutschen müssten bei unserem Umgang mit Moskau den ersten Schritt tun. Begründet wird dies mit den durch Deutschland verursachten Verlusten der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg sowie mit unserer heutigen Position als wichtigster Handelspartner des Riesenreiches.

Unterstreichen wird der Leser die Gefährlichkeit einer militärischen Aufrüstung, doch den Schlüssel zur Entspannungspolitik scheint der Autor nur im Westen zu sehen. Ohne jegliche Kritik am kriegerischen Vorgehen Moskaus in Georgien, Tschetschenien und in der Ost ukraine befürwortet er, dass Russland seinen neu gewonnenen Großmachtstatus nicht wieder aufgeben will.

Nach Ansicht des Verfassers habe Russland Angst vor einer Einkreisung in Form der NATO-Osterweiterung. Es erscheint indes nur verständlich, dass das Baltikum durch seine jahrzehntelange Okkupation seitens der UdSSR und das subversive Vorgehen durch das heutige Russland den Schutz der NATO suchte. Erneut taucht die Behauptung eines „Verrats“ des Westens auf, der sein Wort über die Nichterweiterung der NATO in Richtung Osten gebrochen habe: Gemeint ist die Rede des NATO-Generalsekretärs Wörner 1990, die sich indes nur auf die DDR beziehen konnte – keinesfalls aber auf die anderen Staaten des Warschauer Paktes, der damals noch existierte.

Streitpunkt NATO-Osterweiterung

Mehrfach liest man im Buch vom „Vertrauensvorschuss, den Moskau dem deutschen Volke mit dem Geschenk der deutschen Einheit entgegenbrachte“. In Wahrheit kostete „das Geschenk“ der Bundesrepublik viel Geld. Wie Platzeck einräumen muss, befand sich die UdSSR trotz aller Reformen Gorbatschows in einer „existenziellen Krise“ und erhielt nirgendwo mehr überlebensnotwendige Kredite. Der Kreml hatte indes ein Faustpfand – die DDR, die zudem nur noch eine Last war. Ein interessantes Buch, dessen Wert durch seine häufige Einseitigkeit leider stark gemindert wird.

Matthias Platzeck, „Wir brauchen eine neue Ostpolitik“, Propyläen-Verlag, Berlin 2020, gebunden, 254 Seiten; 22 Euro

BEUTEKUNST

Rückgabe „ohne Wenn und Aber“

Moritz Holfelder fordert, dass alle Kunstwerke, die als „Raubgut“ aus ihren Ursprungsländern mitgenommen wurden, zurückkehren

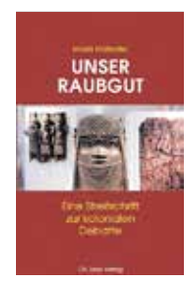
VON DIRK KLOSE

Immer häufiger ist von Raubkunst die Rede. Gemeint sind Exponate vor allem in ethnologischen Museen, die aus Übersee stammen, über dortige Kulturen berichten und die vor gut 100 Jahren auf oft zweifelhaftem Wege – durch Raub, Plünderung oder Gewalt – nach Europa gelangt sind. Immer dringlicher fordern Länder in Afrika und Asien diese mit dem Argument zurück, ihnen sei mit den geraubten Schätzen die eigene kulturelle Identität selbst geraubt worden. Frankreichs Präsident Macron hat sich zum prominenten Fürsprecher dieser Forderungen gemacht.

Der mit kulturpolitischen Beiträgen bekannt gewordene Münchner Journalist Moritz Holfelder plädiert für eine Rückgabe „ohne Wenn und Aber“. In seinem gut recherchierten Buch informiert er, wie seinerzeit Kunstwerke nach Europa kamen (die berühmten Benin-Bronzen beispielsweise wurden 1897 von einer britischen Strafexpedition dem Volk der Ede im heutigen Nigeria regelrecht geraubt und dann meistbietend verhökert), warum das brisante Thema jahrzehntelang verdrängt wurde, wofür das prominenteste deutsche Museum, das Humboldt-Forum im Berliner Schloss, ein Paradebeispiel ist. Und er beschreibt auch, wo eine Restitution – so der Fachausdruck – bereits geklappt hat, wenn guter Wille vorhanden war.

Am Ende plädiert er nicht nur für bedingungslose Rückgabe (was im äußersten Fall bis zur Nofretete in Berlin reichen könnte!), sondern generell dafür, die außereuropäischen Kulturen als gleichrangig neben den europäischen zu sehen und darüber schon im Schulunterricht zu informieren. Er verweist auf die große Wertschätzung außereuropäischer Kunst. Die erwähnten Benin-Bronzen werden von Fachleuten Meisterwerken der europäischen Renaissance gleichgestellt.

Es ist ein brisantes Thema, dem man vielleicht wirklich nur mit einer „Streitschrift“, so der Untertitel des Buches, beikommt. Auf alle Verantwortlichen, ob in Politik und Wissenschaft oder in den Museen, kommen schwerwiegende Entscheidungen zu. Etwas weniger „Streit“ hätte dem Buch gleichwohl gutgetan, etwa indem der Leser überhaupt erfährt, um wieviele Exponate es sich in Deutschland handelt (manche Quellen sprechen von über einer Million Objekten) und welches die großen Museen sind, die von einer Restitution betroffen wären. So bleibt allzu viel Emotion, was allerdings kennzeichnend für die spannungsreiche Debatte ist.



Moritz Holfelder: „Unser Raubgut. Eine Streitschrift zur kolonialen Debatte“, Ch. Links Verlag, Berlin 2019, broschiert, 224 Seiten, 18 Euro

Historische Karte: Provinz Ostpreussen 1910 (Gefaltet)
Reprint Karte Provinz Ostpreussen. Grenz-und flächenkolorierte Karte. Carl Flemmings Generalkarten No. 3. Carl Flemming Verlag Glogau, Buch- u. Kunstdruckerei, ohne Jahr (ca. 1910). Maßstab 1:475 000. Außenformat (Breite x Höhe) 65 cm x 95 cm – Darstellungsgröße (Breite x Höhe) 63,7 x 87,7 cm. Farbenprächtiger Nachdruck der Originalkarte. Mit statistischer Übersicht aller Regierungsbezirke der Provinz Ostpreussen im oberen, linken Bereich und einer Extra-Karte von Königsberg und seiner Umgebung im oberen, rechten Bereich, im Maßstab 1:150 000.
Nr. P A1105 **Gebunden** **19,80 €**

Der 2. Weltkrieg
* Die Hitlerjugend
* Die Wehrmacht
* Sturmtrupps

Laufzeit: ca. 162 Minuten/DVD
Nr. P A1192 **14,99 €**

Der Zweite Weltkrieg forderte weltweit rund 60 Millionen Menschenleben. Auf seinem Höhepunkt waren zwei Drittel aller Staaten und drei Viertel der Weltbevölkerung davon betroffen. Dieser zweite, weltumspannende Konflikt des 20. Jahrhunderts brachte neue, verheerende Waffentechnologien und nicht gekannte Formen der Kriegsführung hervor. Die britische Serie dokumentiert anschaulich die militärischen Aspekte eines Krieges, der im Abwurf der ersten Atombomben über Hiroshima und Nagasaki gipfelte und eine neue Weltordnung hervorbrachte. Jeder der drei Filme in dieser DVD-Box hat eine Laufzeit von ca. 54 Minuten.

Historische Karten
Schlachten-Atlas
Erster Weltkrieg 1914 bis 1918
Schlachten um Ostpreußen 1914
Broschur, A 4, 68 Seiten, Reprint von 1925, 14 Karten und 11 Skizzen. Neu herausgegeben von Harald Rockstuhl. Grundlage 1925 bearbeitet im Reichsarchiv Der Weltkrieg 1914 bis 1918 Die militärische Operationen zu Lande, Band 2 – hier der vollständiger Kartenteil. Originalausgabe 1925 im Verlag bei Mittler & Sohn, Berlin. 68 Seiten
Nr. P A1488 **Kartoniert** **19,95 €**

Wolfgang Korn
Nordische Mythen
Streitbare Götter, sagenhafte Stätten, tragische Helden
Die Erzählungen um König Artus und die Ritter der Tafelrunde, Hermann den Cherusker oder die Nibelungen haben bis heute nichts von ihrer Strahlkraft verloren. Doch was ist Sage, was Geschichte? Während sich die Kulturen der Kelten und Germanen dank neuester Forschung und spektakulärer Funde immer mehr erhellen, liegen die Ursprünge der ersten Siedler des Nordens noch weitgehend im Dunkeln. Wer waren die Erbauer so einzigartiger Kultstätten wie Stonehenge? Wo kamen sie her? Und hinterließen auch sie schon erste Mythen? Wolfgang Korn bringt Licht ins dunkle Zeitalter. Er geht den frühesten Quellen auf den Grund, erklärt den germanischen Götterhimmel, besucht magische Stätten und erläutert anhand archäologischer Funde, wie verwurzelt wir mit dieser uns fremden Zeit auch heute noch sind. Von den frühesten Kultplätzen bis zu modernen Nibelungen-Adaptionen entfaltet sich ein farbenprächtiges Spektakel – Mythologie und Geschichte waren nie spannender! 336 Seiten
Nr. P A1350 **Gebunden** **14,99 €**

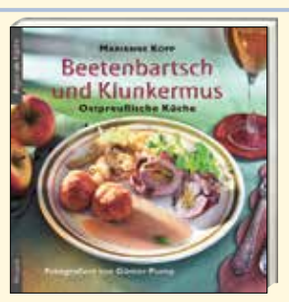
Der 2. Weltkrieg
* Die Deutsche Luftwaffe
* Der Luftkrieg
* Die Deutschen Fliegerasse

Laufzeit: ca. 164 Minuten/DVD
Nr. P A1231 **14,99 €**

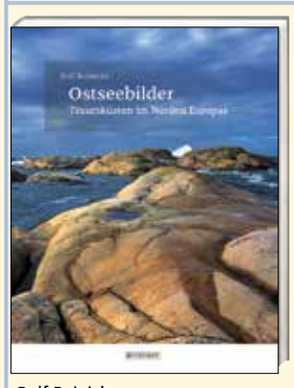
Der Zweite Weltkrieg forderte weltweit rund 60 Millionen Menschenleben. Auf seinem Höhepunkt waren zwei Drittel aller Staaten und drei Viertel der Weltbevölkerung davon betroffen. Dieser zweite, weltumspannende Konflikt des 20. Jahrhunderts brachte neue, verheerende Waffentechnologien und nicht gekannte Formen der Kriegsführung hervor. Die britische Serie dokumentiert anschaulich die militärischen Aspekte eines Krieges, der im Abwurf der ersten Atombomben über Hiroshima und Nagasaki gipfelte und eine neue Weltordnung hervorbrachte. Jeder der drei Filme in dieser DVD-Box hat eine Laufzeit von ca. 55 Minuten.

Friedrich-Karl Boese
Tausend mal Tausend Morgen
Über eine Ostpreußenfamilie vor und nach 1945
Kartoniert.
256 Seiten
Nr. P A0696 **13,90 €**

Draußen auf der Straße bei meinen Spielkameraden war Franken, zu Hause in unserer Wohnung war Ostpreußen. So bringt Friedrich-Karl Boese seine lebenslange Ambivalenz auf den Punkt. 1943 in Königsberg geboren, erzwangen die politischen Wirren des Zweiten Weltkrieges die Flucht in den Westen. In seinem Buch geht er weit über die Erinnerungen seiner eigenen Familie hinaus. In einem historischen Rückblick stellt er die Geschichte Ostpreußens, das Kulmische Recht und den Stand der Kölmer vor, freie Gutsbesitzer, zu denen seine Vorfahren gehörten. Zudem gewährt er in Wort und Bild Einblick in das erfüllte Alltagsleben seiner Ahnen.



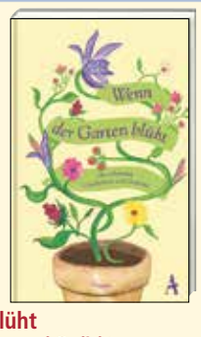
Marianne Kopp
Beetenbartsch und Klunkermus – Ostpreußische Küche
Königsberger Klopse und Königsberger Marzipan sind heute Allgemeingut der deutschen Küche und überall bekannt und beliebt. Die Küche des alten Ostpreußens hat jedoch an kulturhistorischen Schätzen noch weit mehr zu bieten, was eine Wiederentdeckung lohnt. Süß oder herzhaft, gehaltvoll und sättigend, in dem rauen Klima Ostpreußens brauchte man kräftiges Essen. Bewährte, überlieferte Familienrezepte, bereichert um mancherlei Zitate und Hintergründe zu den Gerichten und Zutaten, sind in diesem Kochbüchlein zusammengetragen. 96 Seiten
Nr. P A0569 **Gebunden** **9,95 €**



Rolf Reinicke
Ostseebilder
Traumküsten im Norden Europas
Bildband im Großformat.
224 Seiten/Gebunden
Nr. P A1075 **39,99 €**

Eine Reise in den Norden Europas, an eine Küste, die über 7.000 Kilometer umfasst und durch ihre Vielfalt überrascht. Seit Jahrzehnten ist Rolf Reinicke an der Ostsee unterwegs: als Geologe, Autor, Fotograf. Die „Ostseebilder" sind sein Opus magnum. Der Ostseeexperte zeigt das Abwechslungsreiche der Landschaften im Angesicht des Meeres und erzählt in anschaulichen Texten kurze Geschichten. Er folgt dem Lauf der Jahreszeiten, vom eisigen Winter über das Frühjahr mit der erwachenden Natur über den lichten Sommer bis zum frühen Herbst. Er berichtet vom Leben am Meer, von den Tieren, den Pflanzen, den Menschen, von Stürmen, Spuren im Sand. Und er macht mit jedem Bild und jedem Satz deutlich, warum nicht nur ihn der Lebensraum Ostsee fasziniert.

Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft
Vor 20 Jahren wurde der „Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft" ins Leben gerufen – eine faszinierende Region, die von der Küste am Darß bis nach Westrügen reicht und die Insel Hiddensee mit einschließt. Die Autoren stellen den Nationalpark vor, die Besonderheiten der Flora und Fauna und das Zusammenspiel von Meer und Ufer. 96 S.
Nr. P A0683 **Gebunden** **14,99 €**



Aleksia Sidney (Hrsg.)
Wenn der Garten blüht
Die schönsten Geschichten und Gedichte
Wenn der Garten blüht … fangen die Dichter an zu schreiben: über die Wunder und Wonnen der Natur, die Freuden des Gärtnerns, über die Verantwortung für ein Stückchen Erde, über die Geheimnisse hinter der Gartenmauer. Der Garten ist ein Ort der Inspiration für Geschichten und Gedichte. Die schönsten sind in diesem Band versammelt, passend zum Ausspruch von Cicero: „Wenn du einen Garten und dazu noch eine Bibliothek hast, wird es dir an nichts fehlen."240 Seiten
Nr. P A0997 **Gebunden** **15,00 €**

Apotheker M. Pahlow
Das große Buch der Heilpflanzen
Gesund durch die Heilkräfte der Natur
Der große Pahlow – das Standardwerk der Heilpflanzen. Wissenswertes über 400 einheimische und fremdländische Heilpflanzen, ihre Inhaltsstoffe und Heilwirkung. Rezepte für Tees und Tinkturen, Anwendungsvorschläge für Bäder, Umschläge, Inhalationen. Heilpflanzen in der Homöopathie, ihre Anwendung und Dosierung. Ausführliches Beschwerden-Register – Wegweiser zur passenden Anwendung. Mit vielen Farbfotos und botanischen Zeichnungen. 528 Seiten
Nr. P A1365 **Gebunden** **14,99 €**

Helfried Hölke
Usedomer Geschichten
Zwischen Stettiner Haff und Ostsee
206 Seiten/Kartoniert
Nr. P A0681 **12,90 €**

Auf der Insel Usedom zwischen Stettiner Haff und Ostsee hat der Autor seine Kindheit und Jugend verbracht. Es war eine unruhige Zeit. Der Schulbeginn, noch vor Ende des Zweiten Weltkrieges, der Bombenangriff auf Swinemünde, die Ankunft der Russen, die neue Grenze zu Polen, das Dorfleben, die Hafffischerei und die Oberschulzeit haben seine frühen Lebensjahre geprägt. Vieles, was er damals erlebt hat und was ihm Freunde und Bekannte aus der Gegend erzählt haben, ist in diesem Buch niedergeschrieben: wahre Begebenheiten und Erlebnisse, Gedichte und lustige Anekdoten …
Tauchen Sie ein in eine Welt, die es so nicht mehr gibt.

Rico Nestmann
Vögel der Ostsee
Dieser Bildband widmet sich der reichhaltigen Vogelwelt der deutschen Ostseeküstenlandschaft. Der Autor vermittelt dem Leser Wissenswertes zur Namensherkunft und Lebensweise, zu Nist- und Aufzuchtgewohnheiten sowie zum Zugverhalten jedes Tieres. Erläuterungen zu Vogelschutz und Hinweise für eigene Beobachtungsstreifzüge ergänzen den informativen Teil des Buches. Aber der Bildband ist vor allem auch eine wahre Schatzkammer ebenso schöner wie eindrucksvoller Vogelfotografien. 160 S.
Nr. P A0838 **Gebunden** **19,95 €**

Karl-Heinz Göttert (Hrsg.)
Es flüstern und sprechen die Blumen
Eine Blütenlese in Bild und Gedicht
168 Seiten/Leineinband mit Goldprägung
Nr. P A1381 **18,00 €**

Die Sonne steigt höher, die Tage werden wärmer – der Frühling ist da!
Nichts erfreut nach der kalten Jahreszeit mehr als die ersten farbprächtigen Blüten. Kein Wunder, dass sich auch Dichter und Künstler von Rose und Hyazinthe seit jeher beflügelt fühlten. Diese Bände versammeln eine wunderbare Auswahl kunstvoller Naturmalerei und Verse. Mit farbigen Blumenzeichnungen von Maria Sibylla Merian, Albrecht Dürer, Pierre Joseph Redouté und anderen. Mit Gedichten von Eduard Mörike, Clemens Brentano, Elisabeth Langgässer, Joachim Ringelnatz und vielen anderen. 44 Farbabbildungen.

Katharina von Savigny (Herausgeberin)
Man kann sein Unglück auch versäumen
Eugen Roth für alle Lebenslagen
„Ein Mensch schaut in der Zeit zurück und sieht: Sein Unglück war sein Glück". Heitere Gedichte und Verse von Eugen Roth. 160 Seiten
Nr. P A0975 **Gebunden** **12,50 €**

Stefan Lukschy
Der Glückliche schlägt keine Hunde
Ein Loriot Porträt
345 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0888 **9,99 €**

Vicco ante Portas! Ihr Hund kann überhaupt nicht sprechen? Macht nichts, dafür können Sie das Porträt eines der beliebtesten Humoristen Deutschlands lesen. Stefan Lukschy, langjähriger Weggefährte und enger Vertrauter Loriots, erzählt voller Respekt, Witz und Liebe von dem Mann, der die Deutschen das Lachen gelehrt hat. Loriots Sketche sind Teil des kollektiven Gedächtnisses geworden – wer kann sich heute noch eine Liebeserklärung ohne Nudel vorstellen? Stefan Lukschy lernte Vicco von Bülow 1975 kennen, als er dessen Regieassistent wurde. Aus dieser Zusammenarbeit entwickelte sich eine langjährige Freundschaft – bis zu Loriots Tod im Jahr 2011. Er schildert den für seinen Perfektionismus berüchtigten Künstler ebenso wie den Privatmann Loriot, der seinen Freunden ein inniger und loyaler Vertrauter war.

Sonderpreis
7,99 €

Buntes Osternest mit Trüffel-Ostereiern und Osterhasen
290 Gramm in einem dekorativen Osternest.
Nr. A0730 **Buntes Osternest** ~~11,99 €~~ 7,99 €

Sonderpreis
3,49 €

Osternest mit 7 Eiern
7 gefüllte Ostereier im Osternest ohne Alkohol in einem hübschen langestreckten Osternest. 115 Gramm
Nr. P A0342 **Osternest** ~~5,99 €~~ 3,49 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

AUFGESCHNAPPT

Finden sich Universitäten heutzutage in die Schlagzeilen, dann stehen Lehre und Forschung nur noch selten im Vordergrund. So berichtet die „Leipziger Volkszeitung“ („LVZ“) über einen Beschluss des „Studierendenrates“ (StuRa) der dortigen Universität „gegen Queerfeindlichkeit“. Eingebracht worden sei der Antrag von Beccs Runge, im StuRa zuständig für „Gleichstellung und Lebensweisenpolitik“. „Referentix“ Runge versteht sich als „nicht-binär“. Daher sei beispielsweise das Pronom „es“ zu gebrauchen. Gegenüber der „LVZ“ sagte Runge, verschiedene Veranstaltungen an der Universität hätten „einen Kontext“ gehabt, „in dem queere Menschen verunsichert“ oder „bewusst Transfrauen ausgeschlossen wurden“. Könnte „es“ Maßnahmen ergreifen, so würde Runge „Transpersonen“ an der Uni Leipzig auch ohne rechtliche Grundlage die Möglichkeit geben, den eigenen Namen zu ändern. Ebenso wünscht „es“ eine „überarbeitete Toilettenpolitik“ und die Schulung von „Dozierenden“, etwa gegen „biologistische“ Annahmen. *E.L.*

Die wehrhaften Vier

DER WOCHENRÜCKBLICK

Grenzenlos begrenzt

Wie die Deutschen Italiens Rentenkasse füllen, und warum neue Schulden schöner sind als alte

VON HANS HECKEL

Haben wir das alles verschlafen? Die Bombenangriffe, die Sirenen, die donnernden Geschosse der Panzer und Haubitzen? Wir wissen es nicht mehr. Aber es muss furchtbar gewesen sein. Weshalb sonst will die EU 500 Milliarden Euro bei ihren Mitgliedstaaten eintreiben für einen sogenannten „Wiederaufbaufonds“. Nur gewaltige Zerstörungen machen so viel Geld nötig, um alles „wiederaufzubauen“.

Oder nicht? Ach was, in Wahrheit wissen wir natürlich, dass gar nichts bombardiert wurde. Den Eurokraten ist nur nichts Besseres eingefallen, womit sie ihren neuesten Beutezug etikettieren können. „Wiederaufbau“ klingt so herrlich heldenhaft, gemahnt es doch an die entbehrungsreiche Zeit nach dem Weltkrieg. Damit bekommt das Ganze eine moralische Note: Wer möchte als der kaltherzige Geizhals dastehen, der den vom Corona-Krieg Niedergeworfenen jetzt die Hilfe beim „Wiederaufbau“ verweigert?

Wie immer kam es zu einem heftigen Ringen darum, wer wie viel hineinzahlen und wer wie viel herausbekommen soll. Nur dass Deutschland netto das meiste zahlt, darüber war man sich recht zügig einig. Alles andere hätte uns auch schwer erschüttert. Wozu hat uns die EU denn?

Italien hat am lautesten nach dem Geld anderer Völker geschrien. Einen Kredit über läppische 35 Milliarden Euro aus dem goldenen Kelch namens „Europäischer Stabilitätsmechanismus“ (ESM) hatte Rom brüskiert abgelehnt. Kredit will man nicht, zu umständlich: Schenkt uns das Geld gefälligst! Klar, machen wir natürlich gern – besonders, nachdem uns die Italiener mit allerhand Schimpfwörtern eingedeckt hatten.

Aber wozu benötigen die Franzosen, Italiener und andere denn unser Geld, wenn es gar keine Kriegszerstörungen gab? Zudem, da die Lockdown-Krise in Deutschland ebenfalls eingeschlagen ist und wir unsere Mittel dringend selber bräuchten? Nun ja, in Italien gehen Männer mit 65 und Frauen mit 60 Jahren in Rente. Das kostet einen Batzen und ist auf die Dauer schwer zu wuppen, wenn die Wirtschaftsleistung des Landes seit endlosen Jahren vor sich hin dümpelt.

Die Italiener sind zwar im Schnitt etwa dreimal so reich wie die Deutschen, aber wer geht schon gern ans eigene Ersparte, wenn’s der doofe Nachbar zahlt. Die Italiener sind auch deshalb so reich, weil ihr Staat sehr pfleglich mit dem Geld seiner Bürger umgeht. Dort gibt es sogar „Steuer-Amnestien“. Von so etwas haben die Deutschen noch nicht einmal gehört. Dafür in jüngster Zeit umso öfter von Plänen, das deutsche Renteneintrittsalter auf 69 Jahre anzuheben. Oder das „starre“ Eintrittsalter ganz abzuschaffen und durch ein „flexibles“ zu ersetzen. „Flexibel“ klingt ja auch viel dynamischer und moderner als „starr“. Die beste Idee wäre: Wir lassen den Quatsch mit dem deutschen Renteneintrittsalter ganz und arbeiten einfach solange weiter, bis die italienische Rentenkasse nach Berlin meldet, dass sie voll ist.

Für die deutschen Unionsparteien ist die Sache mit dem „Wiederaufbaufonds“ ein wenig heikel. Der Fonds funktioniert ja so, dass sich die Geberländer zugunsten der Nehmerländer verschulden. Das wäre dann die berüchtigte „Schulden-Union“, die es nach den Beschlüssen von CDU und CSU niemals geben sollte. So hatte man’s den deutschen Wählern fest versprochen, die nun etwas säuerlich aus der Wäsche gucken.

Merkel hat das zusammen mit Macron beschlossen – und die Union nickt brav, statt entgeistert zu protestieren. Kommt das nicht etwas komisch rüber? Paul Ziemiak, der Generalsekretär der CDU, hat die Gefahr erkannt und sich in seiner Not an den legendären Ratschlag von Ex-Eurogruppenchef Jean-Claude Juncker erinnert: „Wenn es ernst wird, müssen wir eben lügen.“ So erzählt er nun tatsächlich: „Es wird keine Euro-Bonds geben, es wird keine Schulden-Union geben, es wird keine gemeinschuldnerische Haftung geben.“ Wie jetzt? Meint er das ernst? Ziemiak erinnert an den Mann, der gellend brüllt: „Ich schreie nicht!!!“

Andere versuchen sich schwitzend im Haarespalten: Es würden ja keine alten Schulden vergemeinschaftet, sondern nur neue Schulden gemeinsam aufgenommen. Ach so, das ist natürlich ganz etwas anderes. Neue Schulden sind schließlich … neu. Und bestimmt auch viel schöner als die alten.

Selbst die Mittelstandsvereinigung der Union hat nichts gegen die schönen neuen Schulden, die Deutschland aufnimmt, um das Geld anderen zu schenken. Der „Wiederaufbaufonds“ müsse aber „inhaltlich und zeitlich auf die Corona-Krise begrenzt“ sein, so die einstigen Gralshüter von Marktwirtschaft und Haushaltsdisziplin in der CDU/CSU.

> Wenn es ernst wird, müssen wir eben lügen: „Es wird keine Euro-Bonds geben. Es wird keine Schulden-Union geben“

Zeitlich begrenzt? Kein Problem, das regeln wir wie beim Soli; der ist schon seit 1991 „zeitlich begrenzt“. Auch der europäische Rettungsschirm EFSF war von Anfang an aufs Engste zeitlich befristet. Vor ein paar Tagen feierte er quicklebendig seinen zehnten Geburtstag.

Ob die Deutschen dem „Begrenzen“ noch glauben? Könnte zum Problem werden. Aber selbst das können wir lösen. Wir unterbrechen das Programm nur für einen Moment und fangen kurze Zeit später mit der gleichen Sache von Neuem an. Ebenfalls wie beim Soli. Der war auch mal kurz in der Pause, um dann ganz schnell wiederzukommen und bis heute zu bleiben.

Allerdings dürfen wir es mit unserer Verschuldung nicht übertreiben, sonst gerät selbst Deutschland noch in finanzielles Gedränge. Das hätte die haarsträubende Folge, dass den EU-Partnern unser Geld ausgehen könnte. Aber Corona bietet ja glücklicherweise viele neue Möglichkeiten, um an die Barschaft der deutschen Bürger zu gelangen und so die Verschuldung des Staates zu bremsen.

In Baden-Württemberg musste eine Familie 1000 Euro Strafe zahlen, weil sie, Opa, Eltern und zwei Töchter, draußen zu nahe beieinanderstanden, obwohl sie in vier verschieden Haushalten leben. Laut „Stuttgarter Nachrichten“ ist die Familie erst enger zusammengerückt, als sich ihr ein Streifenwagen in einer ruhigen Waldecke näherte. Dem entstiegen die Beamten, welche in dem Zusammenrücken einen Verstoß gegen den Infektionsschutz entdeckten. Später kam die 1000-Euro-Rechnung vom Ordnungsamt.

Was die Fünf offenbar nicht wussten: In geschlossenen Räumen dürfen sie sich als Direktverwandte ohne Mindestabstand drängeln, wie sie möchten. Aber sobald sie das Haus verlassen, gilt, dass sie in nicht mehr als zwei verschiedenen Haushalten leben dürfen, sonst müssen sie den Mindestabstand von 1,5 Metern einhalten. Auf diesen sinnlosen Unterschied kam die Familie natürlich nicht. Denn auch wenn man sich noch so sehr vor Ansteckung fürchtet: Im Freien ist die Nähe wegen der besseren Durchlüftung zweifellos noch unproblematischer als drinnen.

Aber genau zu diesem Zweck sind solche Verordnungen ja auch gemacht: Die Leute sollen auf sie hereinfallen, damit mehr Geld in die Staatskasse kommt. Rom wird die deutsche Posse mit Genugtuung aufgenommen haben.

Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter **www.paz.de**

STIMMEN ZUR ZEIT

Die frühere DDR-Bürgerrechtlerin und spätere SPD-Bundestagsabgeordnete Angelika Barbe (68), spricht im Video-Interview mit „MMNews“ (18. Mai) über den Übergriff der Polizei auf dem Berliner Alexanderplatz am 16. Mai (die PAZ berichtete):

„Das ist ja das Schockierende: Die Antifa, die linksextremistische Gewalttaten in ganz Deutschland verübt, wird geschützt … und ich selber werde dann wie in der DDR wie eine Schwerverbrecherin abgeführt … Das war DDR pur.“

Der Journalist (Bayerischer Rundfunk, Sat.1, TV Berlin) und Unternehmensberater Detlev Korus macht sich gegenüber „PI-News“ (21. Mai) Gedanken darüber, welche Strategie hinter dem massiven Vorgehen gegen Lockdown-Kritiker stehen könnte:

„Faktisch erleben wir eins: Medien, Politik und auch Parteien haben beschlossen, dass man den Menschen weiter Panik machen muss und will, weil man gerade feststellt, dass es ganz praktisch ist, wenn die alle die Klappe halten und weit auseinanderstehen. Deshalb kommen auch die Demonstrationseinschränkungen.“

Börsenprofi und Finanzexperte Dirk Müller („Mr. Dax“) wundert sich auf „YouTube“ (18. Mai) über die Gleichschaltung so vieler Medien:

„Es ist interessant, dass die Medien komplett die Meinung der Regierung wiedergeben, in jedem Zusammenhang, egal, was sie (die Regierenden) sagen … Egal, was gegen die Regierungsmeinung geht, ist eine Verschwörungstheorie … Aber man gewöhnt sich daran. Es ist wie einst (der SED-TV-Propagandist) Eduard Schnitzler: Man hört’s, aber man nimmt’s nicht mehr ernst.“

Der Philosoph Markus Gabriel stellt im Gespräch mit der „Neuen Zürcher Zeitung“ (28. April) eine unbequeme Frage zu den Corona-Maßnahmen:

„Was ist denn das Ziel der Maßnahmen? Niemand weiß das. Dürfen wir erst wieder Ferien in Spanien machen, wenn kein Deutscher mehr infiziert ist? Dann gute Nacht. Das wird nie geschehen. Das Virus koexistiert mit uns Menschen, wie die Corona- und Grippeviren sonst auch. Es wird nicht verschwinden.“

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch glaubt nicht daran, dass die „Corona-Bonds“ eine einmalige Aktion bleiben. Im Deutschlandfunk (26. Mai) warnt er vor weiteren Forderungen an Deutschland:

„Es wird dann wieder, wenn die Krise ist, gerufen werden: Gib mir Geld, sonst nenne ich Dich Nazi, und dann wird wieder bezahlt werden.“

WORT DER WOCHE

„Die Herausbildung eines autoritären Staates, der die Rolle des Arztes oder Vaters einnimmt, ist eine der Gefahren der Krise.“

Robert Harrison, Anthropologe an der Universität Stanford (USA), in der „Welt“ vom 26. Mai